blätter des iz3w



Inhalt

Süd-Nord

Nord-Süd

Einstürzen der Neubauten

Entwicklungspolitik in den 90er Jahren

Register für die Hefte 203 – 210
Jahrgang 1995

Länderregister

Register für die Hefte 203 – 210
Jahrgang 1995

Sachregister



Nachts sind alle Tiger grau

Soziale und politische Folgen des ökonomischen Wandels in Vietnam

Photo: Heinz Kotte

Im Unterschied zu den meisten anderen ehemaligen Bundesgenossen der Sowjetunion hatte Vietnam nach dem Zusammenbruch des „Sozialistischen Weltsystems" keinen wirtschaftlichen Kollaps zu verzeichnen. Der wirtschaftliche Boom spaltet jedoch die Gesellschaft, und die Kommunistische Partei wirft derweilen die alten Lehren, nicht aber ihren Führungsanspruch über Bord.

Die plötzliche Abnabelung von der Hilfe der sozialistischen Länder und die dramatischen Einbrüche in den Handelsbeziehungen zu diesen Ländern mobilisierten in Vietnam Kräfte, die sich in den vorangegangenen Jahren nicht hatten entfalten können. Die vietnamesische Regierung kann seit einigen Jahren auf beeindruckende Wirtschaftsdaten verweisen, und wer heute Hanoi oder Ho-Chi-Minh-Stadt besucht, ist verblüfft, mit welcher Selbstverständlichkeit der neu entstandene Reichtum zur Schau getragen wird. Auch die Berichterstattung über Vietnam trug diesen Veränderungen Rechnung. War Vietnam noch Ende der achtziger Jahre ein Paradebeispiel für sozialistische Mißwirtschaft, so wird es derzeit gerne als „neuer Tiger" apostrophiert.

Dabei wird jedoch leicht übersehen, daß die wirtschaftliche Reformpolitik zu einer starken sozialen Differenzierung der vietnamesischen Gesellschaft geführt hat, und daß den Gewinnern der Reformpolitik eine ebenso große Zahl von Verlierern und Benachteiligten des Reformprozesses gegenübersteht, während sich für den Rest der Bevölkerung oft nur bescheidene Verbesserungen ergeben haben. Auf welcher der beiden Seiten man sich befindet, hängt zunächst davon ab, ob man einen Arbeitsplatz besitzt. Nach offiziellen Angaben betrug während der ersten Hälfte der neunziger Jahre die Arbeitslosenquote zwischen 20 und 25 Prozent.

Vergegenwärtigt man sich, unter welch ungeheurem Druck der vietnamesische Arbeitsmarkt steht, so kann diese Zahl nicht verwundern. Die vietnamesische Bevölkerung umfaßt derzeit annähernd 75 Mio. Menschen. Jedes Jahr benötigen 1,2 Mio Schulabgänger einen Arbeitsplatz. Bei ihrer Arbeitssuche müssen sie mit denjenigen konkurrieren, die seit Beginn der neunziger Jahre ihren Arbeitsplatz verloren haben. Nahezu 1 Mio. Menschen wurden aus den Staatsbetrieben entlassen, um ökonomischen Effizienzkriterien zu genügen. Hinzu kamen 500.000 – 800.000 demobilisierte Soldaten, da die vietnamesische Armee seit Beginn der neunziger Jahre ihren Personalbestand nahezu halbiert hat, sowie mehrere hunderttausend vietnamesische Gastarbeiter, die in den früheren sozialistischen Ländern Arbeit gefunden hatten und nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in diesen Ländern größtenteils zurückgeschickt wurden. Da auch die Landwirtschaft längst nicht mehr allen auf dem Lande Lebenden ausreichend Beschäftigung und Einkommen bieten kann, drängen derzeit 1,5 Mio. Vietnamesen als Wanderarbeiter in die Städte, oder sie versuchen, in den entlegeneren und dünn besiedelten Bergregionen durch die Abholzung wertvoller Tropenhölzer oder mit der Suche nach hochwertigen Steinen

oder Edelmetallen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Folgt man den Berechnungen der Weltbank, die als „arm" diejenigen qualifizieren, die täglich weniger als 2.100 kcal zur Verfügung haben, so sind 51 Prozent der vietnamesischen Bevölkerung als arm zu bezeichnen. Obgleich Vietnam derzeit der drittgrößte Reisexporteur auf dem Weltmarkt ist, muß ein Viertel der vietnamesischen Bevölkerung mit 1.800 kcal und weniger auskommen, da diese Menschen nicht genügend Geld haben, um Reis in den notwendigen Mengen zu kaufen und der Anbau billigerer, aber nährstoffreicher Grundnahrungsmittel zugunsten des devisenbringenden Reisanbaus eingeschränkt wurde. Nach offiziellen vietnamesischen Angaben sind 40 Prozent der vietnamesischen Kinder unzureichend ernährt und 15 Prozent schwer unterernährt.

Ein Teil dieses enormen Wohlstandsgefälles ist auch für diejenigen Besucher Vietnams erkennbar, die sich nur in den größeren Städten aufhalten. Doch das ganze Ausmaß der in Vietnam trotz Wirtschaftsbooms vorhandenen Armut wird erst deutlich, wenn man sich eingehender mit der Situation auf dem Land befaßt, wo über 80 Prozent der Bevölkerung leben. Betrug 1995 das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Vietnam etwas über 200 US$, so belief sich diese Zahl in Ho-Chi-Minh-Stadt auf 800 US$, in Hanoi auf 600 US$, aber in einer armen Provinz wie Ha Tay nur auf 100 US$. 90 Prozent der von der Weltbank als „arm" Klassifizierten leben in ländlichen Gebieten, was u. a. bedeutet, daß in 60 Prozent der vietnamesischen Bauernfamilien weniger als 2.100 kcal pro Person und Tag zur Verfügung stehen und daß 75 Prozent der ländlichen Bevölkerung keinen Zugang zu sauberem Wasser haben.

Doch auch auf dem Land ist diese Armut keineswegs gleichmäßig verteilt. Während der Reformpolitik hat sich in den Dörfern eine durchaus wohlhabende Schicht entwickelt, deren Einkommen bis zu vierzigmal höher liegt als das der ärmsten Schichten. Ebenso hat sich ein starkes regionales Wohlstandsgefälle herausgebildet. Während die zentralen Gebiete Nordvietnams eine Armutsquote von 74 Prozent aufweisen, sind im Südosten des Landes, der von der prosperierenden Entwicklung Ho-Chi-Minh-Stadts profitiert, nur 45 Prozent der Bevölkerung als arm zu bezeichnen.

Privatschatulle statt Notenpresse

Die oben skizzierten sozialen und regionalen Disparitäten werden durch den Abbau von früher kostenlos gewährten sozialen Leistungen weiter verschärft. Vietnam besaß lange Zeit ein Bildungssystem und eine medizinische Versorgung, die, verglichen mit anderen Entwicklungsländern, einen sehr hohen Standard aufwiesen. Aber dieses soziale System wurde durch die Hilfe der sozialistischen Länder und schließlich über die Notenpresse finanziert. Um die Inflation zu stoppen und den Haushalt zu konsolidieren, nahm die Regierung seit Beginn der 80er Jahre immer stärkere Kürzungen beim Bildungswesen und in der Gesundheitsfürsorge vor. Dies hat privaten Anbietern derartiger Dienstleistungen einen Markt mit hohen Gewinnchancen eröffnet und auch dazu geführt, daß ausreichender Schulbesuch und hinlängliche medizinische Leistungen nur noch denjenigen zur Verfügung stehen, die über die entsprechenden finanziellen Mittel verfügen.

Konnte Vietnam einst mit Stolz darauf verweisen, daß der Analphabetismus nur noch ein marginales Problem darstellte, so gibt es heute unter der erwachsenen Bevölkerung bereits mehr als 8 Mio. Menschen, die nicht schreiben können. Gerade für das ärmste Viertel der vietnamesischen Bevölkerung bzw. für die ärmsten Regionen des Landes hat sich damit ein Teufelskreis aus Armut, schlechter Gesundheit und mangelhafter Bildung geschlossen, aus dem es auch bei anhaltendem hohen Wirtschaftswachstum kein Entrinnen gibt.

Eine umfassende Entwicklungsstrategie müßte daher eine Struktur- und Sozialpolitik beinhalten, die eine Verbesserung der Lebensverhältnisse in den ärmsten Regionen bzw. des ärmsten Drittels der vietnamesischen Bevölkerung zum Ziel hat. Ein erster Schritt hierzu wäre eine stärkere Umverteilung der staatlichen Ausgaben für Gesundheit, Erziehung und Soziales zugunsten derjenigen, die diese Hilfe am meisten benötigen. Gegenwärtig wird hier eher eine entgegengesetzte Politik verfolgt. So gehen zur Zeit nur 5 Prozent der staatlichen Gesundheitsausgaben in die ländlichen Sanitätsstationen, die für den ärmsten Teil der Bevölkerung oft die einzige Form der Krankenversorgung darstellen. Für die am unteren Ende der Einkommensskala lebenden 20 Prozent der Bevölkerung stehen nur 11 Prozent der gesamten öffentlichen Mittel für Gesundheitsfürsorge zur Verfügung, wobei der Staat ohnehin nur 15 Prozent aller Aufwendungen für Gesundheitsfürsorge finanziert.

Bei den Ausgaben für Erziehung und Bildung kommen 22 Prozent der öffentlichen Mittel für Grundschulen jenen 20 Prozent der Bevölkerung zugute, die über das geringste Einkommen verfügen, während den Kindern aus der einkommensstärksten Schicht 50 Prozent der öffentlichen Mittel für weiterführende Schulen und 67 Prozent der öffentlichen Mittel für Hochschulbildung zugute kommen. Einschneidende Veränderungen der bisherigen Transferleistungen aus öffentlichen Mitteln zugunsten der ärmsten Bevölkerungsschichten sind dringend geboten. Ob sie jedoch angestrebt werden und durchsetzbar sind, hängt nicht zuletzt vom politischen System und den dort herrschenden Machtverhältnissen ab.

Folgt man den Erklärungen der vietnamesischen Führung, so will die Kommunistische Partei Vietnams (KPV) auch in Zukunft an ihrem Herrschaftsmonopol festhalten. Verurteilungen von Oppositionellen zu langjährigen Gefängnisstrafen, strikte Kontrolle der religiösen Gemeinschaften, nicht zuletzt der Buddhisten, sowie vielfache Restriktionen für Künstler und Intellektuelle belegen nachdrücklich, daß es sich hier nicht um leere Drohungen handelt. In enger Anlehnung an die Einschätzung der chinesischen Kommunisten ist man in Hanoi zu der Auffassung gelangt, daß der Sozialismus in der Sowjetunion und in Osteuropa gerade deshalb zusammengebrochen ist, weil wirtschaftliche Reformen viel zu spät und zu zaghaft in Angriff genommen worden seien, während man auf politischer Ebene viel zu weitgehende Zugeständnisse gemacht habe.

Für Vietnam wurden daraus folgende Schlußfolgerungen gezogen: Die wirtschaftlichen Reformen müßten konsequent vorangetrieben werden. Dies erfordere nicht zuletzt politische Stabilität, die wiederum nur durch die uneingeschränkte Herrschaft der KPV gewährleistet werden könne. Zwar dürfe die oft willkürliche Machtausübung der Vergangenheit nicht weiter fortgesetzt werden aber die Ausarbeitung von Gesetzen und ihren Durchführungsbestimmungen müsse in den Händen der KPV liegen.

Kader, Kampagnen, Korruption

Dieser immer wieder lautstark propagierte Führungsanspruch der KPV ist indes seit einigen Jahren vielfältigen und schwerwiegenden Herausforderungen ausgesetzt. Dies betrifft zunächst die Herrschaftslegitimation der KPV, die durch die eigene Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ständig in Frage gestellt wird. Denn die KPV, die ihren Anspruch auf das alleinige Machtmonopol unter anderem mit dem Argument verteidigt, sie sei der Anwalt der Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, mutet mit ihrer Wirtschaftspolitik gerade dieser Mehrheit die größten Opfer zu, während diejenigen, die noch vor wenigen Jahren als „Ausbeuter" und „Marionetten des Imperialismus" apostrophiert wurden, die unmittelbaren Nutznießer dieser Politik sind. So ist z.B. Nguyen Xuan Oanh, früher stellvertretender Ministerpräsident und dann Zentralbankchef der Saigoner Regierung, heute einer der erfolgreichsten vietnamesischen Unternehmer und wichtigster Berater der Regierung in Wirtschaftsfragen. In absehbarer Zeit besteht wenig Hoffnung, daß die ungeheuren sozialen Konflikte gemildert werden können.

Mit den grundlegenden Aussagen des Marxismus-Leninismus, den die KPV nach wie vor zur Richtschnur ihrer Politik erklärt, kann die Hinnahme derartiger Belastungen schwerlich plausibel gemacht werden. Es sind daher neue theoretische Konzeptionen

gefordert, um in der Bevölkerung ein Engagement für die Reformpolitik zu wecken, das nicht nur materiell begründet ist. Solche Konzeptionen können jedoch nur durch eine nicht tabubefrachtete und breit angelegte Diskussion über die Ziele der Reformpolitik und die Methoden ihrer Umsetzung entwickelt werden. Ansätze zu einer solchen Diskussion hat es in Vietnam Ende der achtziger Jahre gegeben. Angesichts des offenkundigen Scheiterns der Perestrojka hat die KPV diesen Diskussionsprozeß abrupt beendet. Dies hat u. a. dazu geführt, daß heute selbst in den Publikationen der KPV zwei sehr unterschiedliche Leitfiguren propagiert werden. Auf der einen Seite der sozialistische Held, dessen Leben aus Verzicht und Aufopferung für die anderen besteht, auf der anderen Seite der erfolgreiche Unternehmer, dessen anschaulich präsentierter Wohlstand andere zum Nacheifern anspornen soll. Damit steckt die KPV in einem offenkundigen ideologischen Dilemma, daß bereits zu einem enormen Verlust an Glaubwürdigkeit geführt hat.

Die Reformpolitik hat die KPV jedoch nicht nur in eine schwere Legitimationskrise gestürzt, sondern das Machtmonopol der KPV aufgebrochen. Durch Zulassung und Erstarken des privatwirtschaftlichen Sektors hat die Partei wirtschaftliche und damit auch politische Macht aus der Hand gegeben. Der Zugang zu wichtigen Dienstleistungen wie z. B. ausreichendem Wohnraum, guter medizinischer Versorgung, Schul- und Universitätsbesuch der Kinder, Auslandsreisen etc. führt nicht mehr allein über einen entsprechenden Einsatz für die KPV, sondern sie stehen jedem Vietnamesen offen, der die entsprechenden Preise zahlen kann. Wem es mit Hilfe seines Unternehmens gelungen ist, kräftige Gewinne zu machen, der kann auch durch Bestechung der zuständigen Partei- und Staatskader die ihn einschränkenden Vorschriften und Gesetze umgehen und sich so einen illegalen Handlungsspielraum verschaffen.

Zahllose Kampagnen gegen Korruption gehen an der schlichten Tatsache vorbei, daß die Kader wie auch die meisten anderen Arbeitnehmer von ihrem regulären Gehalt gar nicht leben können. Sie alle sind gezwungen, Nebentätigkeiten auszuüben und sich „Nebenerwerbsquellen" zu erschließen; nur: bei den Kadern liegt natürlich die Versuchung sehr nahe, daß sie ihre Machtbefugnisse verkaufen. Die Mandatsträger der KPV, einstmals Garanten für die uneingeschränkte Durchsetzung der Entscheidungen der Zentrale, geraten so in immer stärkere Abhängigkeit von denjenigen, die entsprechende Bestechungszahlungen aufbringen können.

Der Autoritäts- und Effizienzverlust hat jedoch auch parteiinterne Ursachen. Die KPV ist längst nicht mehr jener monolithische Block, der sie vor 1975 gewesen ist. Fast die Hälfte der Parteimitglieder ist der KPV nach 1975, d. h. nach dem Ende des Krieges beigetreten. Die politische Erfahrungen dieser neuen Generation sind nicht länger von den Erfordernissen des militärischen Kampfes, sondern von den Auseinandersetzungen über die beste Entwicklungsstrategie, über das Tempo und die Radikalität wirtschaftlicher Reformen geprägt. Dieser Prozeß hat innerhalb der Partei zu Fraktionierungen geführt, zumal nicht wenige Kader die Chancen der Reformpolitik genutzt haben und selbst, bzw. mit Hilfe ihrer Familienmitglieder, zu Unternehmern geworden sind.



Hast du keinen Schirm, nimm 'ne Mütze **Photo: Heinz Kotte**

Allerdings verfügen die Reformgegner über keine vorzeigbare Alternative zur Politik der wirtschaftlichen Reformen, die sie in eine öffentliche Debatte einbringen könnten. Ihr Schweigen sollte indes nicht mit positiver Unterstützung gleichgesetzt werden, zumal auch ursprüngliche Befürworter der Reformpolitik zu opponieren begannen, als sie von deren negativen Konsequenzen überrascht wurden.

Mit Schirm durch Turbulenzen

Da der Staat aufgrund der Haushaltseinsparungen viele Aufgaben im sozialen Bereich nicht mehr wahrnehmen kann, kam er nicht umhin, auch gesellschaftlichen Gruppierungen außerhalb der Partei, wie z. B. Religionsgemeinschaften oder NGOs, neue Handlungsmöglichkeiten einzuräumen. Auch wenn diese Organisationen längst noch nicht über die Einflußmöglichkeiten verfügen, die der Anzahl der von ihnen repräsentierten Personen angemessen wäre, so stellen sie doch Ansätze einer Interessenvertretung für diejenigen dar, die bislang nicht zu den Gewinnern der Reformpolitik gehören.

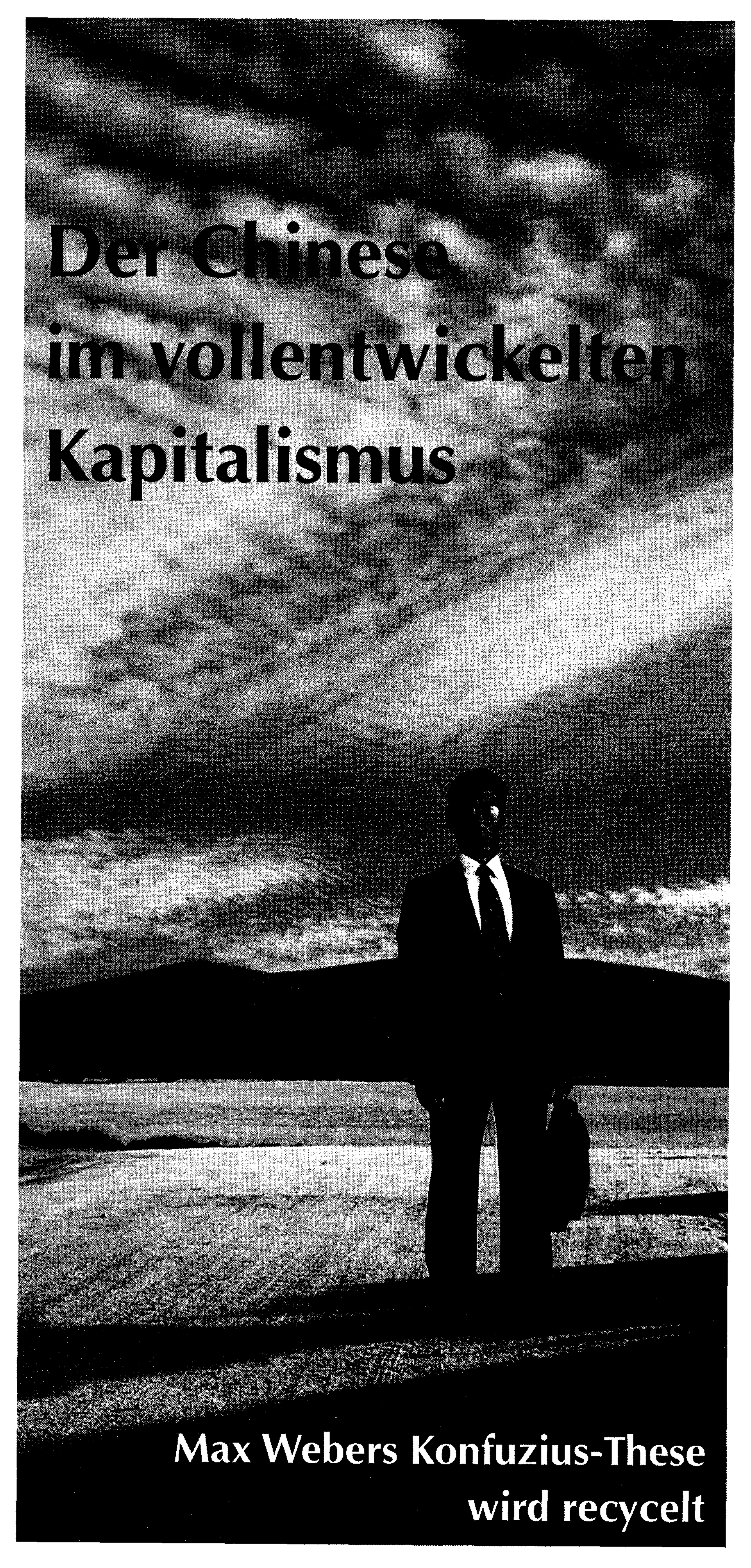
Die Parteispitze ist somit keineswegs mehr der alleinige Entscheidungsträger, sondern es haben sich verschiedene, wenn auch nicht gleich starke Machtgruppierungen und Interessenvertretungen herausgebildet, die Einfluß auf die Entscheidungen der Parteiführung nehmen. Allerdings stehen die in jüngster Zeit entstandenen Freiräume noch auf einem sehr labilen Fundament. Es gibt keine klar fixierte und rechtlich abgesicherte Gewaltenteilung. Der Einfluß, den die einzelnen Interessengruppierungen auf die Politik der Regierung haben, entspricht häufig allein dem Beziehungsnetz zwischen ihren maßgeblichen Vertretern und wichtigen politischen Entscheidungsträgern.

Ob ein Regimekritiker mit bis zu 20 Jahren Haft bestraft wird oder relativ unbehelligt bleibt, hängt häufig davon ab, ob er – wie man in Vietnam sagt – über einen „Schirm" verfügt, d. h. ob er über persönliche Beziehungen zu führenden Politikern verfügt. All dies hat auch zur Folge, daß die einigen Intellektuellen gewährten Freiräume ebenso wie das Kräfteverhältnis zwischen den einzelnen Parteifraktionen und den verschiedenen gesellschaftlichen Interessengruppierungen, in einer engen Wechselbeziehung zu den Auseinandersetzungen in der Führungsspitze stehen. Die Absetzung eines Spitzenpolitikers kann so beträchtliche Turbulenzen und Kräfteverschiebungen auslösen.

Auf politischer Ebene besteht daher in Vietnam eine recht instabile Situation. Im Zuge der Reformpolitik haben neue gesellschaftliche Kräfte ökonomische Macht und damit auch politische Einflußmöglichkeiten errungen. Die KPV mußte eine Reihe taktischer Zugeständnisse machen, aber sie ist nicht bereit oder in der Lage, eine Konzeption politischer Partizipation und sozialer Gerechtigkeit zu entwickeln. Dies ist jedoch unerläßlich, um auf Dauer neben den angestrebten Wachstumsraten auch politische Stabilität und sozialen Konsens zu erzielen.

Gerhard Will

Gerhard Will ist Politologe und studierte modernes Chinesisch und Vietnamesisch. Er arbeitet im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln. Eine längere Fassung des Textes wird im Juni in einer Südostasienpublikation des 'Instituts für Dritte Welt Forschung Freiburg' erscheinen.



Der Chinese im vollentwickelten Kapitalismus

Max Webers Konfuzius-These wird recycelt

„Von Asien lernen, heißt siegen lernen" – unter diesem Motto möchten Gerhard Schröder mit Stumpf(e) und Stihl sowie Daimler- Benz-Chef Schrempp „europäischen Borniertheiten" wie dem Sozialstaat zu Leibe rücken. In einem Memorandum zum ASEM-Gipfel forderten sie „unbefangene Offenheit, Aufnahmebereitschaft und Lernwilligkeit" gegenüber sogenannten asiatischen Tugenden wie Sozialdisziplin und Verzichtsbereitschaft. Doch so wenig wie Weltoffenheit nicht mit Lohndumping und Sozialabbau verwechselt werden darf, so wenig ist der wirtschaftliche Aufschwung Ostasiens mit dessen kulturellen Eigenarten zu erklären.

Die sogenannte Konfuzianismusthese – die These, daß die wirtschaftlichen Erfolge Ostasiens auf die konfuzianische Tradition dieser Region zurückgehen – ist in den letzten Jahren zu einem dominierenden Erklärungsmuster der fernöstlichen Entwicklung geworden. Dabei wird sie zusehends von Politikern in Ostasien instrumentalisiert: Sie droht zum Hindernis für die demokratische Entwicklung dieser Region zu werden.

In der Diskussion über die ostasiatische Gesellschaft und den Konfuzianismus haben Max Webers religionssoziologische Studien lange Zeit eine entscheidende Rolle gespielt. Bis in die siebziger Jahre hinein zweifelte kaum jemand an der Plausibilität seiner Theorie, die einen Zusammenhang zwischen kapitalistischer Entwicklung und protestantischer Ethik behauptet.

Die Gründe für Webers Beschäftigung mit dem Konfuzianismus waren vielfältig. Es ging ihm vor allem darum, in einem *„Überblick über die Beziehungen der wichtigsten Kulturreligionen zur Wirtschaft und sozialen Schichtung ihrer Umwelt, beiden Kausalbeziehungen soweit nachzugehen, als notwendig ist, um die Vergleichspunkte mit der weiterhin zu analysierenden okzidentalen Entwicklung zu finden"*. Die „Gesammelten Aufsätze zur Religionssoziologie" sollten insofern *„nicht etwa als (...) umfassende Kulturanalyse gelten. Sondern sie betonen in jenem Kulturgebiet ganz geflissentlich das, was im Gegensatz stand und steht zur okzidentalen Kulturentwicklung"*[1].

Im Mittelpunkt von Webers Untersuchung der außereuropäischen Kulturen steht folglich die Frage nach der Entstehung des *„modernen okzidentalen Kapitalismus"*; mit anderen Worten, Weber konzentriert sich auch in seinen östlichen Studien auf das Problem, warum sich der moderne Rationalismus im Okzident und nur dort hat entwickeln können.

Weber stellt in seiner Studie fest, daß China schon seit einer für Europäer vorhistorischen Zeit ein Land mit großen ummauerten Städten war. Nach der Befriedung des Reiches unter den Ch'ing (ab 1644) und nach der Gewährung größerer Freiheiten vermehrte sich die Bevölkerung kolossal. Die Berufsvereinigungen besaßen faktische Autonomie, die Bevölkerung zeichnete sich durch einen stark ausgeprägten Erwerbstrieb und sprichwörtlichen Fleiß aus.[2] Dennoch ist es in China von innen heraus zu keiner modernen kapitalistischen Entwicklung, ja nicht einmal zu einer modern-bürokratischen Entwicklung gekommen.[3] Warum?

Nach Weber war die Entstehung der Geldwirtschaft und der Städte für die kapitalistische Entwicklung im Okzident von großer Bedeutung. Hier, so Weber, liege ein entscheidender Unterschied: Der chinesische Staat sei nämlich beim Versuch der Einführung der Geldwirtschaft gescheitert. Überhaupt fehlten ihm Städte, *„die wie Florenz eine Standardmünze geschaffen und der staatlichen Münzpolitik die Wege gewiesen hätte(n)"*. In China gab es zwar ebenfalls Städte. *„Der Grundgegensatz der chinesischen (...) Städtebildung gegen den Okzident war aber das Fehlen des politischen Sondercharakters der Stadt. Sie war keine 'Polis' im antiken Sinne und kannte kein 'Stadtrecht' wie das Mittelalter"* (37). So fehlte dort auch die rechtliche Garantie für Berufsvereinigungen.

Hindernisse in Chinas kapitalistischer Entwicklung

Ein Einheitsstaat und eine bürokratische Organisation müssen sich zwar nicht immer negativ auf die kapitalistische Entwicklung auswirken. Aber in China waren der Kaiser als „Sohn des Himmels" und seine Bürokraten nicht nur Träger der säkularen staatlichen Ordnung, sondern auch des religiösen Charismas. Damit wurde ein Dualismus von Staat und Kirche von vornherein verhindert.

Für Weber waren die autonome Kirche mit ihrer Hierokratie (Priesterherrschaft), die autonome Gewerbestadt mit ihrem Bürgertum und das Lehenswesen mit seinen Ständen gerade die *„auf eigenen Füßen stehende(n) Mächte"*, welche im Okzident später *„ihrerseits aus eigener militärischer Macht heraus die Bindungen durch die Patrimonialmacht abwerfen konnten"* (78). In China, wo bereits seit der Zerschlagung des Feudalismus und der politischen Entmachtung des Adels keine nennenswerte Mittelschicht mehr vorhanden war, fehlten diese drei Elemente, jedenfalls als eigenständige Kräfte.

Darüber hinaus sah Weber in der Sippenorganisation und in der Justiz weitere Hemmnisse für die Entfaltung des Kapitalismus. Zum einen, weil die Sippenorganisation die Entstehung des Individualismus verhinderte. Zum anderen, weil die Justiz weitgehend „Kabinetts"-Justiz blieb und von *„materialer Individualisierung und Willkür"* (110) nicht unabhängig war. So fehlte in China das formal garantierte Rechtssystem – eine politische Vorbedingung des Kapitalismus.

Die Eigentümlichkeit des Konfuzianismus

Ohne Zweifel waren die von Weber genannten strukturellen Elemente wesentliche Bestandteile der traditionellen Gesellschaft Chinas und als solche für die kapitalistische Entwicklung eher hinderlich. Doch Weber selbst wies auf ein mögliches Mißverständnis hin. Er betonte ausdrücklich, *„der Chinese würde (...) ebenso fähig, vermutlich noch fähiger sein als der Japaner, sich den technisch und ökonomisch im neuzeitlichen Kulturgebiet zur Vollentwicklung gelangten Kapitalismus anzueignen. Es ist offenbar gar nicht daran zu denken, daß er für dessen Anforderungen etwa von Natur aus 'nicht begabt' wäre"* (208).

Zumal in China durchaus auch günstige Bedingungen vorhanden waren, die das Entstehen des Kapitalismus hätten fördern können, zum Beispiel das Fehlen der *„feudalen und grundherrlichen Gebundenheit"* und *„der güterverkehrhemmenden Monopole aller Art"*, welche für lange Zeit die kapitalistische Entwicklung im Okzident gebremst hatten. Insofern könne man mittels der strukturellen Elemente allein nicht plausibel erklären, warum der *„rein ökonomisch orientierte Kapitalismus in China"* nicht entstand. Die entscheidende Ursache dafür lag nach Webers Ansicht in der gesinnungsmäßigen Eigentümlichkeit Chinas begründet: im Konfuzianismus.

Der Konfuzianismus ist nach Weber eine Ethik, eine *„ausschließlich innerweltliche Laiensittlichkeit"*, deren Träger der Literatenstand ist. Er habe keine metaphysische Verankerung und kenne weder eine Erlösungsethik noch das radikal Böse oder eine *„widergöttliche Macht der Sünde"*. Nach dem Konfuzianismus sei die Welt, *„die beste der möglichen Welten, die menschliche Natur der Anlage nach gut und die Menschen untereinander darin, wie in allen Dingen, zwar dem Grunde nach verschieden, aber prinzipiell gleich geartet und jedenfalls schrankenlos vervollkommnungsfähig und zugänglich zur Erfüllung des Sittengesetzes"*. So rücke der Konfuzianismus in starken Gegensatz zur puritanischen Ethik, die eine *„gewaltige und pathetische Spannung gegenüber der 'Welt'"* beinhaltet (193).

Der konfuzianischen Ethik fehle *„irgendwelche Spannung zwischen Natur und Gottheit, ethischen Anforderungen und menschlicher Unzulänglichkeit, Sündenbewußtsein und Erlösungsbedürfnis, diesseitigen Taten und jenseitiger Vergeltung, religiöser Pflicht und politisch-sozialen Realitäten"* (199). Eine Spannung gegen die „Welt" konnte im Konfuzianismus nie entstehen, weil ihm *„eine ethische Prophetie eines überweltlichen, ethische Forderungen stellenden Gottes"* völlig fremd sei (195). Eine echte Prophetie schaffe erst *„eine systematische Orientierung der Lebensführung an einem Wertmaßstab von innen heraus, der gegenüber die 'Welt' als das nach der Norm ethisch zu formende Material gilt"* (199).

Aber wo alles Hinausgreifen über die Welt fehle, müsse es auch an Eigengewicht ihr gegenüber mangeln. In der Tat fehle dem Konfuzianismus *„jede Handhabung zur Beeinflussung der Lebensführung durch innere Gewalten, die nicht rein traditionell und konventionell gebunden waren"*. Deshalb sei nur die *„Domestikation der Masse und die gute Haltung des Gentleman"* entstanden. Der Konfuzianismus verlange schließlich *„stetige wache Selbstbeherrschung im Interesse der Erhaltung der Würde des allseitig vervollkommneten, perfekten Weltmannes"*, während die puritanische Ethik diese *„im Interesse der methodischen Einheit der Eingestelltheit auf den Willen Gottes"* fordere (202 f.).

Daraus folgt Webers entscheidende These: *„Der konfuzianische Rationalismus bedeutete rationale Anpassung an die Welt. Der puritanische Rationalismus: rationale Beherrschung der Welt"* (207). Für Weber war dies die Erklärung für das Ausbleiben einer modernen kapitalistischen Entwicklung von innen heraus.

Die Studie Webers über den Konfuzianismus ist zweifellos ebenso originell wie geistreich. Dennoch ist sie nicht ohne Schwächen. Der entscheidende Einwand: Der Konfuzianismus betont durchaus die moralische Autonomie des einzelnen, er legt sogar großen Wert auf die moralische Selbständigkeit. Der Konfuzianer ist im Bewußtsein der eigenen Würde und seiner inneren moralischen Kraft aus sich selbst heraus auf den tao verpflichtet, das heißt auf den rechten Weg, und zwar selbst dann, wenn sich ihm Respektspersonen entgegenstellen. Darüber hinaus ist anzumerken, daß Weber übertriebenes Vertrauen in die Kraft von Ideen setzte, die er relativ losgelöst von ihrem sozio-ökonomischen Kontext untersuchte. Er hat es deshalb unterlassen, sie systematisch mit den spezifisch wirtschaftlichen Aspekten der chinesischen Gesellschaft in Beziehung zu setzen.

Revival der Konfuzianismus-These

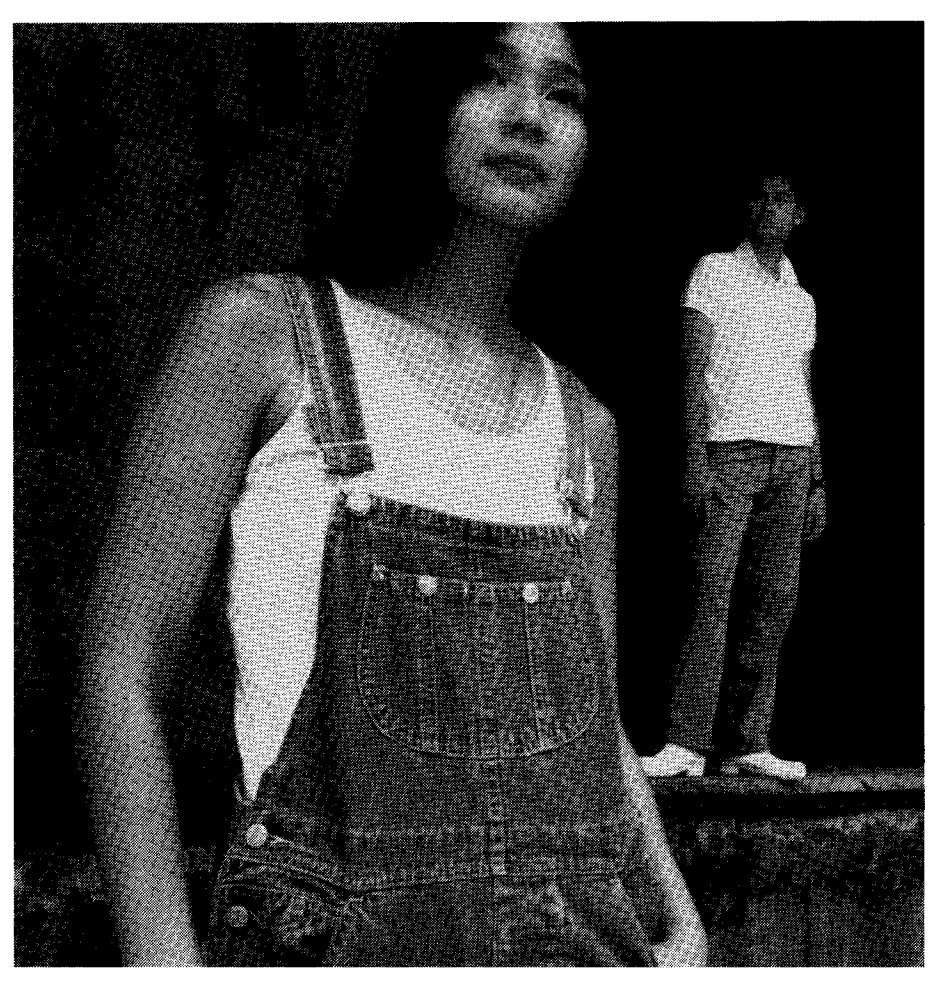
Es waren nicht die immanenten Schwächen der Weberschen Interpretation und auch nicht neue theoretische Erkenntnisse, die die wissenschaftliche Welt im Westen veranlaßten, über die Plausibiliät der Konfuzianismus-These neu nachzudenken, sondern die beobachtbaren wirtschaftlichen Erfolge der ostasiatischen Länder. Diese wurden mit Erstaunen und Bewunderung, doch gewiß auch mit Angst aufgenommen.

Die Zahl der wissenschaftlichen Veröffentlichungen über das sogenannte ostasiatische Wirtschaftswunder nahm während der letzten beiden Jahrzehnte ständig zu. Sie las-

sen sich in historisch-strukturelle, institutionalistische oder kulturelle Interpretationen unterteilen. Zunächst versuchten Wirtschaftswissenschaftler und Theoretiker der politischen Ökonomie, das Erfolgsrezept Ostasiens hauptsächlich in den institutionellen Bedingungen zu finden. Sie betonten Faktoren wie politische Stabilität, funktionierende Bürokratien und eine darauf beruhende effektive Wirtschaftspolitik.[4]

Seit Mitte der achtziger Jahre rückt die kulturelle Analyse zunehmend in den Mittelpunkt des Interesses. Dazu trugen vor allem die immer deutlicher werdenden Unterschiede zwischen den Erfolgen der ostasiatischen und den Mißerfolgen der anderen Entwicklungsländer bei. Die Behauptung, daß die plötzlichen Erfolge Ostasiens in der chinesisch-konfuzianischen Tradition eine gemeinsame kulturelle Wurzel haben müssen, bildete den allgemeinen Ausgangspunkt dieser Analysen. Die jahrhundertelange konfuzianische Prägung der Bevölkerung habe ihr wirtschaftliches Bewußtsein geformt und die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend gefördert.

Zur Prüfung der Gültigkeit dieser Annahme ist eine Auseinandersetzung mit Webers Konfuzianismus-These unvermeidlich, die gerade umgekehrt die konfuzianische Kultur für die Rückständigkeit Chinas verantwortlich gemacht hatte. Zudem stützt sich die neue kulturelle Analyse in ihrem Selbstverständnis überraschenderweise methodisch ihrerseits auf die Position Max Webers.



Asketisch sind sie, die Chinesen

Methodisch verfahren die gegenwärtigen Vertreter der konfuzianischen Kapitalismusthese wie Tu Wei-ming, Peter Berger oder Oskar Weggel nach folgendem Schema: Zuerst hebt man in den ostasiatischen Gesellschaften einige Elemente hervor, die für die wirtschaftlichen Erfolge entscheidend gewesen sein sollen, um diese dann auf die konfuzianische Tradition zurückzuführen. Harvard-Professor Tu Wei-ming, der die konfuzianische Ethik Ostasiens als Funktionsäquivalent der 'protestantischen Ethik' Europas bezeichnet[5], umgeht dabei die Frage, warum in Ostasien trotz seiner konfuzianischen Ethik bis zur Mitte des 20.Jahrhunderts keine nennenswerte wirtschaftliche Entwicklung erfolgte und warum die konfuzianische Ethik bis vor kurzem als entwicklungshemmender Faktor galt.

Der amerikanische Soziologe Peter Berger, der Tu Wei-mings Ansicht über die kapitalismusfördernde Wirkung des Konfuzianismus teilt, benutzt den Begriff des „East Asian Capitalism", in dessen Erfolgen er eine Bestätigung der bürgerlichen Kultur des Westens sieht. Im Gegensatz zu seinem Harvard-Kollegen versucht Berger zu erklären, warum im traditionellen China kein Kapitalismus entstand, während sich in der Gegenwart eine neue Dimension der Modernisierung in Ostasien entfaltet habe. Dabei greift er auf die Einsicht Max Webers zurück, daß das psychologische Gepräge einer Religion höchst unterschiedlich sei, je nachdem, welche gesellschaftliche Schicht die Religiosität praktisch ausübe. Folglich unterscheidet Berger zwischen dem Konfuzianismus der Mandarine, der die Modernisierung verhindert habe, und dem Konfuzianismus der einfachen Leute, die mit Disziplin und kollektiver Solidarität die Modernisierung vorangetrieben hätten, und rettet so Webers These.[6]

Auf den volkstümlichen Konfuzianismus, den „Bauern-, Handwerker- und Händlerkonfuzianismus" rekurriert auch Oskar Weggel. Zu dessen charakteristischen Wertvorstellungen zählt er Gemeinschaftsbezogenheit, Erziehung und Lernen, Hierarchie, Ordnung, Dualismus zwischen dem danwei- und dem Transdanwei- Bereich[7], die bürokratische Tradition und ausgeprägte Wirtschaftstugenden. Sie alle seien spontan gelebter Lebensstil und überkommene Denk- und Verhaltensweisen der Chinesen bzw. Ostasiaten.[8]

Aber was an diesen sogenannten charakteristischen Verhaltensweisen bei 'den' Ostasiaten so ausgesprochen konfuzianisch sein soll und nicht etwa buddhistisch, taoistisch, shintoistisch oder gar christlich – in Südkorea gehört fast ein Drittel der Bevölkerung christlichen Religionen an – und inwiefern diese Verhaltensweisen überhaupt mit den wirtschaftlichen Erfolgen im Zusammenhang stehen, darüber schweigen die angeführten Autoren. Dennoch findet die konfuzianische Kapitalismusthese weltweit in der Wissenschaft, in den Medien und in der Politik große Resonanz. Woher dieses allgemeine Interesse?

Ausufernder Kulturbegriff

Es ist nicht zu leugnen, daß die jüngsten Beispiele erfolgreicher Entwicklung fast ausnahmslos im ost- bzw. südostasiatischen Raum zu finden sind. Das ist kein Zufall. Die entscheidenden Ursachen für Entwicklungserfolge der ostasiatischen Staaten liegen im wesentlichen in der Beschaffenheit der politischen und sozialen Institutionen dieser Länder, in der Struktur ihrer Eliten, im Ablauf ihrer kolonialen und postkolonialen Geschichte und nicht zuletzt in ihrer Stellung im internationalen Wirtschafts- und Machtsystem. Es ist unangemessen und falsch, diese zentralen Rahmenbedingungen mit Hilfe eines ausufernden Kulturbegriffes als letztlich „kulturell", also als „konfuzianisch" bzw. „post- oder metakonfuzianisch" determiniert zu interpretieren. Denn die traditionelle Kultur kann heute nicht mehr als entscheidender Grund angeführt werden, der die Entwicklungschancen einer Gesellschaft bestimmt.

Die überraschenden Wirtschaftserfolge Ostasiens post festum und im Widerspruch zu den früheren Erklärungen plötzlich mehr oder weniger monokausal auf ihre traditionelle Kultur zurückzuführen, ist auch aus

einem zweiten Grund problematisch. Oft wird angenommen, die konfuzianische Tradition sei ein einheitlicher, klar abgegrenzter Block, die Ziele der heutigen ostasiatischen Gesellschaften seien als kohärenter Normenkodex faßbar. Hier sitzt man der im Westen bereits seit dem 18. Jahrhundert bestehenden Fiktion eines einheitlichen Gesamtkonfuzianismus auf. Es gibt Hunderte von Kunfuzianismen – die Lehre des Konfuzius, die des Meng-tzu, des Hsün-tzu, des Han Yü, des Qu-yang, des Chu Hsi, des Wang Yang-ming, des Huang Tschunghsi, die der Han-Zeit oder die des Neo-Konfuzianismus etwa eines K'ang Yu-wei.

Es gab keinen „konfuzianischen Staat" als solchen. Die grundlegenden Prinzipien der traditionellen ostasiatischen sogenannten konfuzianischen Staaten gehen nicht auf die Konfuzianer, sondern auf die Legisten der Qin Dynastie Chinas (221–206 v. Chr.) zurück: Dazu gehört das Regieren mit Gesetzen, die strenge Bindung aller Staatsorgane und der Träger der öffentlichen Gewalt an die Gesetze und die Kontrolle und die Sanktionen für die Durchsetzung dieser Bindung. Es ist überhaupt nicht mehr umstritten, daß der zur Staatsideologie gekrönte Konfuzianismus sich keineswegs auf die Person und das Werk von Konfuzius stützte und stützen kann. Im Gegenteil, diese Lehre zeigt eine bemerkenswerte Kraft zur Synthese von Mythen und anderen Lehren, zum Synkretismus. Folgerichtig fragt man sich, was an der sogenannten konfuzianischen Staatsideologie überhaupt konfuzianisch sein soll.

Genickbruch

Zudem ist es nicht richtig, daß die modernen Gesellschaften Ostasiens bruchlos aus den alten Gesellschaften hervorgegangen sind. In Wirklichkeit war der Übergang von den traditionellen Herrschaftsformen zur Bildung des modernen Staatswesens in Ostasien kein Kontinuum. Er ähnelte viel eher *„einem tödlichen Genickbruch"*[9]. Infolge von imperialistischen Invasionen, von Kolonialisierung und Krieg waren nicht nur die politischen und sozialen Strukturen zerstört, sondern mit ihnen auch die überlieferten Wertvorstellungen.

Deshalb wurde der Konfuzianismus von den in der modernen Zeit entstehenden politischen und sozialen Bewegungen abgelehnt und bekämpft – in China zum Beispiel durch die „Bewegung des 4. Mai" (1919) und durch Mao Zedong. In Korea geriet er im Zuge der Modernisierung und mit dem aufkommenden Ideal des *American way of life* und des Konsumismus einfach ins Abseits.

Indessen ist es in den Gesellschaften Ostasiens mittlerweile nicht mehr umstritten, daß dort seit den sechziger Jahren ein Individualisierungsprozeß eingesetzt hat. Die Selbständigkeit des Individuums steht nunmehr im Mittelpunkt der Denk- und Handlungsschemata. Und somit stellt sich die Frage, ob der Individualisierungsprozeß eine Folgeerscheinung der Industrialisierung ist, oder ob umgekehrt durch individualistische Denk- und Handlungsschemata die Industrialisierung vorangetrieben wird. Und es stellt sich ebenso die für unser Thema wichtige Frage, ob und inwiefern die Betonung der Selbständigkeit des Individuums als Folge der ererbten konfuzianischen Wertvorstellungen zu erklären ist.

Die Antworten auf diese Fragen fallen unterschiedlich aus: Auf der einen Seite interpretieren moderne konfuzianische Humanisten die moralische Autonomie des einzelnen als oberstes Ziel der konfuzianischen Wertewelt. Folglich sehen sie im Individualisierungsprozeß keinen Widerspruch zum Konfuzianismus; vielmehr betrachten sie diesen als Grundlage und Chance der politischen Modernisierung – des Weges zur Demokratie. Zum anderen behaupten Wissenschaftler wie Yang Kuo-shu aus Taiwan, die Individualisierungstendenz sei der Faktor, der gegen die kollektivistischen Werte des Konfuzianismus die Industrialisierung erst ermöglicht habe. Seiner Ansicht nach sind konfuzianische Werte dem Fortschritt eher hinderlich als förderlich. Er übernimmt damit geradewegs die Position Max Webers.

Neuerdings hat sich die Debatte um eine politische Dimension erweitert: Autoritäre Politiker Ostasiens reagieren auf den Individualisierungsprozeß nicht nur skeptisch, sondern versuchen gar, ihn rückgängig zu machen. Sie sehen darin eine Gefahr für ihre Macht. Dies kann man besonders deutlich in Singapur beobachten. Singapurs Politiker sehen in der konfuzianischen Kapitalismusthese und der neuen Konfuzianismusdebatte ein probates ideologisches Mittel, das ihnen bei der Machterhaltung nützlich ist. Allen voran hat Lee Kuan Yew, der ehemalige Premierminister Singapurs, diese akademische Debatte aufgegriffen. Während er bis in die siebziger Jahre hinein die chinesische Tradition bekämpfte, versuchte er in den achtziger Jahren mit allen Mitteln, der Bevölkerung vermeintlich konfuzianische Werte einzuimpfen. Daß es sich dabei lediglich um eine von ihm selektierte Version konfuzianischer Werte – um Disziplin, Gehorsam und Loyalität – handelt, ist evident. Doch das Beispiel Lee Kuan Yews macht gegenwärtig in mehreren Ländern Asiens Schule – es ist der Versuch, den Industrialisierungsprozeß autoritär voranzutreiben, ohne den „Preis" der inneren Demokratisierung zahlen zu müssen.

Trotz dieser bedenklichen Entwicklung und vielleicht gerade wegen des politischen Beifalls beharren die Vertreter der konfuzianischen Kapitalismusthese auf ihrer Position. Sie weigern sich, sich mit der ambivalenten Frage des Individualisierungsprozesses in Ostasien und der moralischen Autonomie im Konfuzianismus auseinanderzusetzen. Insofern können sie sich dem Vorwurf der Einäugigkeit und der Liebedienerei bei bestimmten Politikern nicht entziehen.

Eun-Jeung Lee

Eun-Jeung Lee ist Politikwissenschaftlerin an der Martin-Luther-Universität Wittenberg/Halle. Der Aufsatz erschien zuerst in **Leviathan** 1/1996, S. 517–529. Wir danken dem **Westdeutscher Verlag** für die Genehmigung des Nachdruckes dieser gekürzten und leicht überarbeiteten Fassung.

Anmerkungen:

1) Weber, Max, 1920: Vorbemerkung, in: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. 1, Tübingen, S. 1–16 (MWG I/18), hier: S. 12 f.

2) Weber, Max , 1991; Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen. Konfuzianismus und Taoismus, Schriften 1915–1920, Studienausgabe Tübingen, hier: S. 28–37, 79; die folgenden Zitate stammen ebenfalls aus diesem Werk und sind im Text mit den Seitenzahlen gekennzeichnet.

3) Moderner Kapitalismus bedeutet für Weber in erster Linie die zweckrationale Organisation von Wirtschaftsbetrieben, die auf formell freier Arbeit, also auf Lohnarbeit, beruhen und formell friedliche Erwerbschancen für sich nutzen. Moderne Bürokratien heißt die zweckrationale Organisation von Verwaltungsbetrieben mit einem vor allem juristisch geschulten Fachbeamtentum, das formell korrekt zustandegekommene Gesetze und Verordnungen ohne Ansehen der Person anwendet.

4) Hinzu kamen andere Faktoren wie günstige Weltmarktbedingungen, massive amerikanische Hilfsleistungen, das Fehlen einer Arbeiterbewegung, die koloniale Vergangenheit einiger Länder usw.

5) Hinsichtlich seiner Argumentation vgl. den vollständigen Aufsatz Eun-Jeung Lees in Leviathan oder Tu, Wei-ming, 1990: Der industrielle Aufstieg Ostasiens aus konfuzianischer Sicht, in: Silke Krieger und Rolf Trauzettel (Hrsg.), Konfuzianismus und die Modernisierung Chinas, Mainz, S. 41–56

6) Bergers ausführliche Argumentation ist ebenfalls dem Aufsatz in Leviathan zu entnehmen oder nachzulesen in Berger, Peter L., 1987: The Capitalist Revolution, Aldershot u.a.

7) Als 'danwei' bezeichnet man die institutionalisierten Gemeinschaften des Dorfes, des Betriebes, des Wohnviertels usw.

8) Vgl. Weggel, Oskar, 1990: Zwischen Marxismus und Metakonfuzianismus: China auf dem Weg zur „Renormalisierung", in: Krieger/Trauzettel, a.a.O., S. 490–505

9) Metzger, Thomas A., 1990: Das konfuzianische Denken und das Streben nach moralischer Autonomie im China der Neuzeit, in: Krieger/Trauzettel, a.a.O., S. 307–356, hier: 337

Gipfelstürmer ...

Das erste größere Treffen europäischer und asiatischer NGOs fand anläßlich der ASEM-Gipfelkonferenz Anfang März in Bangkok statt. Angesichts der sozialen und ökologischen Konsequenzen des „asiatischen Wirtschaftswunders" war das Treffen der NGOs nach Auffassung von Jürgen Maier längst fällig und wegweisend.

Osten ist Osten, und Westen ist Westen, und nie werden sie sich begegnen" – so sah es der britische Kolonialschriftsteller Rudyard Kipling. Davon will heute niemand mehr etwas wissen. Auftakt zu einer neuen Etappe in der Zusammenarbeit sollte das erste „Asia-Europe Meeting" (ASEM) auf Regierungsebene am 1. und 2. März in Bangkok sein. Neben der Kooperation von EU und Nordamerika und nach der Gründung von Wirtschaftsverbänden wie APEC oder NAFTA soll mit ASEM eine weitere Achse im globalen Vieleck der Industrieregionen entstehen – so jedenfalls die Vorstellung der ASEM-Initiatoren. Entsprechend sollten ausschließlich die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen im Mittelpunkt stehen und kontroverse Themen gar nicht erst angesprochen werden.

Unmittelbar vor dem Gipfel der 25 Regierungschefs fand die erste 'Asia-Europe NGO Conference' statt. Auch sie sollte den Auftakt zu einer intensiveren Zusammenarbeit darstellen. Die NGOs kritisierten allerdings gemeinsam die verengte Sichtweise der ASEM-Teilnehmerstaaten auf Wirtschaftsfragen: Wer wie die 25 Regierungen immer noch so tut, als wäre eine Fortsetzung des bisherigen Entwicklungsmodells der Schlüssel zur Lösung aller nachgeordneten Probleme, braucht offensichtlich Nachhilfe aus der Gesellschaft.

Gemessen an diesem Anspruch war die NGO-Konferenz ein Erfolg, obwohl die thailändischen ASEM-Ausrichter versuchten sie zu behindern. Der Regierung in Bangkok sollte ein harmonisches ASEM zur Aufpolierung ihres national und international ramponierten Images verhelfen. Als ASEM begann, war aber die Presse schon voll mit den Forderungen der NGO-Konferenz: Die Menschenrechte müßten angesprochen und Indonesien wegen der Besetzung Osttimors unter Druck gesetzt werden. Außerdem ging es darum, daß die Handelsliberalisierung, kein Selbstzweck sei und die Verlierer des asiatischen Wirtschaftswunders Thema der Konferenz sein müßten. Das öffentliche Echo trug dazu bei, daß ursprünglich verbotene Demonstrationen von Textilarbeiterinnen und von Kleinbauern, die von ihrem Land vertrieben werden sollen, toleriert wurden.

Die Diskussionen unter den NGO-Vertretern zeigten dann, daß in Punkten wie den Sozialklauseln, der Handelsliberalisierung oder dem Umbau von Industriesystemen Positionen erst noch gefunden werden müssen. Forderungen nach der Durchsetzung von Menschenrechten, nach Demokratisierung und Selbstbestimmung unterdrückter Völker sind dagegen unbestritten. Bemerkenswert war, daß eigentlich alle RednerInnen aus Europa zu Problemen – wie etwa dem ökologischen Umbau – in ihren eigenen Regionen sprachen, statt europäische Rezepte für Asien zu verkünden.

Was sind asiatische Werte?

Ein Dialog in dieser Form ist vor dem Hintergrund der Entwicklung immer größerer Teile Asiens zu Industrienationen auch dringend erforderlich, denn Asiens Aufstieg wird mehr und mehr zu einer ökologischen Herausforderung. Die „Grenzen des Wachstums" werden durch Asiens Wirtschaftsboom noch erheblich früher erreicht werden. Das „asiatische Wirtschaftswunder" als Pyrrhussieg des Industriesystems? Die Erkenntnis, daß das europäisch-amerikanische Entwicklungsmodell nicht globalisierbar ist, macht Umbauanstrengungen in Richtung „Zukunftsfähigkeit" erforderlich, deren Dimensionen heute noch massiv verdrängt werden. Vielleicht beginnen daher schon bald asiatische Zivilgesellschaften, Druck auf europäische Regierungen auszuüben und Solidarität mit europäischen NGOs zu praktizieren, die versuchen, Europas Verbrauch von Rohstoffen zu reduzieren. Solidarität heißt dann, Strukturanpassung und Verzicht im Norden durchzusetzen.

Für die europäischen Regierungen kamen die starke Kritik und die Forderungen der NGOs aus Asien – u.a. Forderungen nach Beendigung der Subventionspolitik der EU-Landwirtschaft, nach Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Arbeitsmigranten und dem Stop europäischer Waffenexporte sowie nach Aufhebung des Drucks der EU auf asiatische Nicht-OECD-Länder, multinationale Direktinvestoren und nationale Firmen gleich zu behandeln – offensichtlich nicht ganz erwartet. Die Vorstellung, Europa stehe im Gegensatz zu den Vertretern „asiatischer Werte" für „die Demokratie", sitzt tief. Beinahe geschockt reagierte so der irische Außenminister, als er in einem Gespräch mit NGO-Vertretern nicht nur zu Handelsfragen, Menschenrechten und Osttimor, sondern auch zur Situation in Nordirland kritisch befragt wurde. Mitglieder der thailändischen NGO-Delegation meinten daraufhin ironisch, daß der Mann doch ein größerer Anhänger der sogenannten „asiatischen Werte" zu sein scheine als der thailändische Vizepremier, der die Delegation zuvor empfangen hatte.

China kein Thema

Sowohl bei ASEM als auch bei der NGO-Konferenz fiel im übrigen auf, daß kaum Kritik an der Politik Chinas geübt wurde. Weder die Besetzung Tibets noch die militärische Eskalation gegenüber Taiwan oder die allgemeine Menschenrechtslage in China waren Themen, die Widerhall gefunden haben. Insbesondere auf asiatischer Seite war hier eine gewisse Zurückhaltung zu spüren.

Der Dialog europäischer und asiatischer NGOs soll in den nächsten Jahren ausgeweitet und verbreitert werden. Dabei müssen die NGOs beider Kontinente nicht immer gleiche Interessen vertreten. Dies gilt insbesondere für Fragen im Zusammenhang mit Freihandel, Sozialklauseln und Protektionismus. Thailändische Kleinbauernaktivisten forderten beispielsweise die Ausweitung der Tapioka-Importquoten der EU, während europäische Ökologiebewegungen die Futtermittelimporte am liebsten verbieten würden. Unter anderem im Rahmen der nächsten ASEM-Gipfel, die abwechselnd in Ost und West – 1998 in London und 2000 in Seoul – stattfinden sollen, werden sich die NGO-Vertreter wiedertreffen und solche Fragen weiterdiskutieren.

Jürgen Maier

Jürgen Maier ist Geschäftsführer der 'Asien-Stiftung' in Essen, ein Dachverband verschiedener asienbezogener Organisationen, der Mitveranstalter der NGO-Konferenz gewesen ist.

... auf wackeligen Füßen

In Bangkok trafen sich die Konkurrenten des kapitalistischen Weltmarktes. Die NGOs hatten diesem Ereignis wenig entgegenzusetzen, resümiert Peter Franke.

Als „Ereignis von historischer Bedeutung" wurde das Treffen (fast) aller Regierungschefs der EU mit denen der ASEAN-Staaten sowie Japans, Chinas und Südkoreas bezeichnet. Auch wenn die im Namen 'Asia Europe Meeting' mitschwingende Reduzierung Europas auf die EU und die Asiens um den Raum vom Bosporus bis Indien von einiger Überheblichkeit zeugt, ist es tatsächlich ein historisches Ereignis, wenn sich zum ersten Mal Nachkommen der alten Kolonialherren mit den Repräsentanten der ehemals – mehr oder minder – kolonialisierten Länder eines Teils Asiens auf gleichrangiger Ebene treffen; wenn sich bei den europäischen Regierungen die Erkenntnis durchsetzt, daß man eine Region mit knapp der Hälfte der Weltbevölkerung nicht ausklammern kann; und wenn die eurozentrische Sicht der Welt durch Aufrufe wie „von Asien lernen" oder von Warnungen vor „asiatischen Herausforderungen" allmählich zurückgedrängt wird.

Nicht Solidarität, Verständigungsinteresse, gegenseitiger Respekt und gemeinsame Menschheitsideale sind indes die Motive für das Zusammenkommen der Regierungschefs in Bangkok. Die Veränderungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft haben die Herrschenden einander näher gebracht. Was vor 20 Jahren vielen, insbesondere marxistischen, Kritikern des Kapitalismus noch unmöglich erschien, daß nämlich auch „Entwicklungsländer" den Status eines „entwickelten", kapitalistischen Industrielandes erreichen, ist nun in Ostasien eingetreten. Die von den alten Industrienationen propagierte und geförderte Globalisierung ihres Wirtschaftssystems ist ihnen nun nicht mehr geheuer, und sie fürchten ins Abseits zu geraten.

Die Entwicklung einiger ostasiatischer Länder muß für manche europäische Länder wie ein Spiegel ihrer eigenen Geschichte wirken. Ihr im vergangenen Jahrhundert entwickeltes Wirtschaftssystem schafft sich nun nach den USA und Japan in Südostasien neue Konkurrenten. Schaut man sich dabei die soziale Lage der breiten Bevölkerung im Europa jener Zeit an, so unterscheidet sie sich in Bezug auf das weit verbreitete Elend und die demokratischen Grundrechte nicht wesentlich von dem, was über die Entwicklung der letzten 30 Jahre in vielen Ländern Asiens geschrieben wurde: Vertreibung, Landflucht, Kinderarbeit, 12–14stündiger Arbeitstag, Niedrigstlöhne, gefährliche Arbeitsplätze, Obdachlosigkeit, Rechtlosigkeit usw. Nicht zuletzt haben damals viele Europäer durch Auswanderung versucht, aus dem „wachsenden" Europa der Verelendung zu entkommen.

Aber wer und was hat sich denn eigentlich durchgesetzt – damals in Deutschland und heute in Ostasien? Auf wessen Kosten und zu wessen Gunsten? Traditionelle Eliten und „bürgerliche" Schichten betreiben die Durchsetzung des Kapitalismus als alleinige, alles umfassende Gesellschaftsform, in der die oberste Maxime Profitmaximierung durch Warenproduktion ist. Dabei kommt es nicht darauf an, daß ein nützlicher Gebrauchsgegenstand produziert wird, sondern daß man durch die Herstellung irgendeines Produktes Geld verdient. Alle sozialen, kulturellen und religiösen Traditionen werden dadurch tiefgreifend verändert. Alle menschlichen Beziehungen untereinander, wie auch das Verhältnis zur natürlichen Umwelt, das sich als zunehmend zerstörerisch erweist, sind davon bestimmt. Der Kapitalismus spaltet alle Gesellschaften, in Asien oder Europa, marginalisiert und vernichtet erhebliche ihrer Teile, heute wie damals.

Ein Popanz als Gegner

Es ist somit das eigene, hoch gepriesene Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das die wirtschaftlichen und sozialen Krisen in Europa verursacht – nicht Konkurrenten, wie die Wachstumsökonomien Ostasiens. Denn die Konkurrenz innerhalb eines Nationalstaates, eines Staatenverbandes oder der ganzen Welt, sowohl unter den Unternehmen als auch unter den Arbeitskräften, ist konstitutiver Bestandteil eben dieses Systems. Das Gerede von „asiatischer Herausforderung", „von Asien lernen" und „asiatischen Werten" lenkt von den eigentlichen Ursachen der Krise ab. Zugleich ist es gefährlich, weil es mit *den Asiaten* einen vermeintlichen Gegner aufbaut, der uns bedroht.

In Bangkok trafen sich die Chefs zweier Staatengruppen, deren Mitgliedstaaten innerhalb ihrer eigenen Gruppe wie auch weltweit in Konkurrenz zueinander stehen. Sie sind sich über die Vorherrschaft des Kapitalismus weltweit und in ihren Ländern einig. Am Wohl der jeweiligen Bevölkerung liegt ihnen nur insofern, als daß sie die Privilegien, die materiellen Vorteile und die Macht der vom Kapitalismus profitierenden Schichten erhalten wollen. Deshalb haben sie wenig Interesse daran, einen Dialog über Fragen der demokratischen Grundrechte, der Menschenrechte sowie des Selbstbestimmungsrechts anzufangen, es sei denn, sie können damit ihre (wirtschaftlichen) Ziele besser durchsetzen. Sie treffen sich, um sich über ihre gemeinsamen Interessen im weltweiten kapitalistischen System auszutauschen. Dabei wollen sie voneinander lernen.

Leider gab es zu diesem Treffen keine umfassenderen, alternativen Ansätze. Die Asia-Europe NGO Conference, die aus dem Boden gestampft wurde, stellte sich als eine der heutzutage obligatorischen „Gegenkonferenzen" dar. Diejenigen, die Ausdruck alternativer Ansätze in Europa und in Asien sind, waren nicht anwesend. Trotz des Anspruchs, sich „neuen Beziehungen zwischen Asien und Europa" zuwenden zu wollen, erwies sich die NGO-Konferenz nur als Reflex auf die politische Tagesordnung. Mit Themen, die zum Teil auch in den Gremien des offiziellen Politikdialogs behandelt werden, wollte sie die besseren Ratschläge an die Regierungschefs geben.

Ein langfristiger Dialog über Widerstandsformen gegen die Auswüchse des Kapitalismus sowie über Kernfragen gesellschaftlicher Entwicklung und Perspektiven zwischen Exponenten und Aktivisten sozialer Bewegungen, querdenkenden Intellektuellen und Künstlern in Europa und Asien muß entwickelt werden. Nur ein solcher Dialog kann dazu beitragen, daß ethnozentrische Vorurteile zwischen Europa und Asien bewußt abgebaut und gemeinsam eine Welt-Anschauung entwickelt werden kann, die über den Weltmarkt hinausgeht, ohne leugnen zu wollen, daß es ihn (vorerst noch) gibt. ASEM ist ein erneuter Anstoß, einen solchen Dialog auf den Weg zu bringen. Die Intiative zur NGO-Gegenkonferenz könnte ein erster Schritt dazu gewesen sein.

Peter Franke

Der Autor arbeitet in der Südostasien-Informationsstelle, die u. a. die Zeitschrift 'Südostasien-Informationen' herausgibt. Die aktuelle Ausgabe, in der der Text zuerst erschien, hat den Schwerpunkt „Asiatische Werte?"







Entwicklung ist nur eine pax oeconomica. Sie ist ein permanenter Kriegszustand." So urteilt Gustavo Esteva, einer der derzeit populärsten und wortgewaltigsten Kritiker von Idee und Praxis der Entwicklungspolitik. Für ihn sind „Entwicklung" und ihr Pendant, die „Unterentwicklung", Teile einer Herrschaftsideologie – erfunden, um den Süden dem Diktat des Nordens zu unterwerfen.

Tatsächlich hat Entwicklungspolitik erst mit der Neuordnung nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen. Die sich aufklärerisch und fortschrittlich gebende Entwicklungspolitik wurde als reine Modernisierungstrategie nach dem Vorbild der westlichen Zivilisation modelliert. Jener Teil der Menschheit, der bis dahin nicht einem eindimensional gefaßten Fortschrittsgedanken folgen wollte oder konnte, wurde als „unterentwickelt" stigmatisiert. Entwicklungspolitik war kaum mehr als Wirtschafts-, Macht- und Kriegspolitik. Und als Entwicklungshilfe war sie ein paternalistischer Tropfen auf den heißen Stein, den man durch Ausbeutung, Verschuldung, Strukturanpassungsprogramme etc. selbst erhitzte.

Der Glaube an die nachholende Entwicklung einte bis vor ein paar Jahren die Fortschrittsapostel mit ihren Kritikern, die zwar die Abhängigkeit der Peripherien von den Metropolen beklagten, kaum aber die Richtung des Weges in Zweifel stellten. Heute, nachdem mit dem Niedergang des Realsozialismus die Systemkonkurrenz entfallen ist, wird die „Eine Welt" beschworen. Der drohende ökologische Kollaps verleiht der Einheitsbehauptung die nötige Durchschlagskraft. Aber wie immer soll das Gerede von Einheit Gleichheit suggerieren und Gegensätze überdecken.

So ist auch der Konsens, der zur Zeit die entwicklungspolitische Szenerie beherrscht, eher unheimlich. Wohlfeile Schlagworte wie Demokratie und Menschenrechte, Zivilgesellschaft und Partizipation, Nachhaltigkeit und Frauenförderung, hinter denen sich alle versammeln können, bestimmen den Diskurs. In Hochglanzbroschüren sieht man staatliche wie nichtstaatliche Entwicklungsinstitutionen unisono mit den Modethemen hausieren gehen. Seite an Seite treten ehemalige Kontrahenten Kampagnen für die finanzielle Aufwertung der „Entwicklungszusammenarbeit" los. Diese bleiben ohne Erfolg, haben aber einen fatalen Nebeneffekt: Sie gaukeln einen pluralistischen Politikbetrieb vor, der fortschrittliche und emanzipatorische Begrifflichkeiten aufgreift, ohne daß tatsächlich alternative Denkmodelle zum herrschenden Neoliberalismus erkennbar wären. Dieser Neoliberalismus verschärft tagtäglich und weltweit die wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze, zu deren Minderung die Entwicklungspolitik auch heute noch vorgibt anzutreten. Die Entwicklungspolitik nimmt den Neoliberalismus in sich auf und in ihn ist sie eingebettet. Vor diesem Hintergrund ermöglichen die sich kritisch-aufgeklärt gebenden entwicklungspolitischen Modediskurse der 90er Jahre die Zerstörung der Umwelt und die Ausbeutung der Menschen umso widerspruchsloser, weil sie zugleich Besserung geloben.

Diesen unheimlichen Gleichschritt wollen wir in Frage stellen. Dabei ist die Schwierigkeit unübersehbar, gangbare nichtkapitalistische und nichtrealsozialistische Entwicklungswege zu entwerfen. Das kann aber nicht den Verzicht auf queres Denken und auf Kritik an praktizierter Entwicklungspolitik bedeuten – nach dem stupiden Motto: Kritik ist nur erlaubt, wenn sie was Besseres weiß. Außerdem können aus der Kritik eher Ansätze für neue Wege erwachsen als aus dem lähmenden Konsens. Lieber fruchtbar streiten als hilflos achselzuckend einer Meinung sein.

In diesem Sinn richtet der Themenblock den Blickwinkel auf Grundsätzliches. Wir hinterfragen die Idee der Entwicklung aus der Sicht der „Unterentwickelten". Die Ratlosigkeit der Entwicklungstheorien wird thematisiert und geprüft, ob neue Konzepte weiterhelfen. Modebegriffe der „Entwicklungszusammenarbeit" werden abgeklopft und am Projektalltag gemessen. Unsere Aufmerksamkeit gilt den Frauenförderungsprogrammen, die längst auch bei der Weltbank und den anderen Großen im Entwicklungsbusiness Eingang gefunden haben. Nicht zuletzt soll auch die Arbeit der vielgerühmten NGOs auf den Prüfstand. Führen ihre Aktivitäten im Süden wirklich zur Entstehung der propagierten kritischen Zivilgesellschaft? Wenn ja, wer hat daran teil?

Heute ist Entwicklungspolitik weniger denn je eigenständiger Politikbereich. Vielmehr ist sie eine Art Nischenpolitik – eine kleine Sparte innerhalb all der „großen" Politikfelder. Konzepte und Ziele von Entwicklung sind untergeordnete und eingebettete Bestandteile globaler und nationaler Wirtschafts-, Außen-, Sicherheits- und Umweltpolitik. Entwicklungspolitisches Spezialistentum ist nicht mehr besonders gefragt. Andererseits sind wir in all jenen Politikfeldern auch mit Theorie und Praxis von Entwicklung, mit der Frage, was Fortschritt ist, und nicht zuletzt mit denselben Modethemen und Schlagworten konfrontiert.

Die Theoretiker und Praktiker der Entwicklungszusammenarbeit fordern wir deshalb auf, die Konzipierung und Umsetzung ihrer 'Sektorkonzepte', 'Armutsbekämpfungsprogramme' und 'Gender-Ansätze' zu hinterfragen. Auf der Agenda steht erneut das Nachdenken darüber, was via Entwicklungspolitik in die Gesellschaften des Südens transportiert werden soll. Wir möchte eine neue Debatte über den Sinn und Unsinn von „Entwicklungszusammenarbeit" anregen. Hat sich in der Dekade seit Brigitte Erlers These von der „Tödlichen Hilfe" etwas geändert, oder wird alter Wein (westliche Dominanz) in neuen Schläuchen (kritisch-emanzipatorische Rhetorik) ausgeschenkt?

Die Redaktion

Totaler Theorieverzicht?

Bilanz der entwicklungstheoretischen und -politischen Diskussion der 90er Jahre

Die entwicklungspolitische Debatte der 90er Jahre begann mit Paukenschlägen. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts wurde kurz und bündig das „Ende der Dritten Welt" und das „Ende des Nord-Süd-Konflikts" ausgerufen. Gleichzeitig wurden Modernisierungs- und Dependenztheorie – die beiden wichtigsten 'Großtheorien' – auf den Müllhaufen der Ideologiegeschichte geworfen. Was blieb, sind „Theorieruinen" (Ziebura), „latente Theoriemüdigkeit" (Hein) und verbreitete Orientierungslosigkeit.

Was waren die Ursachen für die Theoriekrise? Stark vereinfacht lassen sich vier Gründe anführen. Erstens warf man Modernisierungs- wie Dependenztheorien vor, die Diffenzierungsprozesse in der Dritten Welt weder erfaßt noch aufgearbeitet zu haben. Zwischen aufsteigenden Exportländern wie den vier (süd-) ostasiatischen Tigern, stagnierenden rentenkapitalistischen Erdölförderländern und absteigenden agrarisch geprägten Staaten in Afrika sei ein derartig himmelweiter Unterschied, daß man kaum von einer einheitlichen 'Dritten Welt' sprechen könne. Frühere Annahmen von identischen wirtschaftlichen und sozialen Tiefenstrukturen in der Peripherie werden verneint und die jeweils konkreten Bedingungen für (Unter-)Entwicklung herausgestrichen.

Zweitens mußte in der sogenannten Schwellenländerdebatte festgestellt werden, daß beispielsweise der Aufstieg Südkoreas von einer Kolonie zu einem der konkurrenzfähigsten Industrieländer innerhalb von nur 30 Jahren mit allen bis dahin gängigen Theorien nicht erklärt werden konnte. Nach dependenztheoretischer Auffassung hätte die praktizierte Weltmarktintegration nur die „Entwicklung der Unterentwicklung" vorantreiben können. Trotz massiver negativer Erscheinungen wie Billiglöhnen und Umweltzerstörung kann davon im Falle Südkoreas keine Rede sein. Aber auch die Modernisierungstheorien, die erst die 'konfuzianische Ethik' als Entwicklungshemmnis diffamierten, um sie später als Erfolgsbedingung hochzustilisieren, versagten. Ebenso erging es der klassischen Entwicklungsökonomie, die Staatsabstinenz im Wirtschaftsleben propagierte und erstaunt zur Kenntnis nehmen mußte, wie Staatsinterventionismus erheblich schneller zum Wachstumsziel kam.

Dieses anvisierte Ziel des Wirtschaftswachstums ist der dritte Grund für die Theoriekrise. Lange Zeit war man sich einig im Ziel der nachholenden Industrialisierung. Lediglich über den Weg dahin – ob sozialistisch in der Tradition von Marx und Lenin, neoklassisch nach Smith und Ricardo oder neokeynesianisch nach Keynes – wurde gestritten. Die ökologischen Krisenerscheinungen wiesen jedoch unübersehbar auf die Begrenztheit des industriellen Entwicklungsmodells und seiner Übertragbarkeit hin. In den 90ern wurde dann nicht nur das Ziel des Entwicklungsprozesses, sondern sogar die Idee an sich, etwas 'entwickeln' zu wollen, von Fundamentalkritikern wie Gustavo Esteva zurückgewiesen. Nur logisch, daß mit dem Ende des 'Entwicklungsmythos' auch die Theorien verstummen, die ihn zum Inhalt haben. Die Einsicht mancher, daß Entwicklung „eine unbegrabene Leiche (ist), die gefährlich die Luft verpestet"[1], bedeutet aber leider nicht, daß wachstumsorientierte Industrialisierung in der entwicklungspolitischen Praxis als führendes Leitmotiv aufgegeben wurde.

Als vierter Grund für das Theorieversagen wird das Scheitern aller Utopien und Entwicklungsmodelle genannt. Entwicklungstheorien versuchten ja nicht nur (Unter-)Entwicklung zu erklären, sondern waren zugleich auch gesellschaftspolitische Entwürfe und gaben Strategien für den anzustrebenden Entwicklungsweg vor. Aber weder sozialistische Modelle à la Kuba oder Nicaragua, weder neoklassische à la Chile noch 'dritte Wege' wie Ujamaa in Tanzania hätten für die Bevölkerung reale Verbesserungen gebracht, wurde von Theoriekritikern wie Ulrich Menzel konstatiert.

Die Theoriekrise und die Behauptung vom „Ende der Dritten Welt" hat die entwicklungspolitische Diskussion der 90er stark beeinflußt. Dazu muß zwischen zwei Ebenen unterschieden werden, einer theoretischen und einer praktisch-politischen. Auf der theoretischen Ebene ist zu konstatieren, daß der in den 70er Jahren gepflegte Dogmatismus aufgegeben wurde. Kaum jemand behauptet heute noch, im Besitz der allein gültigen Wahrheit zu sein, von neoklassisch orientierten Entwicklungsökonomen und ihren Wahnvorstellungen vom 'freien Markt' und seiner alles regulierenden Kraft abgesehen. War man früher in einem statischen dichotomischen Weltbild gefangen, in dem nur Metropole und Peripherie oder moderne und traditionelle Gesellschaften als simple Koordinaten dienten, sind heute wesentlich differenziertere Analysen möglich. Erst wenn die konkrete Kolonialgeschichte eines Landes oder einer Region, die heutigen Weltmarkteinflüsse und die jeweiligen endogenen Faktoren zusammengebracht werden, kann die Komplexität von (Unter-)Entwicklung erfaßt werden. Ein heute in vielen Länderstudien praktizierter Theorienpluralismus ermöglicht eine der Realität eher nahekommende Einschätzung der Situation oder gesellschaftlicher Gruppen. Problematisch wird es nur, wenn solche Studien nur noch zeigen, daß überall alles anders ist, weil sie überhaupt nicht mehr vom Einzelfall abstrahieren wollen oder können.

Neue, längst überfällige Themen wurden aufgegriffen oder vertieft. Nachdem viel zu lange rein ökonomistisch gedacht und an den 'Hauptwidersprüchen' Kapital-Arbeit und Metropole-Peripherie festgehalten worden war, konnte die Ökologiedebatte endlich an Einfluß gewinnen. Elmar Altvater unternahm 1992 einen anspruchsvollen Versuch, ökologische und ökonomische Krisen- und Ausbeutungserscheinungen in einen systematischen Zusammenhang zu bringen. Für ihn waren Kapitalismus und das industrielle Modell unvereinbar mit den Forderungen nach 'sustainable development', weswegen er für eine „solare Revolution" plädierte. Im weiteren Verlauf der Ökologiedebatte, die

nach dem Umweltgipfel in Rio immer mehr von den Mächtigen dieser Welt vereinnahmt wurde, wurden die Forderungen nach einem radikalen Umbau der Industriegesellschaften übertönt. Heute geht es mehr um die Frage, wie der bestehende Kapitalismus 'nachhaltig' konsolidiert werden kann.

Ein weiterer 'Nebenwiderspruch', nämlich das Geschlechterverhältnis, wird in der sogenannten Gender-Diskussion aufgegriffen. Unter dem schwer zu übersetzenden Begriff „gender" wird Geschlecht nicht als biologisches Kriterium, sondern im Sinne von sozial geprägten Rollen verstanden. Frauen werden in der gender-Perspektive nicht isoliert, sondern in ihren gesellschaftlichen Beziehungen betrachtet. Dieser Forschungszweig steht zumindest im deutschsprachigen Raum erst am Beginn und wird noch mehr Aufmerksamkeit als bisher auf sich ziehen.

In der Kulturdebatte gibt es neue Akzente. In der pessimistisch-kriegstreiberischen Variante wird der 'clash of civilisations' (Samuel Huntington) und die Verdrängung der kulturellen Hegemonie des Westens insbesondere durch die Herausforderungen des islamischen Kulturkreises befürchtet. Die optimistisch-liberale Variante sieht „Entwicklung als Wettbewerb der Kulturen" (Dieter Weiss) an und gesteht auch außereuropäischen Wertesystemen erfolgreiche kapitalistische und politische Entwicklung zu. Ob damit eurozentrische Überlegenheitsvorstellungen, wie sie durch Max Weber bzw. seine Rezeption geprägt wurden, aufgelöst sind, ist fraglich. Denn der Maßstab, nach dem 'Entwicklung' gemessen wird, sind europäische Ideen von wirtschaftlicher Effizienz und universellen Werten.

Globalisierung heißt schließlich das Stichwort eines weiteren an Bedeutung zunehmenden Diskussionsstranges.[2] Unter Einbeziehung regulationstheoretischer Annahmen werden hier die Entwicklungen der „entgrenzten Weltwirtschaft" untersucht.


Aufbruch in die neue Welt **Photo: Herby Sachs/version**

Fähnlein im „wind of change"

Schöne neue Welt also in der Entwicklungstheorie? Mitnichten! Der heute übliche Theorienverzicht oder -pluralismus birgt die Gefahr der Beliebigkeit. Man gibt sich auf- und abgeklärt, verweist auf den ideologischen Charakter früherer Bekenntnisse und vergißt, daß man keinen eigenen Standpunkt mehr hat, sondern nur sein Fähnlein in den „wind of change" hält. Dieser Wind weht aus neoliberaler Richtung. Über den ideologischen Charakter des Neoliberalismus und seiner Konzepte von Markt und parlamentarischer Demokratie geht der mainstream stillschweigend hinweg. Statt ständig geschärfter analytischer Instrumente werden nur noch theoretische Versatzstücke ohne jeglichen Zusammenhang feilgeboten. In vielen Veranstaltungen ist zu beobachten, daß die Vortragenden zu Beginn vom „Scheitern der Theorien" sprechen, um dann im weiteren Verlauf deren Schlüsselbegriffe und -konzepte wie 'Modernisierung', 'Peripherie' oder 'Abhängigkeit' heranzuziehen. Die Paradoxie ihres Vorgehens ist dabei den wenigsten bewußt! Andere verlegen sich in ihren Dissertationen etc. von vornherein auf reine Deskription oder denken theoretische Grundlagen nur noch implizit mit, anstatt sie offenzulegen.

Neben den überflüssigen und falschen Bestandteilen der gescholtenen Theorien wurden die sinnvollen gleich mitentsorgt. Die Theoriekritik verfuhr genauso pauschal mit ihrem Gegenstand, wie dieser mit der Dritten Welt. Konzepte wie etwa strukturelle Heterogenität bleiben aber gerade im Zeitalter der Globalisierung wichtig für das Verständnis von Unterentwicklung. Sie können z.B. erklären, warum Dritte-Welt-Metropolen wie Bangkok stärker mit dem Weltmarkt als mit ihrem Hinterland verflochten sind. Ebenso können wohlverstandene Modernisierungskonzepte, die zum Beispiel Landreformen als Bedingung für Entwicklung thematisieren, hohen Erklärungswert haben. Man muß sich nur die Mühe machen, diese Theoreme und Strategien den tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen und sie nicht plump den Theoriepäpsten nachzubeten. Das scheint den vielen ehemaligen Apologeten von Dependencia und Modernisierungstheorie zuviel intellektueller Aufwand gewesen zu sein.

Als Folge der grassierenden Konturenlosigkeit ist der offene, konservative backlash gegen alle Abhängigkeitstheoreme in Mode gekommen. Natürlich war es falsch, die Schuld für alle Probleme der Dritten Welt ausschließlich in den Industrieländern zu suchen. Der pauschalen Behauptung von Abhängigkeit liegt ja nicht zuletzt eine fatale Omnipotenzvorstellung vom Norden und eine paternalistische Haltung zugrunde, die die Dritte Welt nur auf eine Opferrolle reduziert. Aber wie zum Beispiel Siegfried Kohlhammer[3] den Ländern des Südens die alleinige Verantwortung für ihre Misere anlastet und Verschuldung, Protektionismus, Billiglöhne, Menschenhandel, Rüstungsexporte, Zerstörung der Athmosphäre durch exzessiven Energieverbrauch im Norden etc. wegdiskutiert, ist schlichtweg dreist. Derartige Verdrehungen der Realität sind von einer

gänzlich anderen Qualität als etwa die (Selbst-)Kritik von Axelle Kabou[4] aus Kamerun, die die Eliten in Afrika von der Verantwortung für das Entwicklungsdilemma nicht freisprechen will.

Politik im Theorievakuum

Die praktische Entwicklungspolitik füllte das entstandene theoretische Vakuum mit einer Anzahl von fortschrittlich klingenden Schlagwörtern und Modediskursen auf, deren inhaltlicher Gehalt bei näherer Betrachtung beliebig interpretierbar ist. Partizipation, soziale Sicherheit, good governance und sustainability, um nur die wichtigsten zu nennen, klingen innovativ und retten die in den 80ern massiv kritisierte Entwicklungshilfe, die jetzt in bester pädagogischer Absicht Entwicklungszusammenarbeit heißt, über die Runden.

Am Beispiel 'Partizipation' wird ihre Fragwürdigkeit deutlich. Früher verlangte man herrschaftskritisch, daß „Entwicklung von unten" kommen muß. Heute soll das Zauberwort 'Partizipation' die Beteiligung der 'Zielgruppen' an den Entwicklungsprojekten sichern. Die Verwendung des Begriffes unterschlägt, daß freiwillige, spontane Formen und ferngesteuerte, manipulierte Formen der Partizipation zu unterscheiden sind. Nicht der Vorgang der Partizipation an sich, sondern vor allem die Frage, an was und zu welchem Zweck partizipiert werden soll, ist hierbei bedeutsam. Um ein krasses Beispiel zu nennen: Nationalsozialismus war ein durchaus partizipatives System. Ebenso kann an den idiotischsten Entwicklungsprojekten fleißig partizipiert werden. Partizipation erhöht die Legitimation im Geberland und ermöglicht nebenbei auch, die Verantwortung für ein eventuelles Scheitern weiterzureichen. Wehe aber, die Bevölkerung verlangt Partizipation am Wohlstand der Welt und begehrt Einlaß zu seinen Hochburgen!

„Eine Welt" statt drei

Die Entwicklungspolitik entledigte sich nur allzugerne des theoretischen Ballastes. Das Stichwort vom „Ende der Dritten Welt" allerdings griff sie begierig auf. Zunächst wurde die Entwicklungshilfe geographisch erweitert auf jene Länder, die früher der zweiten Welt angehörten. In einem zweiten Schritt sprach man von der „Einen Welt" und mahnte „Globale Strukturpolitik" an. Entwicklungspolitik wird darin nicht nur in Deutschland zunehmend als präventives Krisenmanagement begriffen, das zur Sicherung eigener Interessen überall eingreift, wo dies für nötig erachtet wird. Auch hier hat sich Menzel mit seiner Forderung nach Interventionen und „Treuhandschaft" des Nordens über einzelne Länder des Südens als erfolgreicher Stichwortgeber profiliert.

Ergänzend ist von einem 'erweiterten Sicherheitsbegriff' die Rede, denn: *„Sicherheit bei uns ist politisch, wirtschaftlich, ökologisch und gesellschaftlich enger denn je mit dem Schicksal der Entwicklungsländer verbunden"*, so der BMZ-Abteilungsleiter van de Sand bei einem Vortrag vor der Führungsakademie der Bundeswehr.[5] Was folgt daraus? *„Entwicklungszusammenarbeit (muß) Hand in Hand gehen mit Instrumenten der Außenpolitik und der Diplomatie und den militärischen Instrumenten der Friedensicherung und der Friedensbewahrung".* Entwicklungshilfe unterscheidet sich nur noch durch ihre Methoden von militärischer 'Sicherheitspolitik', nicht mehr aber im Ziel.

Wer geglaubt hat, daß 'Globale Strukturpolitik' auch Veränderung bei uns heißt, wird von Entwicklungshilfeminister Spranger eines Besseren belehrt: *„... die Veränderung der Strukturen bei uns in der Bundesrepublik Deutschland ist sicherlich nicht meine Aufgabe".*[6] Stattdessen soll einseitig auf die Dritte Welt bezogen über das Instrument der Konditionalität massiv in politische Entscheidungsbereiche eingegriffen werden, die früher als die inneren Angelegenheiten von Staaten angesehen wurden. Dazu bekennt sich nicht nur Spranger, sondern auch z.B. grüne Entwicklungspolitik. Viele (ex-)linke Vordenker opfern bereitwillig die politische Autonomie und Souveränität der Dritte-Welt-Staaten den vermeintlichen Erfordernissen engagierter Menschenrechtspolitik, anstatt alle Anstrengungen auf die Verhinderung von Waffenexporten zu richten. Kaum weniger fragwürdig ist die Degradierung des Selbsthilfeprinzips in der Entwicklungspolitik zur 'Internationalen Sozialhilfe'. Wer einmal selbst Sozialhilfe bekommen hat, weiß, wie entwürdigend ein derartiges Konzept der Armutsbekämpfung ist.

Konsens statt Konflikt

Heute herrscht im Norden ein konsensualer Diskurs, der fortschrittliche Begrifflichkeiten problemlos einbezieht und alle bestehenden Konflikte zwischen Nord und Süd kaschiert. Wo früher noch ein *„Sturm der Entrüstung"* bei Dritte-Welt-Gruppen über die Betonung deutscher Eigeninteressen losgebrochen wäre, werden heute *„ähnliche Argumente"* für die Aufwertung der Entwicklungshilfe ins Feld geführt.[7]

Lediglich unterschiedliche Akzente werden gesetzt: Betonen die einen die Segnungen der *„sozialen Marktwirtschaft"*, vertrauen die anderen auf die Solidarität der *„internationalen Zivilgesellschaft"*, die als *„Widerpart gegenüber dem jeweiligen Staatsapparat auftreten"*[8] kann. Es ist eine seit Elsenhans' Abrechnung mit den bürokratischen Staatsklassen beliebte Argumentationsfigur, in den Staaten der Dritten Welt nur korrupte, aufgeblähte und entwicklungshemmende Monstren zu sehen. Auf der innenpolitischen Ebene mag dieses Urteil in vielen Fällen zutreffen. Auf der außenpolitischen Ebene aber gibt es bislang leider keine überzeugende Alternative zu Staaten oder Staatengruppen. Diese können im Nord-Süd-Konflikt trotz

Leitbilder der Entwicklungspolitik von 1949 bis 1996

Nachholende Modernisierung: In den 60er Jahren fand Entwicklungspolitik vor allem vor modernisierungstheoretischem Hintergrund statt. Entwicklung wurde als Aufbrechen der angeblich traditionalen und statischen Gesellschaftsordnungen in den zu entwickelnden Ländern betrachtet. Die US-Gesellschaft diente dabei zumindest implizit als Vorbild. Entwicklungshilfe wurde vor allem ökonomisch-utilitaristisch begründet. Die Weltwohlfahrt sollte durch optimale Kapitalverteilung und dadurch ausgelöste Industrialisierung erreicht werden.

Befreiung von der Abhängigkeit: Die Ende der 60er Jahre in Lateinamerika aufkommenden Dependenztheorien kritisierten die Modernisierungstheorien als a-historisch und neoimperialistisch. Gegen die Abhängigkeit von den Industrieländern sollte der 'Trikont' auf eigenständige, 'autozentrierte' Entwicklung bauen. Es kam vor allem in den Gremien der UNO zu einer organisierten Interessenpolitik der sich zusammenschließenden Dritte-Welt-Länder, die sich als dritte, unabhängige Kraft zwischen den beiden Großmächten begriffen. Die Entwicklungshilfe wurde von der entstehenden Solidaritätsbewegung im Norden politisch (Wiedergutmachung für die Schäden des Kolonialismus) und ethisch (internationale Solidarität) begründet.

Strukturanpassung und Nichtregierungsorganisationen (NGO): Die 80er Jahre entpuppen sich als 'verlorenes Jahrzehnt der Entwicklung', wofür Zwangsabkoppelung vom Weltmarkt, Schwäche des Staates in der Dritten Welt und korrupte Eliten verantwortlich gemacht werden. Als Retter in der Not werden die NGOs entdeckt. Sie sollen 'Hilfe zur Selbsthilfe' erfolgreicher gewährleisten als die bisherige staatliche Entwicklungshilfe. Der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank diktieren den verschuldeten Staaten des Südens 'Strukturanpassung', womit der Abbau der ohnehin schon schwachen Sozialleistungen und die Orientierung am Neoliberalismus gemeint sind.

Globalisierung und internationale Zivilgesellschaft: In den 90er Jahren wird verstärkt auf 'globale Strukturpolitik' und transnationale Kooperation gesetzt, wie etwa bei den großen UN-Konferenzen zu Umwelt-, Sozial-, Frauen- und Bevölkerungspolitik. Die Einhaltung von Menschenrechten soll von einer globalen Zivilgesellschaft gewährleistet werden.

aller Defizite noch am ehesten Süd-Interessen organisieren und gegen internationale Regime, Multis und Industrieländer durchsetzen. Die über NGOs zu organisierende 'internationale Zivilgesellschaft' hingegen bleibt ein Trugbild, das gesellschaftliche Macht vorgaukelt, wo politische und ökonomische Interessen der Herrschenden sich brutal ihren Weg bahnen.

Es ist bezeichnend für die Doppelbödigkeit der Diskussion um Zivilgesellschaft, daß die Souveränität von Dritte-Welt-Staaten gerade dann als hinderlich für 'global governance' und die universelle Gültigkeit der Menschenrechte angesehen wird, wenn die deutsche Souveränität neuen Höhepunkten entgegenstrebt und durch einen Sitz im UN-Sicherheitsrat gekrönt werden soll.

Wie im Westen...

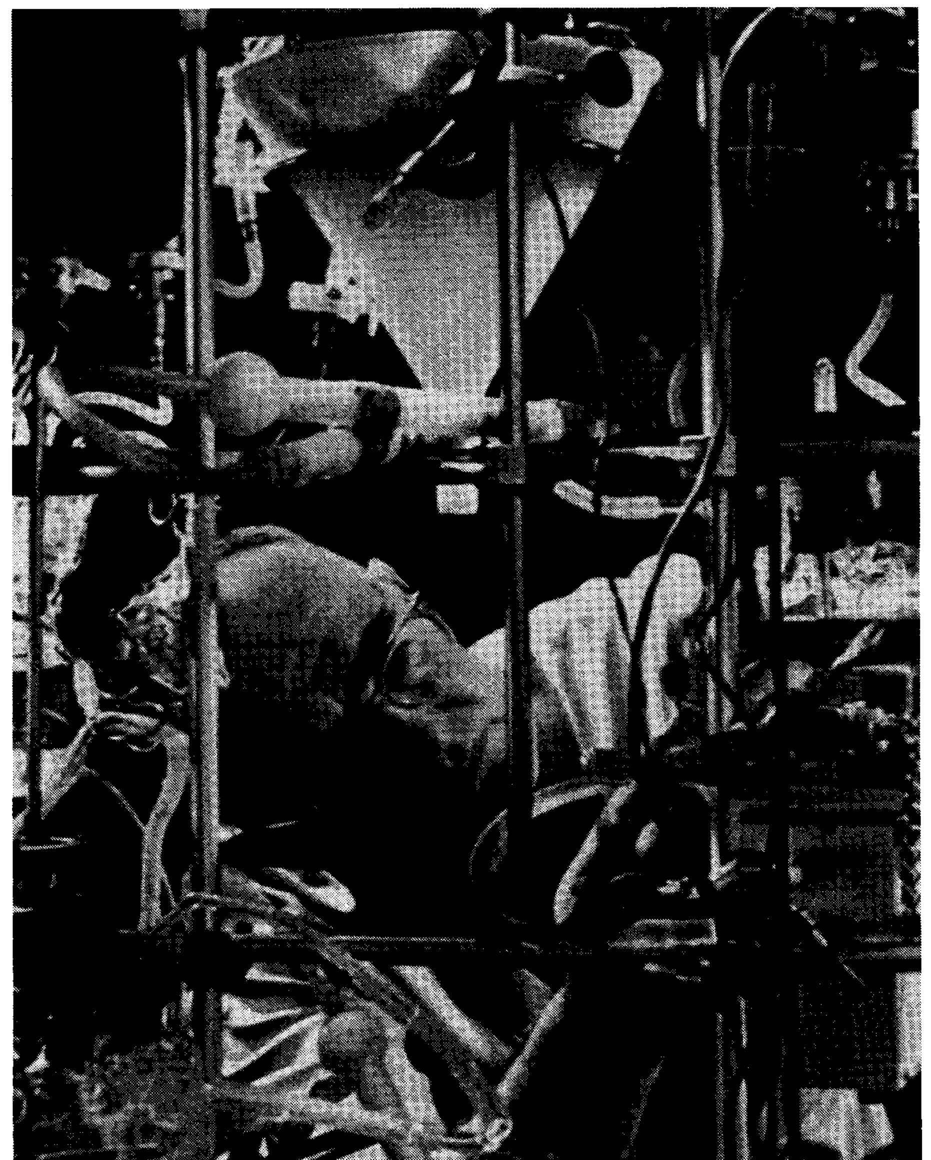
Auch wenn es die Verfechter einer kritischen Zivilgesellschaft wie Kößler/ Melber nicht wahrhaben wollen: Letztendlich sind Marktwirtschaft und Zivilgesellschaft nur zwei Seiten derselben Medaille, nämlich des absoluten Gültigkeitsanspruches des westlichen Zivilisationsmodells. Wolfgang Sachs bringt dies mit dem Buchtitel „Wie im Westen so auf Erden" auf den Punkt. Neuerdings gibt es sogar Versuche, die universelle Gültigkeit westlicher Zivilisation entwicklungstheoretisch abzusichern. Entwicklung wird z.B. bei Rainer Tetzlaff als Prozeß konzipiert, der auf zwei Endziele zusteuert: *„Verwirklichung des demokratischen Rechtsstaates"* und *„Institutionalisierung einer pluralistischen marktwirtschaftlichen Ordnung unter dem mäßigenden Einfluß eines sozialen und umweltfreundlichen politischen Regimes"*.[9]

Die derart aufgepeppte „Eine-Welt"-Ideologie entlarvt sich als wahrhaft totalitär. Auf den natürlichen Lebensraum Erde bezogen mag die „Eine Welt" tatsächlich existent sein, als politisches Konstrukt aber ist sie furchterregend. Die „Eine-Welt"-Gruppen werden hier dagegen halten, daß mit dem Begriff die Utopie einer egalitären Weltgesellschaft gemeint ist. Aber ist diese Utopie nicht arg versöhnlerisch, verharmlost sie nicht bestehende Interessengegensätze? Auch die Dependenztheoretiker kannten Utopien, aber ihr Ausgangspunkt waren die Konflikte zwischen Metropolen und Peripherien. Nur die herrschaftskritische Analyse der Konflikte kann den Weg zu ihrer Überwindung weisen, nicht die Vertuschung. Die 'Eine Welt'-Ideologie läßt sich trefflich von den Mächtigen zur Durchsetzung ihrer Interessen instrumentalisieren.

Die linke entwicklungspolitische Diskussion hat dem außer Indifferenz und Zynismus wenig entgegenzusetzen. Die 'Weltsystem'-Theoretiker um Immanuel Wallerstein halten zwar bei ihren regelmäßigen Veteranentreffen als *„one of the last leftist gangs"*[10] die Fahne der Kapitalismuskritik hoch, argumentieren aber nur noch aus einer Defensivposition heraus gegen die konstatierten Krisenerscheinungen der Weltökonomie. Andere ehemalige Dependenztheoretiker wie F.H. Cardoso, der nun Präsident Brasiliens ist, fahren heute einen pragmatisch-neoliberalen Kurs mit leicht sozialdemokratischen Akzenten. Wiederum andere wie Menzel stehen stellvertretend für eine 68er-Generation, die den *„emanzipatorischen Ansatz vorerst hintan stellen"*[11] will und bevorzugt alle Positionen bekämpft, die sie vor einigen Jahren selbst vertreten hat.

Warum mit dem Scheitern staatssozialistischer Modelle ein Theorie- und Utopieverlust auch in der nicht-orthodoxen Linken einhergehen muß, ist bislang noch von niemandem befriedigend erklärt worden. Demokratischer Sozialismus, anarchistische Utopien oder Gandhis Vorstellungen von autarken Ökonomien sind keineswegs diskreditiert. Daß sich die falschen Alternativen zur kapitalistischen Verwertungslogik von selbst erübrigt haben, ist eher Grund zur Hoffnung als zur Resignation. Genauso muß auch Zwangsabkoppelung von der Weltökonomie nicht nur negative Folgen haben. Sie eröffnet die Chance, eigenständige Entwicklungswege einzuschlagen und sich von *„weltwirtschaftlichen Sachzwängen zu verabschieden"*.[12]

Christian Stock



Alles noch nicht ausgegoren

Christian Stock ist Geograph und Mitarbeiter des iz3w.

Anmerkungen:

1) Esteva, Gustavo, Entwicklung, in: W. Sachs, Wie im Westen so auf Erden, Reinbek 1993, S. 89-121, hier: 89
2) Siehe Peripherie 59/60 (1995) mit dem Schwerpunkt 'Globalisierung'
3) Kohlhammer, Siegfried, Auf Kosten der Dritten Welt?, Göttingen 1993
4) Kabou, Axelle, Weder arm noch ohnmächtig. Eine Streitschrift gegen schwarze und weiße Helfer, Basel 1993
5) zit. nach: epd-Entwicklungspolitik 2/3, 1995
6) zit. nach: ZEIT 23. 6. 1995
7) So der Germanwatch-Vorsitzende Baum, in: Das Sonntagsblatt 18. 8. 1995.
8) Kößler, Reinhart/ Melber, Henning, Chancen internationaler Zivilgesellschaft, Frankfurt a. M. 1993, S. 93f
9) Tetzlaff, Rainer, Demokratische Transition und Marktorientierung, in E+Z Jg. 37/1996, S. 36-39, hier: 39
10) WoZ Nr. 49, Dez. 1995
11) Menzel in: Frankfurter Rundschau 3. 6. 1991
12) Altvater, Elmar, Von möglichen Wirklichkeiten, in E+Z Jg. 37, S. 44-49 (1996), hier: 49

Après Fordisme

Die Regulationstheorie als Theorie der kapitalistischen Entwicklung

Der Fordismus ist tot, der Volvoismus stirbt, es lebe der Toyotismus! Auf diesen einfachen Nenner reduzieren manche Ökonomen die Aussagen der Regulationstheorie. Doch das regulationstheoretische (Post-)Fordismuskonzept ist mehr als eine simple Theorie der Arbeitsorganisation in der Automobilindustrie. Als umfassende Theorie der kapitalistischen Entwicklung ist die Regulationstheorie auch für entwicklungstheoretische Fragestellungen von großem Interesse.

Die Regulationstheorie entstand Ende der 70er Jahre in Frankreich. Ausgangspunkt war die Pionierstudie von M. Aglietta (1976) über den krisenhaften Wandel der US-Ökonomie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Im Laufe der 80er Jahre steuerten R. Boyer, A. Lipietz, D. Leborgne sowie B. Jessop bahnbrechende Beiträge zur Regulationstheorie bei. Ursprünglich auf marxistischer Grundlage entstanden, wurde die Regulationstheorie und besonders ihre Konzepte von Fordismus und Postfordismus bald auch von nichtmarxistischen Ökonomen und Sozialwissenschaftlern rezipiert. Heute werden unter dem Namen „Regulationstheorie" so unterschiedliche Ansätze verfolgt, daß es manchmal schwierig ist, Grundbegriffe und Argumentationslinien wiederzuerkennen.

Im Gegensatz zum klassischen Marxismus gehen Regulationstheoretiker davon aus, daß sich der Kapitalismus trotz aller Widersprüche und Krisenerscheinungen immer wieder regenerieren kann. Damit ist von Seiten der Regulationstheoretiker nicht gesagt, daß der Kapitalismus das einzig mögliche und sinnvolle oder gar endgültige System ist. Eine kontinuierliche historische Stufenentwicklung vom Feudalismus über den Kapitalismus hin zum Kommunismus wird aber als falsch zurückgewiesen. Anstatt allgemeiner abstrakter Kategorien wie Wert, Klassenkampf oder Abhängigkeit betont die Regulationstheorie konkrete historische Kräfteverhältnisse, institutionelle Regelungen und Konstellationen, kulturelle Bedingungen sowie die Bedeutung der Politik und der handelnden Akteure. Sie ist damit im Vergleich zu herkömmlichen Basis- Überbau-Schemata zu differenzierteren Gesellschaftsanalysen fähig. Ihre zentralen Fragestellungen lauten: Welche Kräfte wandeln ein gesellschaftliches System (den Kapitalismus) um und garantieren seinen langfristigen Zusammenhang? Ist dieser Zusammenhang fähig zur Evolution und damit zur Überwindung von Krisen? Wie geschieht dies?
Zur Beantwortung dieser Fragen wird die Struktur einer Volkswirtschaft oder eines internationalen Systems in zwei Teilkomplexe untergliedert. Mit dem Begriff des *Akkumulationsregimes* werden zum einen die zu einer bestimmten Zeit in einer bestimmten Region vorherrschenden makroökonomischen Entwicklungsmuster bezeichnet. Diese setzen sich aus jeweils dominanten Produktionsmodellen, Technologien, Investitionstrategien, Lohnverhältnissen, Konsummustern und Reproduktionsformen zusammen.

Der zweite Teilkomplex – die *Regulationsweise* – umfaßt alle Steuerungsmechanismen und Organisationsformen des Wirtschaftsprozesses, die dem Gesamtsystem eine zumindest temporäre Stabilität verleihen können. Darunter fallen z.B. vorherrschende Normen, Gesetze, Politiken, Machtverhältnisse, gesellschaftliche Bedürfnisse und kulturelle Gewohnheiten. Keinesfalls ist mit dem mißverständlichen Begriff der Regulation gemeint, daß irgendwelche finsteren Mächte die Geschicke einer Gesellschaft „regulieren", so wie man ein Bewässerungssystem bedient. Der Begriff „gesellschaftliche Koordinationsmechanismen" würde das Geflecht aus kollektiven und individuellen Handlungen sowie den Zwängen durch das jeweilige Akkumulationsregime besser widerspiegeln.

Regulationstheoretisch betrachtet sind Akkumulationsregime und Regulationsweise – außer in Krisenzeiten – durch einen konsistenten, stabilen Entwicklungszusammenhang *(Formation)* miteinander verbunden. Die verschiedenen Sphären von Wirtschaft und Gesellschaft greifen dabei ineinander. Die Formationen sind nach Ansicht der Regulationstheorie nationalstaatlich organisiert, werden doch wesentliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen bis heute auf nationaler Ebene gesetzt. Kommt es durch innere oder äußere Ereignisse, Konjunkturschwankungen, strukturelle Defizite etc. zur Unvereinbarkeit zwischen Akkumulationsregime und Regulationsweise, kann die entstandene Krise nur durch eine grundlegende Umstrukturierung beider Teilkomplexe hin zu einer neuen Formation bewältigt werden. Nach Ansicht der Regulationstheoretiker befinden wir uns heute in einer solchen Umstrukturierungsperiode, nämlich im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus.
Der Begriff des *Fordismus* verweist darauf, daß die Regulationstheoretiker keinesfalls nur die abstrakte Strukturlogik kapitalistischer Gesellschaften erfassen wollen. Im Gegenteil haben sie konkrete historische Prozesse in den Mittelpunkt ihres Forschungsprogrammes gestellt. Mit Fordismus ist die bis etwa in die 70er Jahre reichende stabile Formation gemeint, die ihren Namen von der Fließbandproduktion des Henry Ford erhielt. Obwohl Fordismus strenggenommen nur eine bestimmte historische Periode in den USA charakterisiert, wird damit ein weltweit dominant gewordenes Wirtschaftsmodell bezeichnet. Seine wesentlichen Kennzeichen sind standardisierte Massenproduktion, das Arbeitsteilungsprinzip des Taylorismus, die Konzentration der Produktion in Großbetrieben, die Hierarchisierung und Zentralisierung des Kapitals („Monopolkapitalismus") sowie ausgeprägte räumliche Agglomerationstendenzen und Zentrum- Peripherie-Beziehungen, auf nationaler wie auf internationaler Ebene. Entscheidender Bestandteil des Fordismus waren Massenkaufkraft, Massenkonsum und damit breite Mittelschichten. Die durchschlagenden Produktivitätssteigerungen und damit der Wohlstand für viele zumindest im Norden sind auch auf rücksichtlose Umweltplünderung und auf den exzessiven Verbrauch fossiler Energieträger zurückzuführen.

Die langjährige Stabilität fordistischer Formationen in den westlichen Industrieländern verdankt sich einer effizienten Regulationsweise, in der staatliche Konjunktursteuerung, sozialstaatliche Befriedung von Klassenkonflikten und institutionalisiertes, zentralisiertes Politikmanagement ineinander-

griffen. Die sog. Tarifpartnerschaft von Kapital und Gewerkschaften unter der Aufsicht des Staates ist ein gutes Beispiel dafür, wie die Regulation in der BRD funktionierte. Der Fordismus erlangte in allen westlichen Gesellschaften auch die „kulturelle Hegemonie" (Gramsci). Charlie Chaplins Film „Moderne Zeiten" spiegelt dies symbolhaft und in ironisierender Weise wider.

Anfang der 70er Jahre gerieten fordistische Formationen in eine bis heute anhaltende Krise. Ihre Ursachen sind vielschichtig. Äußere Entwicklungen wie die Erdölkrise und innere wie stagnierende Produktivitätszuwächse, mangelnde Anpassungsfähigkeit an soziale und technologische Entwicklungen, verschärfter internationaler Wettbewerb, Marktsättigung etc. spielten eine wichtige Rolle. Die Folge war zunächst eine Deregulierungswelle und knallharte neoliberale Politik, etwa in den 'Reaganomics' und im 'Thatcherism'. Zugleich begannen sich nach Ansicht der Regulationstheoretiker erste Formen eines neuen Akkumulationsregimes und einer neuen Regulationsweise abzuzeichnen.

Leopardenfell des Postfordismus

Der Begriff *Postfordismus* impliziert, es sei bereits eine neue, klar abgrenzbare Ära angebrochen. Regulationstheoretiker sprechen vorsichtiger von Après-Fordisme oder nachfordistischen Formationen. Sie betonen, daß vorfordistische, fordistische und nachfordistische Formationen nebeneinander existieren können, und dies sogar in enger räumlicher Nachbarschaft. Trotz dieser Einschränkungen lassen sich „postfordistische" Trends in der Weltökonomie ausmachen.

Das wichtigste Stichwort ist dabei „Flexibilisierung". Statt manueller Großserienproduktion wird auf flexible Automatisierung mit häufigen Produktwechseln und neuen Produktionsmethoden (z.B. lean production) gesetzt. Neue, flexibel anwendbare High-Tech-Technologien in der Mikroelektronik, Bio- und Gentechnik sind dabei Schrittmacher. Kleinbetriebe mit flexibler Spezialisierung und starker zwischenbetrieblicher Vernetzung können sich besser als hierarchisierte Großbetriebe an veränderte, individualisierte Konsumnormen anpassen. Verstärkte internationale Arbeitsteilung und zunehmende Globalisierung stehen einem ebenfalls zu beobachtenden Trend zur Regionalisierung von Produktionsabläufen gegenüber, der sich aus den Zwängen des just-in-time-Prinzips bei der Materialversorgung der Betriebe ergibt. Dieses Phänomen wird mit dem Begriff 'glocalization' (aus engl. globalization und localization) treffend beschrieben. Die neuen Wachstumszentren sind selten in altindustrialisierten Regionen angesiedelt, sondern konzentrieren sich in industriellen Distrikten und Global Cities wie dem Silicon Valley oder Tokio. Die wirtschaftsräumliche Struktur gleicht einem Leopardenfell: Zentren und Peripherien sind nicht mehr so großräumig wie früher voneinander abgegrenzt, sondern z.T. engräumig verzahnt. Armut, Reichtum und andere Gegensätze prallen selbst innerhalb von Kleinregionen oder Global Cities hart aufeinander.

Die sich abzeichnende postfordistische Regulationsweise greift vor allem auf Deregulierung, Marktsteuerung und „schlankere", effizientere Managementhierarchien zurück. Sozialstaatlicher Abbau, Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen, Netzwerke durch eine den Staat zurückdrängende Zivilgesellschaft und Pluralisierung der Lebensstile sind weitere Kennzeichen.

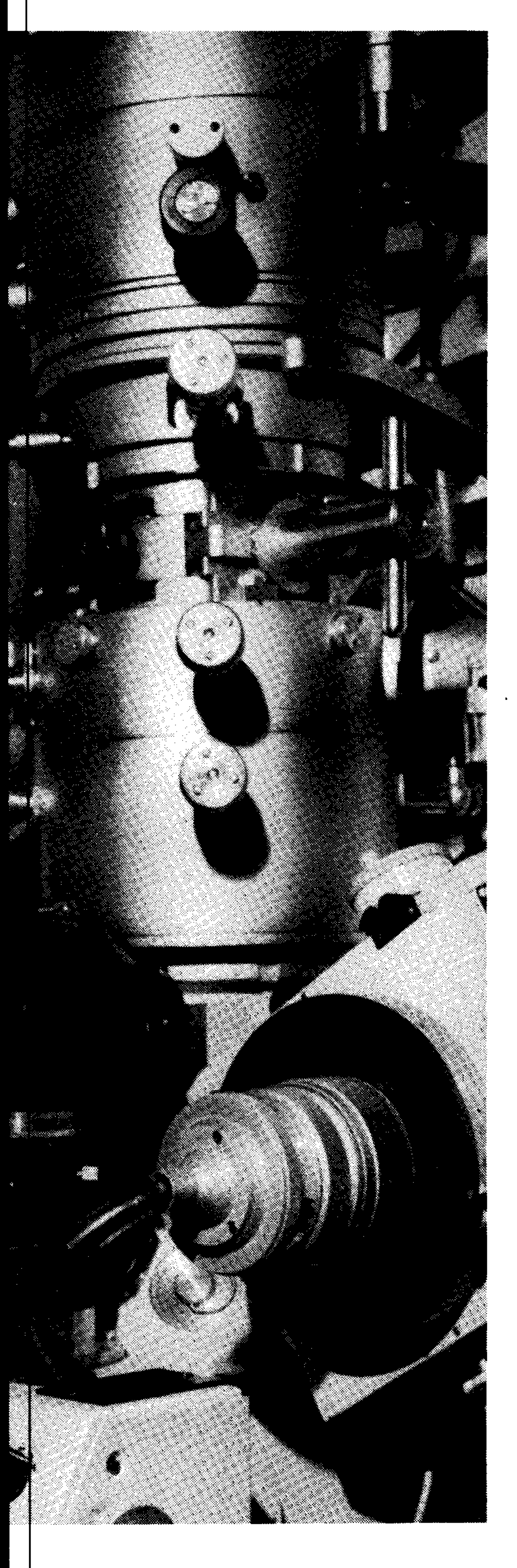
Mit Hilfe der Regulationstheorie kann jedoch nicht nur die Entwicklung des Kapitalismus in den Industrieländern analysiert werden. Das von A. Lipietz (1987) begründete Theorem des *peripheren Fordismus* erfaßt ein bis in die 80er Jahre dominantes Entwicklungsmodell in der 'Dritten Welt': Über die Importsubstitutionspolitik versuchten dort nationalstaatliche Formationen industrielle Strukturen nach dem Vorbild der Industrieländer aufzubauen. Dies gelang nur unzureichend, da die Denk- und Machtzentralen im Norden blieben und industrielle Entwicklung nur in beschränkten Branchen und Regionen möglich war. Die volle Ausprägung des Fordismus unterblieb wegen abhängiger Weltmarktintegration in der neuen internationalen Arbeitsteilung, wegen niedriger Produktivität und Massenkaufkraft und wegen mangelnder soziopolitischer Regulation. Sozialstaatliche Absicherung war aufgrund mangelnder Ressourcen und versagender Sozialpolitik nur auf schmale Mittelschichten beschränkt. Das „Chaos der sozialen Beziehungen" wurde durch die Folgen der Verschuldungskrise und der Strukturanpassungspolitik verstärkt. Nur dort, wo wie in Südkorea Landreformen einen zunächst bescheidenen Massenwohlstand ermöglichten, konnten sich fordistische Formationen erfolgreich durchsetzen.

Detaillierter als Lipietz unterscheidet Ominami (1986) fünf verschiedene Akkumulationsregimes des peripheren Kapitalismus. In den *vorindustriellen Regimes*, die er z.B. in Ländern wie Niger oder Bangladesh sieht, verhindert weltmarktabhängige Agrarproduktion jegliche industrielle Entwicklung. Die *Rentenregimes* verfügen zwar über große Exporteinnahmen aufgrund ihrer Bodenschätze, die aber eine eigenständige Industrialisierung erschweren, da z.B. mit Petrodollars alles auf dem Weltmarkt gekauft werden kann. Die Regimes mit *innengerichteter Industrialisierung*, wie ehemals der Großteil der lateinamerikanischen Länder, haben mit den bekannten Restriktionen der Importsubstitution wie begrenzten Binnenmärkten zu kämpfen. Die sog. 'Schwellenländer' spricht Ominami als *tayloristische Akkumulationsregimes* an. Hohe Arbeitsteilung, ein starker formeller Sektor mit entsprechenden Lohnverhältnissen und aktive Weltmarktintegration ermöglichten es ihnen, Nutzen aus der



Auf der Suche nach dem verlorenen Ziel

Krise des Fordismus in den Industriestaaten zu ziehen. Mangelnder sozialer Zusammenhalt des tayloristischen Akkumulationsregimes birgt aber trotz aller wirtschaftlicher Erfolge die Gefahr latenter Krisen in sich. Die Konflikte und die staatliche Repression in Südkorea oder Thailand sind Beispiele dafür. Zuletzt charakterisiert Ominami Brasilien, Mexiko und Indien als *Mischregimes*, die verschiedene Akkumulationsregimes in



sich vereinigen und deswegen von starken Disparitäten betroffen sind. Mit Ominamis Konzept sind nicht nur dichotomische Zentrum-Peripherie-Analysen des globalen Kapitalismus möglich, sondern regional und historisch spezifische Erklärungen von Unterentwicklung und Krisenprozessen, die über ein einfaches „Schwarzweißdenken" hinausgehen.

Neuere Diskussionen unter Regulationstheoretikern kreisen um die Frage, ob die 'Dritte Welt' ihre Position im derzeit stattfindenden postfordistischen Strukturwandel verbessern kann, oder ob sie einer erneuten Marginalisierung und Abkoppelung vom Weltmarkt unterliegt. Wenn selbst Länder wie Großbritannien und Frankreich im Technologie- und Standortwettbewerb zurückfallen, muß dies erst recht für 'Entwicklungsländer' gelten, argumentieren die Vertreter der Abkoppelungsthese wie z.B. Hurtienne/Messner. In der Tat werden in postfordistischen Produktionssystemen genau jene Faktoren immer weniger wichtig, bei denen Dritte-Welt-Länder noch recht gute Wettbewerbschancen hatten: Sinkende Lohnkosten in OECD-Staaten, Deregulierung des Arbeitsrechts und sinkender Rohstoffverbrauch lassen die Kostenvorteile der 'Entwicklungsländer' dahinschmelzen. Zusätzlich stellen hohe Investitionskosten und Anforderungen an die Infrastruktur etwa im Bereich der Telekommunikation hohe Hürden dar. Auch können nur wenige Länder der Dritten Welt hochqualifizierte Arbeitskräfte bieten oder die zunehmend gefragte Kundennähe aufweisen.

Abkoppelung oder Chance?

Optimisten wie T. Altenburg verweisen auf die möglichen Vorteile im Postfordismus für die 'Dritte Welt'. Da aus Kostengründen zunehmend ganze Produktionszweige aus der sog. Triade USA-Japan-Westeuropa ausgelagert werden, entstehen neue Spezialisierungsmöglichkeiten als Zulieferer und Dienstleister. Neue Technologien ermöglichen es, arbeitsteilige Prozesse über alle Distanzen hinweg zu organisieren. Im Bereich der Softwareproduktion und Datenverarbeitung z.B. lassen Firmen wie Microsoft und Lufthansa im indischen Bangalore zu niedrigen Kosten von qualifizierten Computerfachleuten vor allem Routinearbeiten, aber auch anspruchsvolle Programmieraufgaben durchführen. Die Datenübertragung via Satellit ermöglicht es den Indern, die Arbeit an einer neuen Software von einem Microsoft-Ingenieur nach dessen Feierabend zu übernehmen und rechtzeitig zum Arbeitsbeginn am nächsten Tag zurückzusenden.

Diese und andere Entwicklungen haben dazu geführt, daß die 'Dritte Welt' heute als Ganzes in der globalen industriellen Arbeitsteilung eher stärker als in der fordistischen Ära dasteht. Dies läßt sich mit Handels-, Produktions- und Investitionsstatistiken empirisch belegen. Offensichtlich werden die negativen Effekte des postfordistischen Strukturwandels überkompensiert. Andererseits schreiten die sozialen Heterogenisierungsprozesse immer weiter fort. In Bangalore trifft die Arroganz der wohlhabenden indischen Yuppies direkt auf das erfolglose Bemühen der Massen aus den Slums, wenigstens ein bißchen am Reichtum teilzuhaben. Der Telekommunikationssektor im sich herausbildenden „industriellen Distrikte" Bangalor ist völlig isoliert von den lokalen und regionalen Wirtschaftsstrukturen und allein auf andere Global Cities ausgerichtet.

Wie eine postfordistische Regulationsweise mit den sich abzeichnenden sozialen Konflikten im entgrenzten und heterogenisierten globalen Kapitalismus fertigwerden will, ist noch völlig unklar. Betonen die einen wie J. Hirsch die nach wie vor große Bedeutung nationalstaatlich verfaßter Formationen, fordern andere wie W. Hein globale Formen der Regulation. Darin spielen Hein zufolge die entstehende globale Zivilgesellschaft und die Aufwertung des wachsenden informellen Sektors, dessen Interessen durch die NGOs vertreten werden sollen, eine immer größer werdende Rolle.

Ist es eine Schwäche oder eine Stärke der Regulationstheorie, daß sie für die genannten und andere Konflikte keine Lösungsstrategien oder historische Determinismen formuliert, so wie dies nahezu alle anderen Theorien taten? Schwer zu sagen. (Neo-) marxistische Kritiker werfen der Regulationstheorie vor, ein Gleichgewichtsmodell zu entwerfen, das soziale Konflikte als Impulsgeber für kapitalistische Innovationen sieht. Als „Instrument der theoretischen Veranschaulichung der Sinnhaftigkeit kapitalistischer Entwicklung" sei die Regulationstheorie eine bruchstückhafte Modetheorie (H.D. von Frieling). J. Hirsch hingegen analysiert den Kapitalismus auf regulationstheoretischer Grundlage, um mit den gewonnenen Erkenntnissen „sozialrevolutionäre Veränderungen" einzufordern.

Trotz eines weiten Spektrums von Einschätzungen zur Regulationstheorie ist eines sicher: Mit ihrer Hilfe lassen sich entwicklungstheoretische Fragestellungen fruchtbar untersuchen. Die Tatsache, daß viele regulationstheoretische Konzepte bislang reichlich deskriptiv sind und viele Defizite hinsichtlich ihrer Erklärungskraft haben, spricht nicht gegen die Theorie als solche, sondern für ihre dringend nötige Weiterentwicklung.

Christian Stock

Literatur:

Standardwerke:

Aglietta, M. 1976, Régulation et crises du capitalisme, Paris; Boyer, R. 1986, Capitalismes fin de siècle, Paris; Lipietz, A. 1987, Mirages and Miracles, London; Ominami, C. 1986, Le tiers monde dans la crise, Paris

Neuere Diskussionen mit weiteren Literaturhinweisen:

Themenheft Globalisierung, Peripherie Nr. 59/60 (1995); Themenheft Regulationstheorie, Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, H. 1–2 (1996); Hirsch, J. 1993, Internationale Regulation, in: Das Argument 198

Nun partizipiert mal schön

Modediskurse in den Niederungen entwicklungspolitischer Praxis

Entwicklungsagenturen greifen bereitwillig progressive Leitbilder auf und verordnen deren Umsetzung durch die Mitarbeiter vor Ort. Diese machen sich dort an die konsequente Verbreitung oder füttern einfach nur ihre Software mit den neuen Schlagworten. WissenschaftlerInnen beklagen Praktiken deformierender Anwendung der von ihnen entwickelten Konzepte und Leitbilder. Die Rede ist vom Wesen der Modediskurse in der Entwicklungspolitik. Das Beispiel: Partizipation.



Dabeisein ist alles — Photo: GTZ/Susanne Esche

Ein Bergbauerndorf im südöstlichen Asien: Der nächstgelegene Brunnen ist drei Kilometer entfernt. Seit Jahren wurde das Problem im Dorf diskutiert. Eine vom Wasserwirtschaftsamt geplante Leitung kann jedoch nicht vom Dorf allein finanziert werden. Anträge auf staatliche Zuschüsse wurden gestellt, und zwei Jahre lang passierte nichts – zu viele Anträge, zu wenig Mittel. Eine neue Hoffnung kam auf, als MitarbeiterInnen eines von Deutschen finanzierten Projektes das Dorf als ein 'Pilotdorf' auswählten. Doch was folgte, waren Versammlungen – alle zwei Wochen. Die neuen Berater bestanden darauf, das Wasserproblem wieder vom Anfang zu diskutieren. Nach einem halben Jahr war weiter nichts passiert. Dazu hatte die Beraterin den Leuten erklärt, daß es ohne vollzählige Teilnahme an den Versammlungen, ohne einen „Partizipationsprozeß", keine Unterstützung für die Wasserleitung geben könne. Eine Bäuerin wagte anläßlich einer Evaluierung zu fragen: „Wie lange müssen wir denn noch partizipieren, bevor die Deutschen endlich unser Problem begriffen haben und unser Projekt unterstützen?"

Die Beraterin räumte ein, daß es ihr schwer falle, den Leuten die Verfahrensregeln des partizipativen Problemlösungsdialogs verständlich zu machen. Diese sahen im betreffenden Fall drei Monate Problemanalyse vor und erst nach einem Jahr durfte der Projektvorschlag mit dem Finanzierungsantrag eingereicht werden. Das langwierige Verfahren soll für eine dauerhafte Lösung des Wasserproblems für alle sorgen. Dazu müßten die Leute ein Gefühl der Eigenverantwortung ('ownership') entwickeln, das aber nur entstehen könne, wenn alle an allen Phasen der Entstehung und Durchführung des Projektes beteiligt seien. Hierdurch soll auch ein 'Empowerment' der Bevölkerung, d.h. die Fähigkeit, Interessen wirksamer zu vertreten, bewirkt werden. Tatsächlich mutet diese pädagogisch gemeinte Anleitung zu 'Ownership' und 'Empowerment' jedoch erst einmal als entmündigende Zwangsmaßnahme an.

Worte statt Dünger

Ein weiteres Beispiel – diesmal aus dem südlichen Afrika: Jahrelang war kleinbäuerliche Produktion durch Kredite, Dünger und Beratung gefördert worden. Als Resultat der Strukturanpassungspolitik wurde der Dünger zu teuer und brach der Beratungsdienst zusammen. Nur die bessergestellten Bauern schaffen den Anschluß an private Märkte. Ein von deutscher Seite finanziertes Nachfolgeprojekt versucht aus den Erfahrungen der gescheiterten Vorgänger zu lernen: Prozeßorientierung und Partizipation sind angesagt. Für die ersten drei Jahre ist nichts anderes geplant, als dörfliche Organisationen aufzubauen, welche ihre Probleme analysieren und über Lösungen diskutieren sollen. „Früher kamen die Deutschen mit Dünger, jetzt kommen sie mit Worten" lästern die Dorfbewohner.

Abendliche Gespräche mit den Projektverantwortlichen offenbaren dann: Niemand hat Ideen, wie in der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Krisensituation die Probleme gelöst werden könnten; niemand kann konkrete Verbesserungsperspektiven für die Mehrzahl der Menschen hier erkennen. Doch das ist ja letztlich nicht so schlimm, denn: „Wir sind doch nicht hier, um in alter Manier Lösungen für die Leute zu finden. Das müssen sie schon selber tun. Unsere Aufgabe ist es, partizipative Prozesse zu initiieren, die es den Menschen ermöglichen, Problemlösungen unter den gegebenen Rahmenbedingungen selbst zu finden." Klingt gut, wäre da nicht dieser Eindruck völliger Rat- und Perspektivlosigkeit auf al-

len Seiten, und wäre es nicht so, daß die Menschen in den Dörfern für den einen oder anderen Rat ganz dankbar wären. Ist es wirklich ein Zufall, daß der Siegeszug des Partizipationsgedankens in Entwicklungsprojekten gerade gegen Ende der achtziger Jahre einsetzte, als die Mehrzahl der EntwicklungsexpertInnen immer ratloser wurde?

Drittes Beispiel, auch aus dem südlichen Afrika: Die bäuerliche Bevölkerung befindet sich mit der genossenschaftlichen Organisation in einem Kampf um Aufkaufpreise und -bedingungen. Sie sind zum Boykott entschlossen. In dieser verhärteten Situation kommt ein Team von lokalen MitarbeiterInnen eines extern unterstützten Entwicklungsprojektes in die Dörfer, um dort einen neuen Ansatz partizipativer Planung zu erproben. Die Dorfbevölkerung erhofft sich ein Forum, um ihr zentrales Anliegen vorzubringen. Doch sie werden um Geduld gebeten und sollen erst einmal auf einer Karte einzeichnen, welche Ressourcen es im Dorf gibt. Die Bauern sind geduldig – man weiß ja nie, was es bringt. Sie lassen sich auf das Spiel mit der Karte ein, lassen sich erklären, welche Bohnen, Steinchen und Stöckchen Symbol wofür sein sollen. Aus einer kämpferischen Interessensvertretungsgemeinschaft ist eine entmündigte Gruppe geworden, die versucht, nach den Regeln der Entwicklungsplanung eine Schulaufgabe zu lösen.

Ratlosigkeit als Ratgeber?

Die hier angewandte Planungsmethode ist Teil einer „Participatory Rural Appraisal" (PRA) genannten Vorgehensweise. Diese ist derzeit *der* Hit in der entwicklungspolitischen Szene. Tatsächlich hat sie sich große Verdienste dabei erworben, die Partizipationsidee in Dörfern der 'Dritten Welt' praktisch umsetzbar zu machen. Die anhand der drei vereinfachten, aber typischen und regional austauschbaren Beispiele skizzierte, deformierte und letztlich entmündigende Anwendung der Methode ist dennoch kein Zufall und keine Ausnahme. Sie zeigt die Pervertierung eines Grundsatzes, um dessen Akzeptanz und Umsetzung kritische, engagierte TeilnehmerInnen am entwicklungspolitischen Diskurs lange gekämpft haben. Heute ist Partizipation nicht nur zum Schlüsselbegriff in allen Hochglanzbroschüren von Entwicklungsagenturen avanciert, sondern auch aus den Operationsplänen der Entwicklungsprojekte und aus Aufgabenbeschreibungen von Gutachtern nicht mehr wegzudenken.

Die Protagonisten der Idee können sich allerdings dieses Durchbruchs nicht recht freuen: Seit Partizipation in Mode gekommen ist, häufen sich die Hinweise darauf, daß mit den damit verbundenen Gedanken von Beteiligung, Mitwirkung, sowie Mit- und Selbstbestimmung sehr gedankenlos und nicht zum Nutzen der Beteiligten umgegangen wird. Zwar enthalten alle Broschüren zu PRA den Hinweis auf die Notwendigkeit einer situationsgerechten Anwendung, aber es fehlt i.d.R. an der Vermittlung der Fähigkeit hierzu. Ist es also unvermeidbar, daß die Popularisierung und schnelle Verbreitung an sich sinnvoller Ansätze und Instrumente stets zu einer starren, patentrezeptartig pervertierten Anwendung führt?

Wie kommen reformistische Ideen in Mode und was passiert mit ihnen, wenn sie zu Modebegriffen geworden sind und sich auf breiter Ebene durchgesetzt haben? Das Modethema 'Partizipation' und die damit verknüpften, nicht weniger modischen Begriffe, 'Ownership' und 'Empowerment' sollen exemplarisch zur Beantwortung dieser Fragen herangezogen werden. Der Partizipationsgedanke im Sinne einer Beteiligung der jeweiligen Bevölkerungsgruppen an den sie betreffenden Entscheidungsprozessen rückte schon Mitte der siebziger Jahre in die Liste der wichtigsten entwicklungspolitischen Grundsätze vor. Dies war eine Reaktion auf sozialwissenschaftliche Entwicklungshilfekritik. Die hatte festgestellt, daß Fehlschläge, Fehlinvestitionen und die mangelnde Akzeptanz von Maßnahmen daraus resultierten, daß die Adressaten in den Planungs- und Entscheidungsprozeß nicht einbezogen waren und daß Entwicklungsprojekte im Gegenteil dazu tendierten, die Menschen zu entmündigen, ihre Selbstverantwortung zu untergraben und eine Empfängermentalität zu fördern. Dauerhafte Beseitigung von Armut sei nur möglich, wenn es gelinge, die Interessenvertretungsmacht der Armen zu stärken.

Die Bedürfnisse der Bevölkerung respektieren, ihr Wissen einbeziehen, ihre Eigenverantwortlichkeit bewahren bzw. stärken und ihnen in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung eine Stimme verleihen – war es nicht genau das, was engagierte EntwicklungshilfekritikerInnen immer von der sogenannten Entwicklungszusammenarbeit (EZ) gefordert hatten? Es blieb aber zunächst bei einer Phase der Lippenbekenntnisse: Maximalistische basisdemokratische Forderungen nach dem Motto „Alle Menschen sind voll und unmittelbar an allen Entscheidungsprozessen zu beteiligen", von deren Verwirklichung heute auch in westlichen Industriegesellschaften niemand mehr träumen mag, gingen einher mit einer minimalistischen, alibihaften Praxis, die meist darin bestand, daß ein oder zwei lokale Würdenträger als nicht legitimierte 'Repräsentanten' der Bevölkerung zu Planungsworkshops eingeladen wurden.

Das Dilemma der Modebegriffe

Ursache für die Diskrepanz zwischen Rhetorik und Praxis: Hilflosigkeit. Es gab kaum praktikable Hinweise, wie in Gesellschaften mit autoritärer Tradition und ohne legitimierte repräsentative Strukturen die Masse der Bevölkerung unter besonderer Berücksichtigung benachteiligter Gruppen in staatliche Entscheidungsprozesse einbezogen werden sollte. Die unzureichende Umsetzung der Reformidee war in diesem Fall wohl nicht den Praktikern anzulasten, sondern eher den Propagandisten der Partizipation: Sie hatten nicht wesentlich mehr als ein idealistisches Schlagwort geliefert.

Der Durchbruch in der Projektpraxis erfolgte etwa zehn Jahre später. Was hatte sich geändert? Zum einen war Mitte der 80er Jahre mit Verschuldungskrise und Strukturanpassungsprogrammen in den meisten 'Entwicklungsländern' die Hoffnung auf schnelle, extern induzierte nachholende Entwicklung mittels von außen übertragener Innovationen zu Grabe getragen worden. Gleichzeitig geriet der Staat als Entwicklungsagent in die Krise. Wo Experten ratlos und Vertre-

Der Prozeß der Pervertierung von Reformideen

Phase 1: Aus der Kritik an den Verhältnissen wird (meist an Universitäten) eine Reformidee geboren und ein publikumswirksamer Begriff dafür geprägt.

Phase 2: Durch Public Relations wird die Idee zum Schlagwort, taucht in den Konzeptionspapieren der stets um ein innovatives Image bemühten und in ihren Stabsabteilungen von Vertretern der Reformfraktion durchsetzten Entwicklungsagenturen auf. Wer das Schlagwort ab nun nicht in allen Zusammenhängen verwendet, gilt als nicht mehr 'in'.

Phase 3: Die alten Vorgehensweisen geraten in die Krise und die zuständigen Organisationen in Legitimationsnöte. Die Forderungen, mit der zum Schlagwort gewordenen Idee endlich ernst zu machen, werden lauter. Die Front der Reformskeptiker wird aus eigener Ratlosigkeit weicher. Mit dem Durchbruch wird die Idee verordnet und in Dienstanweisungen und die Formblätter des Berichtswesens aufgenommen.

Phase 4: Die Idee wird Gegenstand von Schulungskursen und Verbreitungs-Workshops. Durch 'Training of Trainers' werden Leute, die selbst eben erst bekehrt wurden binnen weniger Wochen zu Missionaren der neuen Idee.

Phase 5: Die Idee wird massenhaft umgesetzt: Missionarisch-dogmatisch von den einen, formalistisch-pedantisch, rezeptbuchverhaftet von den anderen, alibiartig-zynisch von denen, die schon viele Modewelten durchstanden haben und natürlich auch ernsthaft-engagiert, flexibel und situationsgerecht von der Fraktion der echten Reformer.

Phase 6: Die Berichte erfolgloser oder pervertierter Umsetzung häufen sich, die Reformgegner gewinnen Oberwasser und die Idee wird für gescheitert erklärt und verworfen.



Die Verfahrensregeln des partizipativen Problemlösungsdialogs

ter der Staatsmacht impotent werden und wo es ohnehin keine Reichtümer mehr zu verteilen gibt, liegt es nahe, dem Volk Verantwortung zu übertragen. Zum anderen hatte mittlerweile auch in den Entwicklungsagenturen ein Generationswechsel stattgefunden. Der Anteil derer, denen der Partizipationsgedanke am Herzen lag, war gestiegen und mit ihnen der Erfahrungsschatz bei der Anwendung partizipativer Verfahren gewachsen. Die Pioniere der Reformidee faßten diese Erfahrungen unter dem Titel 'Participatory Rural Appraisal' (PRA) publikumswirksam zusammen.

Partizipatives Vorgehen wurde jetzt zur Pflicht. PRA-Schulung gehört zum Weiterbildungsprogramm. Wer nicht nachweisen kann, daß die Entscheidungen über die Verwendung von Projektmitteln auf Basis der Ergebnisse von Dorfversammlungen gefällt wurden, gilt nicht mehr als auf der Höhe der Zeit. Hierin ist zunächst einmal ein Fortschritt zu sehen. Nicht wenige sehen nun die Zeit gekommen, partizipativere Vorgehensweisen erproben und praktizieren zu können. Die Beispiele, wo die veränderte Vorgehensweise zu sinnvolleren Maßnahmen, zu einem weniger entmündigenden Umgang staatlicher Berater mit der Dorfbevölkerung und zu selbstbewußter, wirksamer Interessenartikulation bislang marginalisierter Gruppen führte, mehren sich. Für viele ist es gut, daß Partizipation endlich in Mode gekommen ist.

Größer aber ist meinen Beobachtungen nach die Zahl der eingangs exemplarisch geschilderten Fälle, in denen der Partizipationsgedanke entweder durch dogmatische und übereifrige oder rezeptbuchartige Anwendung oder auch durch zynischen Etikettenschwindel zu pädagogischer Bevormundung oder zu zeitraubender Ersatzhandlung für Problemlösungsmaßnahmen degeneriert ist. Worin liegen die Ursachen des Dilemmas? Bei Partizipation handelt es sich um eine Veränderung gesellschaftlicher Entscheidungsfindungsprozesse, die sich nicht einfach verordnen läßt, insbesondere dann nicht, wenn es sich um fremde Gesellschaften handelt. Die Formen gesellschaftlicher Entscheidungsfindung sind vielfältig, historisch gewachsen und kulturell geprägt. Sie sind in den jeweiligen Verhaltensmustern verankert. Oft liegt ihnen eine Rationalität zugrunde, die nicht nur eine Rationalität der Herrschenden ist und die sich Außenstehenden nicht ohne weiteres erschließt. Wer hier mehr Beteiligung wagen und die nach Veränderung drängenden Kräfte unterstützen will, sollte die bestehenden Formen der Entscheidungsfindung, deren Ratio und deren Defizite kennen.

Lokale Suche ...

Genau hierin liegt das Dilemma: Zum einen werden Partizipationsformen unreflektiert auf beliebige historische und gesellschaftliche Situationen übertragen, sei es aus Glauben an die Machbarkeit gesellschaftlicher Prozesse oder aus Mangel an praktikablen Alternativen. Zum anderen ist das mit der Umsetzung des Partizipationsprinzips an der Basis betraute Personal von der geforderten grundlegenden Veränderung der Verhaltensmuster und dem damit verbundenen Flexibilitätsanspruch überfordert und neigt zu einer rigiden, schematischen Anwendung der neuen, in Trainingskursen kurzfristig einstudierten Methoden. Nachdem der Glaube an die weltweite Übertragbarkeit bestimmter technischer Problemlösungen durch die Realität widerlegt wurde, überrascht es, wie verbreitet heute der Glaube an die globale Übertragbarkeit sozialer und institutioneller Innovationen ist.

Was am Beispiel der Geschichte der Durchsetzung des Partizipationsgrundsatzes illustriert wurde, gilt in ähnlicher Weise auch für andere Reformkonzepte, die zu Modethemen avancierten: Mit dem Begriff 'Nachhaltigkeit' werden staatliche Zwangsmaßnahmen gegen extensiv wirtschaftende Wanderfeldbauern gerechtfertigt oder sinnvolle Förderungsansätze zur Armutsbekämpfung totgeschlagen, nur weil sie nicht ganz ohne Subventionen auskommen. Der emanzipatorische Gehalt des Prinzips der 'Hilfe zur Selbsthilfe' wird ins Gegenteil verkehrt, wenn damit in Zeiten staatlicher Budgetkürzungen staatliche verordnete Gemeinschaftsarbeiten begründet werden. Seit Frauenförderung und Gender-Ansatz zum Pflichtprogramm gehören, kann es schon mal vorkommen, daß massiver Druck auf Frauen ausgeübt wird, die durch Handel ein besseres Einkommen verdienen, am Ackerbauprogramm des Landwirtschaftsministeriums teilzunehmen, um dort die Frauenquote zu erhöhen und so die Voraussetzung für den Zugang zu Gebermitteln zu erfüllen. Ähnlich geht es den Bestrebungen nach Demokratisierung und Stärkung der Zivilgesellschaft. Sie wurden zur Farce, wo man glaubte, sie mittels politischer Konditionalität unabhängig von den historisch gewachsenen gesellschaftlichen Bedingungen eines Landes verordnen zu können.

... statt globaler Patente

Es wäre zu simpel, sich auf das hohe Roß der Wissenschaft zu setzen und die administrative Deformation schöner Reformideen zu beklagen. Meist lieferte die Wissenschaft nicht wesentlich mehr als Schlagworte und die Analyse der unzureichenden Umsetzung in der Praxis. Der Ausweg aus dem Dilemma zwischen Aufrechterhaltung von Sinn und Qualitätsanspruch einer Reformidee und dem Bestreben, die Umsetzung der Reformidee breitenwirksam zu fördern, kann nur darin liegen, gemeinsam mit den Adressaten und den für die spätere Umsetzung Verantwortlichen alle Energien auf die Suche nach situationsgerechten Formen der Umsetzung vor Ort zu richten. Wenn notwendige Reformen nicht zu Modediskursen verkommen sollen, dürfen wir nicht länger das Gelingen einer Reform im Siegeszug einer Idee oder eines Rezeptes in den entwicklungspolitischen Institutionen sehen. Vielmehr gilt es zu lernen, Reform als einen an allgemeinen Leitbildern orientierten Prozeß der Suche nach situationsspezifischen Verbesserungen im jeweiligen historischen Kontext zu betrachten.

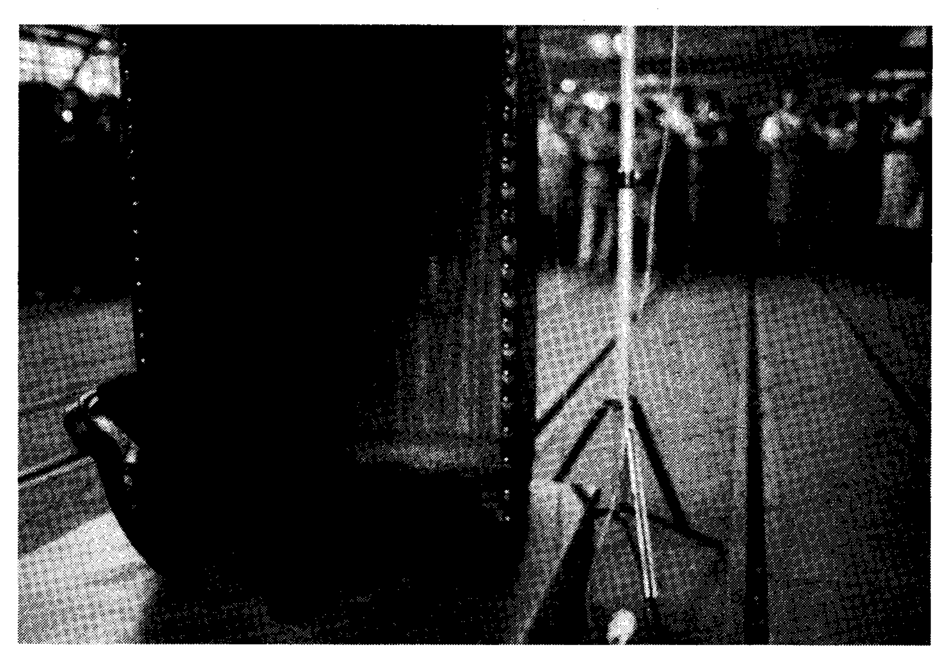
Theo Rauch

Der Autor ist Dozent am geographischen Institut der FU Berlin und arbeitet als Gutachter von Entwicklungsprojekten.

Nimm's Pflästerli

Gender-Konzepte der Weltbank

Daß die Entwicklungspolitik die Frauen entdeckt hat, ist nicht neu. Seit einigen Jahren bezieht die Weltbank auch Gender-Aspekte in Entwicklungsprojekte ein. Tatsächlich erfüllen Frauenförderung und Genderkriterien in staatlichen wie internationalen Institutionen der Entwicklungspolitik aber wenig mehr als eine Feigenblattfunktion: Sie dienen zur Kosmetik einer Strategie, die Probleme schafft, wo sie diese zu bekämpfen vorgibt.



Männer ...

Was bedeutet 'Gender and Development-Politik' (GAD) in der Weltbank? 1994 wurde vom 'Women in Development (WID) Department' der Weltbank unter dem Titel *Enhancing Women's Participation in Economic Development* zum ersten Mal ein allgemeines Strategiepapier zur Gender-Politik veröffentlicht.[1] In dem Papier wird die Diskriminierung und Behinderung von Frauen und Mädchen in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft zum Teil erstaunlich differenziert analysiert. Jedoch wird die Situation von Frauen lediglich als Zustand und kaum als Prozeß beschrieben. Damit wird verschleiert, daß es sich um Benachteiligungen handelt, die durch die (Strukturanpassungs-) Politik der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) verschärft oder erst geschaffen worden sind. Verfehlt ist deshalb die Erwartung, daß mit diesem Gender-Politikpapier eine griffige Grundlage erstellt worden wäre, um die Weltbank-Politik auf die Lebensrealität von Frauen und deren spezifische Bedürfnisse auszurichten.

Problematisch erscheinen zunächst zahlreiche Grundannahmen, von denen in der Konzeption ausgegangen wird. Vor allem aber bestehen gravierende Widersprüche zwischen der 'Gender and Development-Politik' der Weltbank einerseits und andererseits ihrer Gesamtstrategie, insbesondere der Strukuranpassung (SAP). Diese Widersprüche drücken sich auch in der Rolle des WID-Departments innerhalb der Weltbank aus. Diese drei Aspekte sollen im folgenden näher betrachtet werden.

Frauen in Entwicklung

Zunächst jedoch ein Blick zurück: Der Begriff 'Women in Development' (WID) wurde in den frühen 70er Jahren von entwicklungspolitisch tätigen Frauen in den USA eingeführt. Sie machten deutlich, daß sich Modernisierungsprozesse für Frauen und Männer unterschiedlich auswirkten und sich die Position der Frauen in den Entwicklungsprozessen weiter verschlechterte. Die WID-Bewegung forderte deshalb soziale Gerechtigkeit und egalitären Zugang zu Ressourcen und Produktionsmittel für Frauen.

Wesentlichen Einfluß auf WID nahm die Frauenbewegung in den Ländern des Nordens mit der Diskussion um die sogenannte Reproduktionsarbeit sowie die geschlechtliche Arbeitsteilung und ihr Einfluß auf Entwicklungsprozesse von Frauen. Die Bedeutung dieser Diskussion wird deutlich, wenn wir uns vor Augen halten, daß Entwicklungsorganisationen und NGOs der Nachkriegszeit Frauen fast ausschließlich in ihrer Rolle als Hausfrauen und Mütter identifizierten und ihre Politik für Frauen weitgehend auf Bereiche der sozialen Wohlfahrt wie etwa Ernährungsberatung und Haushaltsökonomie beschränkten, bekannt als Welfare-Ansatz. Ausgeblendet wurde dabei die Arbeitsleistung von Frauen als Produzentinnen, sowohl im Subsistenzbereich als auch in der Marktwirtschaft.

Im Laufe der frühen 70er Jahre leistete die wachsende Zahl von Forschungen über Frauen in Entwicklungsländern gerade in diesem Bereich einen wichtigen Impuls für die WID-Diskussion. Von besonderer Bedeutung war die Studie der Dänin Ester Boserup: *Women's Role in Economic Development* (1970). Boserup kritisierte darin den Welfare-Ansatz und beleuchtete die Bedeutung von Frauen für die Agrarproduktion in afrikanischen Ländern südlich der Sahara. Sie strich vor allem die positive Korrelation zwischen der Rolle der Frauen in der land-



... und Frauen

wirtschaftlichen Produktion und ihrem Status gegenüber den Männern hervor. Boserups Arbeit wurde von der WID-Bewegung enthusiastisch aufgenommen, weil sie die Bemühungen von Frauen um Einfluß auf Entwicklungspolitik durch die doppelte Argumentation von Gerechtigkeit und ökonomischer Effizienz legitimierte. Die Betonung des produktiven Beitrags von Frauen sollte Entwicklungsplaner davon überzeugen, Frauen ökonomische Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Allerdings wurde diese Strategie auch kontrovers diskutiert, da sie die Gefahr birgt, daß das, was Entwicklung von Frauen braucht, dem übergeordnet würde, was Frauen von Entwicklung brauchen – was in der Tat oft geschah.

Von „women" zu „gender"

Die WID-Bewegung und die aus ihr resultierende Forschung machte die Arbeit von Frauen in den verschiedenen Lebensbereichen sowie die Zwänge und Diskriminierungen, mit denen sie konfrontiert sind, sichtbar. Das Problem von asymmetrischen Geschlechterbeziehungen und der strukturellen Unterordnung von Frauen stellte dabei zwar ein Kernargument des WID-Ansatzes dar. Allerdings blieben diese Aspekte sowohl in der Forschung als auch in der konkreten Projektarbeit eher marginal, da die WID-Analyse sehr stark auf Frauen in einem isolierten Sinne und weniger auf die Geschlechterbeziehungen ausgerichtet war.

Im Kontext der aufkommenden theoretischen Differenzierung zwischen „sex" als biologischem und „gender" als sozialem Geschlecht, wie sie in verschiedenen Sozialwissenschaften Ende der 70er Jahre entwickelt wurde, kam auch in der WID-Diskussion eine Neuorientierung in Gang. Anstatt 'Women in Development' (WID) hieß es nun 'Gender and Development' (GAD). Der GAD-Ansatz sollte den Blick verstärkt auf die Beziehungen zwischen Männern und Frauen richten, sowohl im Haushalt als auch im Markt, im Staat und in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Macht- und Geschlechterverhältnisse werden damit zu zentralen Kriterien in der Analyse der Unterordnung von Frauen.

Dieser Diskurswechsel wurde auch in liberalfeministische Ansätze aufgenommen. Auf struktureller Ebene betonen diese vor allem die Notwendigkeit des individuellen Zugangs beider Geschlechter zu ökonomischen Ressourcen. Gender-Analysen dienen somit als Instrument zur Verminderung ineffizienter Rollen- und Ressourcenverteilung und zur Steigerung der Gesamtproduktivität. Dieser Ansatz bewegt sich jedoch im Rahmen der bisherigen wirtschaftspolitischen Tendenzen.

Letzteres gibt Anlaß zu sehr kontroversen Diskussionen. Vor allem Frauen aus dem Süden kritisieren den liberal-feministischen Ansatz als neo-kolonialistisch. Für kritische Feministinnen (z.B. vom Netzwerk DAWN[2]) stellen Macht- und Geschlechterverhältnisse in einem viel umfassenderen Sinn den Angelpunkt im Kampf um gerechtere Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen dar: Da den derzeitigen Verhältnissen die Diskriminierung und Ausbeutung von Frauen zugrunde läge, reiche es nicht aus, Frauen in Entwicklungsprojekte einzubeziehen. Gefordert wird vielmehr die grundsätzliche und radikale Neukonzeption von Weltwirtschaftsstrukturen.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß weder ein WID- noch ein GAD-Ansatz per se einen Weg zu gerechteren Bedingungen für Frauen garantiert. Es handelt sich lediglich um verschiedene Denkmodelle. Zu fragen ist jeweils, in welchem Verhältnis zu generellen (makro)ökonomischen Zielen die aus diesen Modellen resultierenden Postulate stehen. Offen bleibt bisher auch, welches eigentlich die Voraussetzungen für eine frauenorientierte Wirtschaftspolitik sein sollen. Diese Diskussionen sind auch an der Weltbank nicht spurlos vorbeigegangen. Einerseits war und ist die Weltbank zunehmend mit Kritik an den geschlechtsspezifischen Folgen ihrer Kredit- und Strukturanpassungspolitik konfrontiert. Andererseits haben aber auch Frauen innerhalb der Bank diese neuen Denkmodelle in die Arbeit zu integrieren versucht. Vor diesem Hintergrund ist 1987 in der Weltbank das Women in Development (WID) Department gegründet worden. Da theoretische Ansätze im Prozeß der Umsetzung bekanntlich eine kontextspezifische Prägung erhalten, soll im folgenden der Gender-Ansatz der Weltbank dargestellt und diskutiert werden.

Laut Weltbank machen Frauen weltweit 40 Prozent der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft aus, ein Viertel in der Industrie und ein Drittel im Dienstleistungssektor. In Entwicklungsländern leisten sie mindestens 50 Prozent der weltweiten Nahrungsmittelproduktion. Darüber hinaus sind sie weitgehend mehrfachbelastet durch Haus-, Kinder- und Gemeinschaftsarbeit.

Geschlechter in der Weltbank

Dieser Erkenntnis zum Trotz gehen die Autorinnen des GAD-Konzeptes der Weltbank davon aus, daß die Produktion von Frauen sowohl im Erwerbssektor als auch in der häuslichen Produktion noch immer gering ist gemessen am Anteil der Männer. Diese zu erhöhen, d.h. das „unternutzte Potential" der Frauen zu erschließen, stellt aus ihrer Sicht einen wichtigen Beitrag zur Steigerung von Wachstum und Effizienz sowie zur Verminderung von Armut dar – Schlüsselziele im Weltbankentwicklungskonzept. Mit dieser Strategie reiht sich die Weltbank-Gender-Politik in die liberale Gender-Diskussion ein.

Die eingangs erwähnte Weltbank-Studie *Enhancing Women's Participation in Economic Development* aus dem Jahr 1994 betont die Bedeutung der Frauenförderung als wichtiges Kriterium bei der Armutsbekämpfung. Investitionen in Frauen erhöhten die Produktivität und die Effizienz der Ressourcennutzung. Entwicklung und Wachstum wären am besten gedient, wenn die knappen öffentlichen Mittel dort eingesetzt würden, wo sie den höchsten ökonomischen und sozialen Gewinn erzielten. Auch weil der Gewinn im sozialen Bereich bei Frauen generell höher als bei Männern wäre, lohne es sich, in Frauenförderung zu investieren, wenn Entwicklung und Wachstum erreicht werden solle (Enhancing ..., S. 22).

Die Investition in Frauen, d.h. in Ausbildung, Gesundheit, Familienplanung, Zugang zu Arbeitsplätzen sowie Land und Kapital – dies die fünf Schwerpunktbereiche der Gender-Strategie der Weltbank – wird damit zwar zum zentralen Element einer Entwicklungsstrategie ernannt, mit der auch soziale Gerechtigkeit gefördert werden soll.

Letztere erscheint aber eher als positiver Nebeneffekt denn als Ziel an sich. Es fällt auf, daß Produktivität konzeptionell in herkömmlichen wirtschaftlichen Kategorien gedacht wird, d.h. Arbeit von Frauen etwa im Bereich der Kinderbetreuung, der Pflege von Angehörigen oder im Haushalt usw. als nicht produktiv erscheint. Die feministische Forschung hat jedoch gezeigt, daß die Produktivität von Frauen relativ zu jener der Männer keineswegs geringer ist, wenn sie in Kategorien gemessen wird, die alle Arbeitsbereiche von Frauen miteinbeziehen.

Der Analyseteil der Studie macht zwar deutlich, daß diese Leistungen von Frauen mittlerweile auch von der Weltbank wahrgenommen werden. Als Konsequenz der üblichen Zweiteilung in produktive und nichtproduktive Tätigkeiten wird ein großer Teil dieser Leistungen aber lediglich als Zwang gesehen, die Frauen daran hindern, der Gesellschaft oder vielmehr der Wirtschaft ihr eigentliches Produktivitätspotential zur Verfügung zu stellen. Diese Zwänge und Hindernisse gilt es gemäß der Weltbank-Strategie zu beseitigen oder zu vermindern.

Dabei wäre zu prüfen, ob die Frauen von den aus diesen Vorgaben abgeleiteten Maßnahmen wirklich profitieren können, z.B. durch verbesserten Zugang zu ökonomischen Ressourcen (Erwerbsarbeit, Geld, Landrecht) oder zu einer qualifizierenden Schulbildung. Selbst wenn dies der Fall wäre, wäre noch zu fragen, an welche Bedingungen solche Verbesserungen geknüpft sind. Es sei hier etwa auf all jene Gesundheitsprojekte hingewiesen, bei welchen medizinische Versorgung von Frauen an repressive und oft sogar gesundheitsgefährdende Methoden der Familienplanung gekoppelt sind. Außerdem werden schon die Bedürfnisse von Frauen zu eng definiert: nämlich nur als diejenigen, welche aus „ihrer gesellschaftlich akzeptablen Rolle" resultieren. Erst recht scheint die Frage irrelevant zu sein, ob „die" Frauen ihr Produktivitätspotential überhaupt in der von der Weltbank propagierten Weise einsetzen möchten.

Ist Ökonomie geschlechtsneutral?

Diese Einwände gegen konzeptionelle Schwachpunkte führen zum Kern der Kritik am Gender-Ansatz der Weltbank: Die angestrebten Verbesserungen und Erleichterungen für Frauen und Mädchen können nicht als Ausdruck der Anerkennung von grundlegenden Frauenrechten an sich gewertet werden, da sie sich für die Weltbank einzig durch den daraus resultierenden gesamtgesellschaftlichen und makroökonomischen Nutzen rechtfertigen – eine Denkweise, die sich in dem Wort „Investition" widerspiegelt. Vielmehr werden Frauen mit dem Gender-Ansatz á la Weltbank für eine Entwicklungs- und Wachstumsstrategie instrumentalisiert, die in ihrer Gesamtkonzeption jenen GAD-Ansätzen widerspricht, die die grundlegenden Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern einbeziehen.[3]

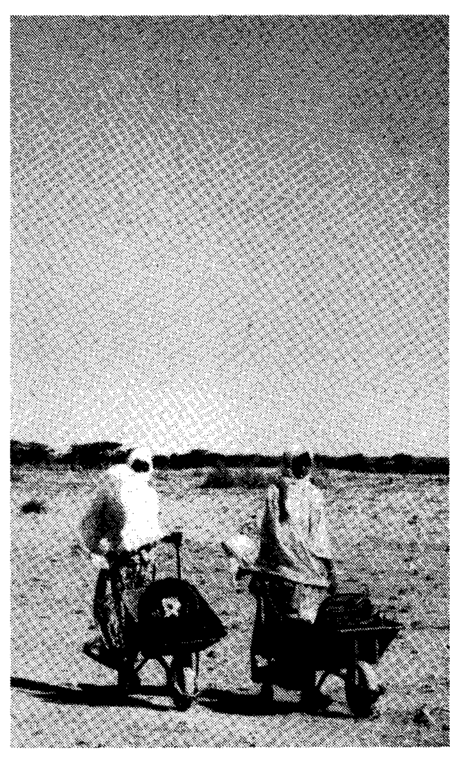
Die Konzeptionsfehler der Weltbank-Gender-Politik stehen damit in engem Zusammenhang mit deren Einbettung in die auf Entwicklung und Wachstum ausgerichtete Gesamtkonzeption der Weltbankstrategie. Die Gender-Politik, die bisher vor allem auf den Projektbereich der Weltbank – insbesondere auf die Sektoren *Human Resources* und Landwirtschaft – ausgerichtet ist, wird der neoliberalen Anpassungspolitik klar untergeordnet. Es wird suggeriert, die Makroökonomie sei geschlechtsneutral.

Wie die Ausführungen der Ökonomin Diane Elson zeigen, ist dem aber nicht so: „Das Augenmerk der Makroökonomie liegt auf dem Bruttosozialprodukt, seiner Höhe und seinem Wachstum, auf Investitionen und Ersparnissen, auf Importen, Exporten und der Handelsbilanz, auf der optimalen Allokation der Ressourcen, auf Effizienz und Produktivität. Frauen tauchen nicht auf – genausowenig wie Männer. (...) Der männliche Bias (etwa: Färbung, Voreingenommenheit) der Makroökonomie basiert darauf, daß ein ganzer Bereich der Produktivität, nämlich die unbezahlte Reproduktionsarbeit, ausgeblendet wird und daß die Wechselbeziehungen zwischen diesem Bereich der Produktion und denjenigen Bereichen, die die Makroökonomie untersucht, nicht beachtet werden (...)."[4]

Aus diesem Grund ist es kaum erstaunlich, daß die auf dieser Logik basierenden und von der Gender-Politik weitgehend unberührten Strukturanpassungsprogramme (SAP) des IWF und der Weltbank mit (sozialen) Kosten und Konsequenzen verbunden sind, welche Frauen und Mädchen weit stärker zu tragen haben als Männer. Dadurch werden die bereits existierenden Diskriminierungen von Frauen und Mädchen weiter verschärft. Das WID-Department der Weltbank bestätigt in seinem Papier zwar durchaus solche negativen Auswirkungen der SAP-Politik, betrachtet sie jedoch als kurzfristig. Somit genügt es aus Sicht des WID-Departments, diese durch kurzfristige Kompensations-Programme aufzufangen. Denn längerfristig würden auch Frauen von durch das Wirtschaftswachstum erzielten Gewinnen profitieren können, ganz nach dem immer wieder propagierten Trickle-Down-Effekt.

Gerade diese Sichtweise wird von KritikerInnen in Frage gestellt und damit auch die Vorstellung, daß sich mit dem Trickle-Down-Effekt ökonomische und gesellschaftliche Gewinne automatisch und dazu noch geschlechtsneutral sozialisieren würden. Die Erfahrung mit SAP beweist in den meisten Ländern das Gegenteil: Die negativen Folgen für Frauen sind langfristig und die generellen sozialen Gegensätze sind meist noch verschärft worden (s. Kasten).

Vor diesem Hintergrund scheinen GAD-Dimensionen in der Weltbank bislang eher Projektanhängsel zu sein als grundsätzlich bestimmend für einen Prozeß des Überdenkens von Entwicklungskonzepten und makroökonomischer Politik. Gender-Aspekte berücksichtigende Gegenmaßnahmen (Projekte) geraten im besten Fall zur bloßen Pflästerli-Politik.



... in der Gender-Politik

GAD im Abseits

Die Unterordnung der GAD-Politik gegenüber der makroökonomischen Gesamtstrategie findet auch in der Organisation und der Struktur der Weltbank ihren Ausdruck. Das WID-Department ist als thematische Gruppe im Bereich Bildung / Erziehung und Sozialpolitik innerhalb des 'Human Resources Development and Operations Policy Department' angesiedelt. Sein Spielraum wird dadurch eingeengt, daß die meisten (größtenteils männlichen) MitarbeiterInnen der Bank nur geringes oder gar kein Interesse an den Erkenntnissen und Strategien der GAD-Politik zeigen, geschweige denn sie in ihre eigenen Tätigkeitsbereiche integrieren würden.

Zwar ist zu bemerken, daß sich innerhalb der Bank um das WID-Department ein Netzwerk von Leuten gebildet hat, die sich darum bemühen, Gender-Komponenten in die allgemeine Kredit- und Projektpraxis einzuführen und Studien zu befördern, die die geschlechtsspezifischen Folgen von SAP feststellen können. Allerdings wurde der Großteil dieser Arbeit innerhalb der Bank gar nicht von dieser selbst finanziert, sondern aufgrund der direkten Initiative und mit Mitteln einiger weniger Länder, vor allem Hollands und Norwegens.

Dies sagt mehr über die tatsächlichen Prioritäten der Weltbank aus als viele ihrer in jüngster Zeit publizierten Statements, in denen Gender-Fragen einen zunehmend gro-

ßen Stellenwert einnehmen. Daß es bei diesen Lippenbekenntnissen bleibt, ist mithin kein Wunder – forderte ein konsequent verfolgter Gender-Ansatz doch direkt die Politik der Strukturanpassung heraus. Und das ist, wie es ein Angestellter der Weltbank einmal formuliert hat, „wie ein Angriff auf den Koran".

Gertrud Ochser

Die Autorin arbeitet für die Organisation 'Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt' in Bern sowie in der Weltwirtschaftsgruppe der NGO 'Frauenrat für Außenpolitik'. Der Text ist die leicht überarbeitete und gekürzte Fassung eines Beitrages aus der Broschüre: Strukturanpassung im Süden – eine Dokumentation von Frauensichten. Auf fast 300 Seiten präsentiert die umfassende Sammlung grauer Literatur zunächst die wichtigsten Positionen und ergänzende Literatur zum Thema. In den folgenden Kapiteln werden dann die Folgen der SAP für Frauen in den verschiedenen Lebensbereichen anhand von Beispielen aus Afrika, Asien und Lateinamerika analysiert, veranschaulicht und kritisiert. Die Dokumentation zeichnet besonders aus, daß sie vor allem die Positionen von Frauen und Frauen-NGOs aus dem Süden repräsentiert. Für 45 Franken (zzgl. Porto) ist sie erhältlich bei: Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt, Gerberngasse 21a, CH-3011 Bern, Tel. 00 41/31/ 3 11 76 16.

Anmerkungen:

1) Enhancing Women's Participation in Economic Development. A World Bank Policy paper, Washington 1994

2) Development Alternatives with Women for a New Era (DAWN) ist sowohl politisch als auch auf wissenschaftlicher Ebene eines der bedeutendsten Netzwerke von Frauen aus dem Süden.

3) Vor dem Hintergrund dieser Gesamtstrategie der Weltbank erscheinen die Hinweise in besagtem Weltbankpapier darauf, daß Frauen von Entwicklungsprozessen nur erreicht werden können, wenn die relativen Rollen und Verantwortlichkeiten von Frauen und Männern im Haushalt und in der gesamten Gesellschaft analysiert und in die Gestaltung von Programmen und Projekten einbezogen werden müßten, als bloße Lippenbekenntnisse.

4) Diane Elson, Feministische Ansätze in der Entwicklungsökonomie, in: PROKLA Nr. 4/1993

Strukturen passen Frauen an

Waren die Nord-Süd-Beziehungen und die spezifischen Interessen des Nordens noch vor wenigen Jahren der Referenzrahmen für wirtschaftspolitische Diskussionen, so ist heute die „Globalisierung der Ökonomie" das Stichwort. Unter diesem Begriff werden die weltweite neoliberale Restrukturierung der Wirtschaft (Privatisierung und Deregulierung) und die Implikationen dieses Prozesses für Frauen analysiert.

Die Kritik einer breiten Allianz von NGOs im Entwicklungsbereich, die sich mit Strukturanpassung bzw. Globalisierung der Wirtschaft beschäftigen, beruht vor allem auf zwei Thesen: Zum einen sei sie ungeeignet zur Armutsbekämpfung und zum anderen geschlechterblind und damit frauenfeindlich. Die erste These bestätigte sich schon in den 70er Jahren, als der einst erhoffte „Trickle-Down"-Effekt, das Durchsickern der Früchte des Wachstums zu den Armen, ausblieb. So sank der Anteil des globalen Einkommens, das die ärmsten 20 % der Bevölkerung kontrollieren, zwischen 1960 und 1991 von 2,3 % auf 1,4 %. Die Kluft zwischen Arm und Reich hat sich zwischen 1960 und 1991 mehr als verdoppelt. Studien haben zum Teil verheerende Auswirkungen auf die Lebensbedingungen insbesondere auch von Frauen festgestellt. Dennoch orientieren sich insbesondere die nördlichen Regierungen weiter an der Utopie des perfekten Marktes. Die südlichen Regierungen wiederum scheinen sich in einem Dilemma zu befinden. Einerseits verurteilen sie relativ einmütig die derzeitigen Strukturanpassungspolitiken – gerade auch aufgrund ihrer sozialen Implikationen –, andererseits bestehen die meisten von ihnen auf Wirtschaftswachstum, das allein der Markt – letztlich die der Strukturanpassung zu Grunde liegenden Wirtschaftsstrategie – zu gewähren verspricht.

Wie läßt sich nun die Einsicht, daß Wachstum allein Armut nicht bekämpft, theoretisch begründen? Fakt ist, daß die neoliberale Wirtschaftstheorie keinerlei Erklärungsansatz bietet, über welche Mechanismen die Früchte von Wachsttumsinseln zu den Bedürftigen gelangen sollen. Diese sind mehrheitlich außerhalb von Marktstrukturen anzutreffen oder nur punktuell mit ihnen verbunden. Auch in Industrieländern wird nach Schätzungen verschiedener Studien mindestens die Hälfte der insgesamt geleisteten Arbeit außerhalb des Marktes vollzogen, ein Großteil davon als unbezahlte Hausarbeit. Dieser „blinde Fleck" in dem Wirtschaftsmodell, das zur Zeit global implementiert wird, hat fatale Folgen für Frauen. Sie operieren als wirtschaftliche Akteurinnen hauptsächlich in den nicht erfaßten Bereichen.

Da jedoch nur die Betätigung im Marktsektor als „ökonomische Aktivität" registriert wird, schließt man aus der Abwesenheit von Frauen, es handle sich bei der Arbeitskraft der Frauen um eine brachliegende Ressource, die für den Anpassungsprozeß mobilisiert werden könne. Dadurch erklärt sich auch die zunehmende Arbeitsbelastung der Frauen, die vielerorts unter Strukturanpassung festgestellt wurde. Einerseits müssen sie ein zusätzliches Einkommen erwirtschaften, anderseits Dienstleistungen übernehmen, die den Budgetkürzungen und der Privatisierungsstrategie der Staaten zum Opfer gefallen sind.

Dieser Entwicklung treten internationale Nord-Süd-Netzwerke wie DAWN, ALT-WID, WIDE und EUROSTEP entgegen. Nach ihrer Meinung stellen die Folgen der SAP insbesondere für Frauen eine Verletzung der Menschenrechte dar, die z.B. anläßlich der Menschenrechtskonferenz in Wien 1993 eingeklagt wurden. Vielleicht zeugt dies von einem neuen Selbstbewußtsein: Frauen formulieren ihre Forderungen nicht mehr als moralischen Appell, sondern als Anspruch auf die Umsetzung von internationalen Übereinkommen.

Textauszüge aus: Regula Frey Nakonz, Strukturanpassung als Thema der Weltfrauenkonferenz, in: Strukturanpassung im Süden. Eine Dokumentation von Frauensichten (mehr zu der Studie am Ende des Artikels).

Die zweite Tür nach der Apotheke hinter der Moschee

Wie internationale Organisationen ihre „Partner" wählen



Entwicklungshilfeagenturen haben in den 90er Jahren einen neuen Markt entdeckt. Die Unterstützung von NGOs im Süden soll der Entwicklung von Zivilgesellschaften dienen. Ein Erfahrungsbericht aus Ägypten, dem weltweit größten Empfänger von „Hilfs"geldern, zeigt die vielfältigen Kommunikationsprobleme zwischen Geberorganisationen, ägyptischen NGOs und der Bevölkerung.

Der „Markt" der Zivilgesellschaft ist etwas anderes als die Konstruktion von Abwasserkanälen oder der Aufbau eines Telekommunikationssystems. Entwicklungsziele wie Demokratisierung, Menschenrechte, Privatisierung, Frauenrechte und Umweltschutz machen die „Helfer" aus dem Norden zu Akteuren auf den innenpolitischen Bühnen des Südens. Und obwohl diese Modethemen nicht identisch mit den Prioritäten der Süd-NGOs sein müssen, haben sie nach langer „Zusammenarbeit" mit den Geldgebern aus dem Norden den Weg an die Spitze ihrer Prioritätenliste gefunden.

Wie in vielen Staaten des arabischen Raums sind die Modethemen in Ägypten durchaus relevant: Menschenrechtsverletzungen sind gut dokumentiert; die Umstände, unter denen vor kurzem die Parlamentswahlen stattfanden , zeigten, daß die Demokratie in Ägypten Fassade bleibt (s. 'blätter' Nr. 211); die ägyptischen Frauen haben zur Zeit mit einem konservativen Rollback zu kämpfen und Kairo kann sich rühmen, eine der am stärksten verschmutzten Metropolen der Welt zu sein. Unterdessen zieht sich der Staat allmählich aus allen Bereichen zurück. In welcher Weise arbeiten vor diesem Hintergrund die Geber aus dem Norden mit den als Standbein der Zivilgesellschaft ausgemachten lokalen NGOs zusammen?

Verschwörungstheoretiker würden sagen, daß die Geldgeber (eigentlich: Geldverteiler) den ägyptischen NGOs ihre Arbeitsgebiete diktieren und dabei eigenen Interessen folgen. Die Realität ist vielschichtiger. Eine wesentliche Rolle spielt dabei der Auswahlprozeß der NGOs, die durch die Geberorganisation gefördert werden sollen. Ganz oben auf der Liste der Auswahlkriterien steht die Sprache. Eine lokale NGO, deren Mitglieder nur Arabisch sprechen, hat schlechte Karten. Verloren ist auch die NGO, die nicht mit dem liberalen westlichen Diskurs vertraut ist. Ein weiteres wichtiges Kriterium ist der Zugang: Ein NGO-Büro, das über Telefon, Fax und Computer verfügt und in einem der besseren Viertel Kairos liegt, hat einen Wettbewerbsvorsprung. Die Geber im Norden wollen Faxnummern, e-mail-Adressen und Briefköpfe. Der Verein für Kommunalentwicklung in der südägyptischen Stadt Assiut dagegen muß vom Portier der Bank, die dem Vereinsbüro auf der anderen Straßenseite gegenüberliegt, benachrichtigt werden, wenn ein Anruf kommt. Hat der Portier Pause, kann der Verein keine Anrufe empfangen. Wird man seine Stimme in den klimatisierten Büros der Verteilerorganisationen in Kairo hören? Weiterhin erforderlich ist die Fähigkeit der NGO, Anträge zu schreiben, Materialien für Public Relations zu produzieren und sich im Milieu der Geber aus dem Norden bewegen und dort Lobbyarbeit betreiben zu können. Sind all diese Kriterien erfüllt, hat der Kandidat gute Chancen. Der Rückhalt in der örtlichen Bevölkerung, eine demokratische Organisationsstruktur und transparente Abrechnungsmodalitäten spielen hingegen bei den Auswahlkriterien nur eine untergeordnete Rolle.

Botschaften aus einer anderen Welt

Nicht besonders erstaunlich ist es vor diesem Hintergrund, daß die Geber nur mit einer begrenzten Zahl von Personen und Organisationen zusammenarbeiten. Ihre Auswahlkriterien machen viele der repräsentativsten und effektivsten Basisorganisationen unsichtbar. So schlugen die Geberorganisationen einer Gruppe, die sich für die Rechte von Arbeitern einsetzt und mitten in einem der Kairoer Arbeiterviertel aktiv ist, die Türen vor der Nase zu, weil ihre Mitglieder zum zentralen Telefon- und Telegrafenamt gehen müssen, wenn sie jemanden anrufen wollen und weil sie nicht in der Lage waren, sich mit den Kreisen der Geber auf „adäquate" Weise in Verbindung zu setzen.

Die gleichen Verteilerorganisationen konkurrieren jedoch heftigst untereinander dar-

um, wer die attraktivsten lokalen „Partner" fördern darf. Sie geben zu, daß die Konkurrenz um Projektideen und Partnerorganisationen ein Problem darstellt. Die Elite der lokalen Nichtregierungsorganisationen könnte vor diesem Hintergrund die Rolle des Vermittlers zwischen den Gebern und örtlichen Basisorganisationen spielen, die von diesen übersehen werden. Sie könnten ihre Infrastruktur, ihre leichte Zugänglichkeit und ihre Kenntnis des liberalen westlichen Diskurses einsetzen, um Programme zu entwickeln, die einem breiteren Publikum zugute kommen.

Doch genau der Umstand, daß die lokalen NGO-Eliten weitgehend die gleiche „Sprache" sprechen wie die Geber aus dem Norden, ist der Grund dafür, daß sie Schwierigkeiten haben, diese Vermittlerrolle zu spielen. Oft folgen sie dem Diskurs und den Wünschen ihrer Geldgeber in einer Weise, die der Bevölkerung nur wenig weiterhilft. Im Gegenteil: Das Gros der Bevölkerung wird von den Eliten meist als rückständig begriffen und angesprochen. Ihre Vorstellungen und Konzepte bleiben Botschaften aus einer anderen Welt.

Souveränität contra Menschenrecht

Die Anwesenheit und der Einfluß der Geber aus dem Norden hindert die Elite der ägyptischen NGOs oft daran, sich eine lokale Basis zu schaffen, die finanziell und ideologisch in der Lage ist, ihre Entwicklungsanstrengungen zu unterstützen. Das wiederum führt dazu, daß diese Elite immer mehr statt weniger abhängig werden von Organisationen, von denen sie ihre Orientierung und ihr Geld beziehen. Diese Dynamik macht die arabischen Nichtregierungsorganisationen höchst verwundbar und führt zu einer wachsenden Kontrolle und Einflußnahme durch die Geber.

Im Zuge dieser Entwicklung hat nicht zuletzt die ägyptische Regierung begonnen, die Absichten der Geber und ihrer lokalen „Partner" zu hinterfragen. Sie sieht die nationale Souveränität bedroht. Tatsächlich haben die restriktiven juristischen Rahmenbedingungen für die Tätigkeit ägyptischer Nichtregierungsorganisationen manche Geber dazu veranlaßt, die Richtlinien der Regierung schlichtweg zu ignorieren. Sie unterstützen, wen oder was sie für geeignet halten und berufen sich dabei auf Definitionen der Vereinten Nationen, was eine NGO ausmacht. Viele Ägypter – nicht nur die Regierung – sehen in dieser Haltung eine bedrohliche Einmischung in innere Angelegenheiten. Andere – unter ihnen auch ägyptische Menschenrechtsorganisationen, in denen hauptsächlich Mitglieder der politischen Opposition tätig sind – betrachten dieses Vorgehen als die natürliche Rolle der Gebergemeinschaft aus dem Norden.

Viele Beispiele belegen, daß die Geber nicht einmal versuchen, bestehende Bedenken auszuräumen. Stattdessen fordern sie lapidar, die Verdächtigungen und die angeblich vorgeschützte Angst um die nationale Sicherheit aufzugeben. Der auf diese Weise noch geschürte Argwohn gegenüber den Aktivitäten von nördlichen Geberorganisationen kann dann sogar von solchen Gruppen oder politischen Kräften ausgenutzt werden, die ihre Interessen durch die von den Organisationen und ihren lokalen „Partnern" verfolgten entwicklungspolitischen Konzepte und Diskurse bedroht sehen.

So wird zum Beispiel von vielen Ägyptern die Finanzierung von Frauenprojekten als Teil eines Plans zur Zerstörung der ägyptischen Familie und Sozialstruktur bewertet. Als in Kairo Ende 1994 die internationale Konferenz über Bevölkerungsfragen und Entwicklung stattfand, erschienen vor allem in einigen den Islamisten nahestehenden Zeitungen Schlagzeilen, der Norden habe sich verschworen, um mit Hilfe von Familienplanungsprogrammen in Ägypten und in der islamischen Welt die Zahl der Moslems zu senken.

Auch Menschenrechtsorganisationen, die immer wieder die Regierung unter anderem wegen deren brutalen und undifferenzierten Vorgehen gegen islamistische Gruppen anklagen, sind ein beliebtes Angriffsziel der ägyptischen Presse, die zum allergrößten Teil unter direkter Regierungskontrolle steht. Das Wochenblatt Al-Mussawar schrieb im Februar, daß „die Mehrheit der kürzlich gegründeten Menschenrechtsorganisationen in Ägypten von Ausländern bezahlt werden, um die ägyptische Regierung zu zwingen, die Konfrontation mit Extremisten (den Islamisten K.M.) herunterzuschrauben..." In dem Artikel wurde den Mitgliedern dieser Menschenrechtsorganisationen auch vorgeworfen, sie füllten im Namen der Menschenrechte lediglich ihre eigenen Taschen.

Die Tatsache, daß eine Organisation Geld von ausländischen Gebern erhält, kann also ausgeschlachtet werden, um ihre Legitimität in Zweifel zu ziehen oder ihr Anliegen in Verruf zu bringen. So muß sich die „moderne" arabische Frau, die mit Geberorganisationen aus dem Norden zusammenarbeitet, gewaltig anstrengen, um sich in den Augen der Bevölkerung Legitimität und Respekt zu verschaffen. Oft wird sie mit Skepsis und Distanz betrachtet. Auch in der Frage der Verstümmelung der weiblichen Genitalien, dem Lieblingsthema von Feministinnen aus dem Norden, ist die Skepsis gegenüber einer tatsächlichen oder vermeintlichen Bevormundung zu beobachten: Je mehr man sich im Norden das Maul zerreißt über die rückständigen Wilden in der Dritten Welt, desto lauter erhebt sich die Stimme der Einheimischen zur Verteidigung traditioneller Praktiken. Selbst wenn viele Menschen die Verstümmelung weiblicher Genitalien als eine schädliche Tradition betrachten, die abgeschafft werden sollte, könnten sie als nationalistisch denkende Ägypter stärker daran interessiert sein, sich gegen ausländische Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten zusammenzuschließen – stärker jedenfalls als ihnen die Tatsache mißfällt, daß junge ägyptische Mädchen verstümmelt werden.

Die zweite Tür hinter der Moschee

Die Weltsicht der Geberorganisationen aus ihren Büros in New York, London, Berlin und Kairo ist von Bildschirmen verstellt, vollgestopft mit Arbeitsplänen und Projektbudgets, die sich in Verbindung mit einem Zeitplan in rigide Normen verwandeln. Was sagen quantitative Indikatoren wie die Zahl der Ausbildungsstunden, der teilnehmenden Personen und der veröffentlichten Publikationen über Qualität und Erfolg eines Projekts?

Ein Beispiel: Ein Projektfunktionär soll innerhalb eines bestimmten Berichtszeitraums ein Seminar mit 20 Teilnehmern über ein Thema aus dem Bereich Bürgerrechte abhalten. Über den Rahmen dieser Vorgabe einer bestimmten Teilnehmeranzahl und einer ungefähren Themenstellung hinaus ist es für die finanzierende Organisation irrelevant, worüber genau mit wem diskutiert wird. Nur ein zufriedenstellendes Auswertungsformular soll doch bitteschön jeder Teilnehmer ausfüllen; und die ägyptischen Höflichkeitsnormen sorgen dafür, daß fast jeder dies tut, ob er nun zufrieden ist oder nicht. Ob das Thema für die Zielgruppe überhaupt relevant war, ob die Voraussetzungen der ausgewählten Teilnehmer stimmten oder ob die Diskussionen fruchtbar waren – solche Fragen spielen bei der Projektauswertung keine Rolle.

Erfolg oder Scheitern der Teilnahme an einem Workshop hängen von vielen Faktoren ab. Die Ermittlung dieser Faktoren nimmt viel Zeit des Personals in Anspruch. Dazu gehört auch die Suche nach einem geeigneten einheimischen Mitveranstalter, der bereit ist, mit einer ausländischen Organisation zusammenzuarbeiten sowie Verhandlungen über das genaue Thema, die Struktur und den Inhalt des Workshops. Die Kommunikation umfasst Ferngespräche und Faxe, die Tage brauchen, bis sie zum Empfänger gelangen, und lokale Kurierdienste müssen davon überzeugt werden, daß eine Adresse wie „die zweite Tür nach der Apotheke hinter der Moschee" tatsächlich die korrekte Adresse einer provinziellen Nichtregierungsorganisation ist. Alle diese Arbeitsbereiche werfen keine Zahlen für die Kalkulation der Geber ab und ihre Alarmglocken beginnen zu läuten, wenn der Aufwand für Verwaltungskosten gegenüber themenbezogenen Aktivitäten zu groß wird.

Peking in der Provinz

Die Geber aus dem Norden müßten viel genauer definieren, wie ihre Beziehung zur lokalen Bevölkerung aussehen soll. Nach der Definition der britischen Organisation Oxfam ist Entwicklung „mehr zu haben und

mehr zu sein". „Mehr zu sein" schließt die Vorstellung von hinzugewonnener sozialer Handlungsfähigkeit ebenso ein wie ein psychologisches Element des Selbstvertrauens. Statt der einheimischen Bevölkerung zu sagen, was sie braucht, sollte ihr in erster Linie dabei geholfen werden, ihre Bedürfnisse zu entdecken und auszudrücken. Mit den Worten eines oberägyptischen Aktivisten der Gemeindeentwicklung: „Oft wissen die Leute nicht, daß sie das Recht haben, etwas zu fordern und sie haben auch nicht das Wissen, die Information und manchmal auch nicht die Technologie, ihre Rechte und ihre Visionen Wirklichkeit werden zu lassen." Nach seiner Meinung sollte die Rolle der NGOs aus dem Norden darin bestehen, die Einheimischen als Partner in den Entwicklungsprozeß einzubeziehen.

Nun wird diese Einsicht heute niemand ernsthaft in Frage stellen. Was aber bedeutet ihre praktische Umsetzung? Kann diese Partnerschaft auf der Basis der Gleichberechtigung verwirklicht werden? Und abgesehen von der Frage, wer die Schecks ausschreibt: Welche Hindernisse stellen sich ihr entgegen? Dazu noch ein Beispiel: Vor einigen Jahren organisierte AMIDEAST (s.u.) zusammen mit einer ägyptischen Kommunalentwicklungsorganisation einen Workshop mit dem Titel „Die rechtliche Situation der Frauen im ägyptischen Hinterland". Das Thema sollte mittels einer Reihe von Arbeitspapieren und Diskussionsrunden angegangen werden. Ägyptische Forscher legten interessante Papiere über die Rolle der Frauen in Entscheidungsprozessen, über Frauen und Umweltrechte und zu anderen Themen vor. Als die Diskussion eröffnet wurde, waren die ägyptischen Forscher höchst überrascht über die Interessen der Teilnehmer aus der lokalen Gemeindeentwicklungsorganisation. „Wir wollen über Rechte sprechen, die für die Frauen, dort wo wir wohnen, relevant sind – z.B. über ihr Recht, während der Schwangerschaft keine schweren Lasten tragen zu müssen."

Ein ähnliches Problemverständnis zeigten Frauen aus der oberägyptischen Provinz, die an der Weltfrauenkonferenz in Peking teilgenommen hatten. Zurück aus Peking erschienen ihnen die Diskussionen und Seminare sowie die Debatten über Konferenzdokumente und Empfehlungen sehr weit weg. „Wir haben uns bereit erklärt, die Empfehlungen in die Tat umzusetzen, die für unsere Bevölkerung relevant sind" erklärten die Delegierten aus Oberägypten. In der Praxis bedeutet das für sie, daß die Familie im Zentrum der Frauenrechtspolitik stehen soll – nicht unbedingt die übliche Interpretation der UN-Konvention über die Beseitigung aller Formen der Diskriminierung gegen Frauen (CEDAW). Seine Distanz zu den Perspektiven, die in den wichtigen UN-Konventionen formuliert werden, brachte auch ein Universitätsprofessor kürzlich auf seine Weise zum Ausdruck: In einem Vortrag über Frauenrechte im Bereich Erziehung und Arbeitsleben begann er jeden Satz mit „man sagt", „die Weltmeinung sagt" oder „im CDEAW steht".

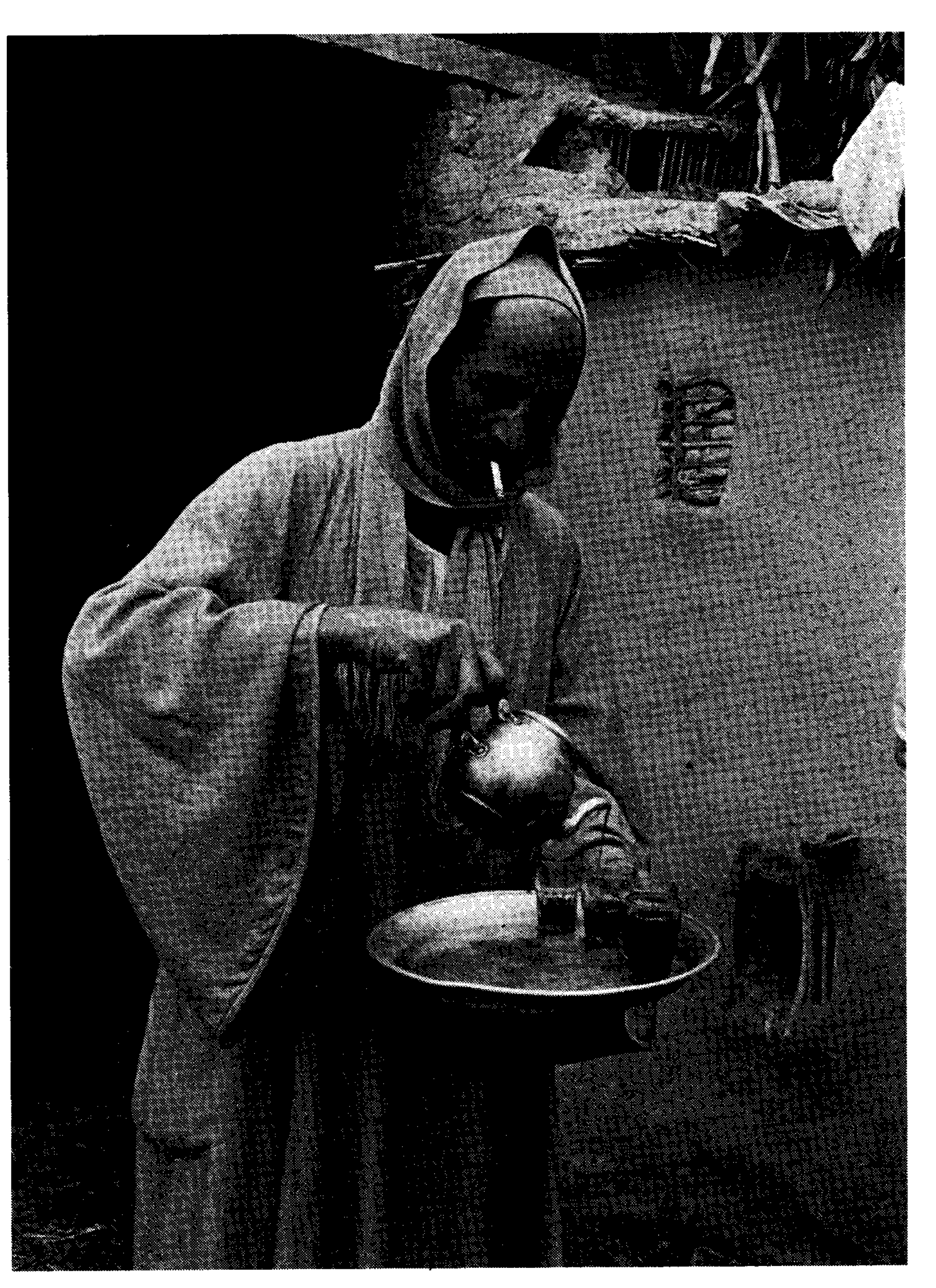
Die Erziehung ihrer Männer

Diese Problematik der Vermittlung von Positionen, die auf internationaler Ebene erarbeitet werden, spiegelte sich auch in der Diskussion zwischen einer marokkanischen Feministin und einer Aktivistin der Gemeindeentwicklung aus Oberägypten wider. Im Rahmen einer arabischen Regionalkonferenz über juristisches Grundwissen für Frauen erklärte die Aktivistin aus Oberägypten: „Zuerst muß man die Männer über die Rechte der Frauen aufklären, bevor die Frauen in der Lage sein werden, sie auch durchzusetzen". Damit löste sie Unruhe unter den westlich orientierten feministischen Rechtsanwältinnen im Publikum aus. Eine dieser Rechtsanwältinnen, die die Sitzung leitete, antwortete: „Vielleicht gibt es aber auch Leute, die sagen, daß die Frauen ihre Rechte ohne die Männer und vielleicht gegen die Männer erkämpfen müssen."

Die Perspektiven, die diese beiden Frauen zum Ausdruck brachten, stellten die Extreme einer sehr erhitzen Debatte dar. Welche der Botschaften sollten nun Geberorganisationen aus dem Norden zu unterstützen versuchen? Eine, die ihnen nicht wirklich in den Kram paßt, aber für große Teile der einheimischen Gesellschaft leichter zu verdauen ist – oder eine, die ihrem eigenen Diskurs und dem einer einheimischen Elite entspricht?

Krista Mansonis

Die Autorin ist Politologin und arbeitet für AMIDEAST, eine US-amerikanische Geberorganisation für den Mittleren Osten. Sie lebt in Kairo.



Des Portiers Pause ist des Projekts Pleite **Photo: GTZ/Uwe Rau**



Fünf-Sterne-Demokratie

Wie die „Zivilgesellschaft" Ägyptens Opposition ausschaltet

Zivilgesellschaft, was ist denn das?

Nicht Kommunikationsprobleme zwischen NGOs und Bevölkerung behindern die Förderung der Zivilgesellschaft. Eher diene das Gerede über die Zivilgesellschaft in Ägypten, so die Autoren aus Kairo, der Ablenkung von sozialen Widersprüchen, der Integration der intellektuellen Opposition und der Durchsetzung der Strukturanpassung. Deutlich werde dies am Beispiel des Diskurses über Menschenrechte.

'Zentrum für Demokratie' heißt das letzte von mehr als einem Dutzend Menschenrechtszentren, die seit Beginn der 90er Jahre in Kairo wie Pilze aus dem Boden schießen.[1] Man könnte annehmen, die wachsende Zahl der Organisationen sei ein Indiz für vermehrte Aktivitäten angesichts der sich rapide verschlechternden Menschenrechtssituation in Ägypten.[2] Tatsächlich beschäftigt sich aber nur ein kleiner Teil der Organisationen mit den konkreten Menschenrechtsverletzungen vor Ort. Die meisten flüchten sich vor der ägyptischen Wirklichkeit in eine künstliche „Zivilgesellschaft" der Fünf-Sterne-Hotels, der Jet-Set-Diplomatie und Hochglanzbroschüren.

Abgesehen von der 1985 gegründeten ägyptischen Menschenrechtsorganisation (EOHR)[3] steht die Gründung der Menschenrechtszentren, die alle ausschließlich durch ausländische Organisationen und Stiftungen finanziert werden, in unmittelbarem Zusammenhang mit zwei Entwicklungen: zum einen mit dem Einzug der Forderungen nach Menschenrechten und zivilgesellschaftlichen Strukturen in den Diskurs westlicher Entwicklungsorganisationen und der damit verbundenen Bereitstellung entsprechender Finanztöpfe, und zum anderen mit dem Versuch der regionalen Neuordnung des Nahen Ostens nach dem Golfkrieg.

In den Nahen Osten gelangte der Diskurs von der Zivilgesellschaft als Folge des Golfkrieges. Kaum irgendwo anders wurde die Kampfparole des damaligen US-Präsidenten Bush von der „Neuen Weltordnung" und der damit angeblich verbundenen Perspektive auf Frieden und Demokratisierung derartig überstrapaziert wie von den ägyptischen Intellektuellen. Dies geschah entweder als Rechtfertigung für die Beteiligung des herrschenden Regimes an der größten Militärintervention des Westens seit Vietnam oder als verzweifelter intellektueller Versuch, der Katastrophe im nachhinein doch noch irgendetwas abgewinnen zu können.

Vom Golfkrieg in die Strukturreform

Der Golfkrieg sollte die internationale Neuordnung der Region einleiten. Dazu gehörte nicht nur der israelisch-arabische Friedensprozeß, sondern auch die Durchsetzung der von IWF und Weltbank forcierten Strukturanpassung. Für Ägypten bedeutet letzteres die Freigabe des Wohnungsmarktes, die Kapitalisierung der Landwirtschaft und den kompletten Ausverkauf des staatlichen Wirtschaftssektors. Diese Maßnahmen waren zwar schon lange anvisiert worden, scheiterten jedoch immer wieder an bürokratischen Hemmnissen und nicht zuletzt an der Angst des Staates vor sozialen Unruhen größeren Ausmaßes.

Diesen vorzubeugen und westliches Politikverständnis in den intellektuellen Diskurs einfließen zu lassen dient der zivilgesellschaftliche Diskurs. Er fungiert als ideologisches Überbaupendant zur Strukturreform. Abgehoben von den realen Auseinandersetzungen in Ägypten schwächt er zunehmend das intellektuelle Widerstandspotential zugunsten einer ideologischen Rechtfertigung der Reformen.

Daß dies auch so intendiert ist, wird etwa in einem Schreiben von AMIDEAST, einer amerikanischen Organisation, die sich in den letzten Jahren in Ägypten verstärkt in der Menschenrechtsfrage engagiert, an ihre Finanziers von USAID deutlich. In diesem Schreiben begründet AMIDEAST die von ihr angebotenen Sprachkurse zum Thema 'Bürgerliches Recht' („Legal-Rights"-Englischkurse) unter anderem damit, daß die Reform (gemeint ist das Privatisierungsprogramm) sich auf bürgerliches Recht gründe und „die Vertrautheit mit den Traditionen des bürgerlichen Rechts ... das Verständis für die Reformen erleichtern" würde.

In den letzten Monaten mokierten sich einige ägyptische Zeitschriften über die Aktivitäten der „Butikat Huquqal-Insan", der „Menschenrechtsboutiquen". Das Wort „Butik" stammt aus den Zeiten der Öffnungspolitik Ägyptens in den 70er Jahren und galt einer auslandsorientierten bürgerlichen Elite, die Luxuswaren importierte und teuer weiterverkaufte oder ihre Beziehungen spielen

ließ, um gegen Kommission Geschäfte zwischen ausländischen Firmen und Staatsunternehmen zu vermitteln. Ähnliches Gebaren wird nun den „Betreibern" von Menschenrechts-NGOs vorgeworfen.

Heute kommt zu dem Kapital der Beziehungen das Kapital der Sprache. Der französische Soziologe Bourdieu bezeichnet „sprachliches Kapital" als „die Macht, die Preisbildungsgesetze auf dem sprachlichen Markt zum eigenen Profit ausschlagen zu lassen". Ein „sprachlicher Markt" sei immer dann vorhanden, „wenn jemand einen Diskurs in Hinblick auf Empfänger produziert, die imstande sind, ihn zu taxieren, ihn einzuschätzen und ihm einen Preis zu geben". Er sei „ein Typ von Preisbildungsgesetzen für sprachliche Hervorbringungen".[4]

Betrachten wir die Komponenten der Preisbildungsgesetze auf dem sprachlichen Markt für Menschenrechte: Der Vorsitzende der Arabischen Menschenrechtsorganisation, Mohammed Fariq schätzt, daß 1990 international insgesamt 800 Mio.$ Unterstützungsgelder an Menschenrechtsorganisationen flossen. 1995 seien es bereits 8 Mrd.$ gewesen. Wahrscheinlich wird die Summe noch ansteigen und damit auch die Anzahl der von ihr profitierenden Organisationen.

Die Nachfrager nach einem Menschenrechtsdiskurs im Süden sind vornehmlich nicht solche Organisationen aus dem Norden, die sich als soziale Bewegungen oder im Rahmen der Solibewegungen seit Jahren mit Menschenrechten in der Dritten Welt beschäftigen (und sich selbst aus Mitgliederbeiträgen und Spenden finanzieren), sondern vor allem staatliche und halbstaatliche Entwicklungsorganisationen und Stiftungen. Zu ihnen gehören etwa USAID und die Fordfoundation, die EG, die Botschaften z.B. Kanadas, der NL und der skandinavischen Länder sowie die bundesdeutschen Parteistiftungen – Institutionen also, die zum großen Teil die Strukturanpassungspolitik unterstützen.

Die Struktur der Nachfrage generiert immer ein entsprechendes Angebot. Es häufen sich Trainingskurse für Menschenrechts-"Facilitators" und NGO-Management, Hochglanzbroschüren über Menschenrechte und internationale Seminare über Themen wie „Der demokratische Wandel in der arabischen Welt", „Menschenrechte in Palästina" oder den Begriff von sozialen und wirtschaftlichen Rechten. Meist bleibt da die Kairoer NGO-Elite unter sich und gibt sich der Illusion demokratischer Spielregeln hin.

Auf der Strecke bleiben immer wieder die kleineren Menschenrechtsorganisationen, die vor Ort in den Armenvierteln mit den Opfern politischer und sozialer Gewalt arbeiten, wie z.B. „Nadim", das Therapien für Opfer von Gewalt, angefangen von sexuell mißhandelten Kindern bis hin zu Folteropfern, anbietet; oder das Kinderzentrum Al-Geel, das im Kairoer Arbeiterviertel Ein El-Sira die Rechte von Kinderarbeitern in den Lederfabriken zu verteidigen sucht. Als die Mitarbeiter von Al-Geel auf der Suche nach einem Geldgeber für die Finanzierung einer täglichen Mahlzeit für die betreuten Kinder waren, wurde ihnen von allen potentiellen Geldgebern geraten, doch lieber Forschungsanträge zu stellen. Für Lebensmittelhilfe gäbe es leider keine Etats.

Die Widerspenstigen zähmen sich selbst

Zu den Anbietern des nachgefragten zivilgesellschaftlichen Diskurses zählen zunehmend Kreise der potentiellen gesellschaftlichen Opposition des Landes. So entstammen die meisten Menschenrechtsaktivisten den Kreisen der mittleren und höheren Kader der einst radikalen Linken.

Nachdem die Linke in den letzten Jahren ihre Massenbasis fast völlig eingebüßt hat , begannen die Aktivisten nach individuellen Zukunftsperspektiven zu suchen. Während sich große Teile der traditionellen Linken – zu ihr gehören die linke 'Sammlungspartei' (Tagammu) und Teile der Führung der traditionellen, illegalen KP – mit dem Staat arrangierten und mit einer Rolle der staatlich kontrollierten Opposition abfanden, die ihnen den Aufstieg in die staatlichen Institutionen zu eröffnen verspricht, öffnete sich anderen mit dem plötzlich aufkommenden Markt für die „sprachlichen Hervorbringungen" auf dem Gebiet der Menschenrechte der Weg zum sozialen Aufstieg – und das unter Beibehaltung einer linken Worthülse als Selbstlegitimation.

Sieht man einmal von den vielen Gerüchten über unterschlagene Gelder ab, gibt es viele „offizielle" Mechanismen des Geschäfts. So hat sich der Direktor eines der „Forschungszentren" selbst ein Monatsgehalt von 5.000 EP zuerkannt. (Zum Vergleich: Ein staatlich angestellter Lehrer verdient zwischen 100 und 200 EP im Monat). Eine andere lukrative Quelle sind Übersetzungsleistungen und Feldforschungen, die von den Büros mit den internationalen Geldgebern zu „internationalen Preisen" abgerechnet werden. Die angeheuerten Übersetzer und Feldforscher werden dann jedoch auf Basis der lokal üblichen Preise abgespeist. Die Profitmarge liegt oft bei 300–400%.

Selbst die recht aktive EOHR hat sich schwerpunktmäßig mit der Verletzung von politischen Rechten (Folterungen politischer Gefangener, Meinungsfreiheit für die politische Opposition) beschäftigt und damit ein tendenziell elitäres, auf die Rechte der politisch aktiven Elite bezogenes Menschenrechtsverständnis gefördert. Dabei gäbe es genügend Fälle anderer Formen der Menschenrechtsverletzung: Da ist der Koch des ehemaligen Gesundheitsministers, der von der Polizei verhaftet und bis zu Lähmungserscheinungen gefoltert wurde, weil er sich weigerte, die Toilette zu putzen. Da sind die Frau aus Manschiet Nasr und ihre zwölfjährige Tochter, die verhaftet, sexuell gefoltert und bis zur Ohnmächtigkeit mit Elektroschocks behandelt wurden, weil man ihren Sohn verdächtigte, ein Auto gestohlen zu haben. Da ist der Patient, dem eine lebensrettende Krankenhausbehandlung verweigert wird, weil er sie nicht bezahlen kann, oder das Kind, dem die Aufnahme in die Schule verweigert wird, weil sich die Eltern kein „Geschenk" an die Schule leisten können.

Solche Fälle stehen in den meisten Menschenrechtszentren nicht auf der Tagesordnung. Aus dem elitären Menschenrechtsverständnis ergibt sich ein circulus vitiosus: Je weniger sich die Menschenrechtszentren solcher existentiellen Alltagsnöte der Bevölkerung annehmen, um so geringer wird auch die Unterstützung durch die Bevölkerung und um so größer die Notwendigkeit der Suche nach Finanziers im Ausland. Das wiederum führt, wie wir gesehen haben, dazu, daß sich die Themen und Aktivitäten noch weiter von der Lebensrealität der Menschen entfernen.

So ist es kaum verwunderlich, daß sich am Ende auf den Edelseminaren, den Diskussionsveranstaltungen und den Kursen der Menschenrechtszentren die Menschenrechtselite mit der staatstragenden intellektuellen Elite aus den halbamtlichen Forschungs- und Politikberatungsinstituten und den Ministerien zusammenfindet. Die „Zivile Gesellschaft" wird so zu einem Rollenspiel zwischen Staatsbefürwortern und Staatskritikern innerhalb der Elite, wobei letztlich beide kein Interesse an einem grundsätzlichen Strukturwechsel haben, weil dies ihre soziale Stellung in Frage stellen würde. Die Demokratie dieser Elite bleibt eine Demokratie des Diskurses, aber keine Demokratie der sozialen Praxis mit dem Ziel der Partizipation und Selbstorganisierung der Bevölkerung. Der ägyptische Soziologe Mohammed El-Sayed Said spricht folgerichtig von der „Demokratie der einen Million" (bei einer Bevölkerung von 60 Millionen).

Ringen um zweifelhaftes Gütesiegel

Diese Harmonie zwischen staatstragenden und oppositionellen Intellektuellen scheint jedoch im Widerspruch zu den harten Verbalattacken zwischen Staatsmacht und Menschenrechtselite im Verlauf des letzten Jahres zu stehen (s. auch vorstehender Beitrag). Sogenannte „Menschenrechtsbüros" würden die Ehre Ägyptens gegen Dollar verkaufen, lauteten die Vorwürfe seitens der Regierung, als sich der jährliche Menschenrechtsbericht des amerikanischen Außenministeriums Anfang 1995 erstmals in einem ausführlichen Kapitel dem Thema Ägypten widmete. Parallel dazu waren im Kongreß Stimmen laut geworden, die eine rigorose Kürzung der Entwicklungsgelder an Ägypten forderten, das nach Israel der größte Empfänger amerikanischer Auslandshilfe ist.

Das Kräftemessen zwischen dem ägyp-

tischen Staat und der Menschenrechtselite endete unentschieden. Kein Wunder – ist doch die Quelle des Diskurses und der Finanzen beider Konfliktparteien dieselbe: Auch die staatstragende Elite bedient sich zunehmend des zivilgesellschaftlichen Diskurses, um ihre starke Anlehnung an den Westen und die Strukturanpassungsreformen zu legitimieren, und die internationalen Finanziers Ägyptens haben vor allem angesichts der starken islamischen Opposition ein Interesse an der Stabilisierung des Regimes. Für die Finanziers bleibt aber auch die Menschenrechtskarte bzw. die Unterstützung der Menschenrechtsorganisationen ein Trumpf gegen die Regierung für den Fall, daß diese bei den inneren Strukturreformen oder der regionalen Neuordnung des Nahen Ostens einmal aus der Reihe tanzen sollte.

Da in diesem Kräftespiel jede Seite der anderen das Leben schwermachen kann – die Menschenrechtsorganisationen haben ihre internationalen Freunde, die sie mobilisieren können, und die Staatsmacht kann die bestehenden Gesetze buchstabengetreu auf die Menschenrechtszentren anwenden und diese mit der Begründung schließen, in Ägypten sei die Finanzierung politischer und sozialer Aktivitäten von NGOs aus dem Ausland gesetzlich verboten – versuchen beide Seiten, den Konflikt nicht eskalieren zu lassen. Der Staat toleriert die Arbeit der Organisationen, die sich ihrerseits mehrheitlich und unausgesprochen die Selbstbeschränkung auferlegen, es bei der verbalen Auseinandersetzung um die Menschenrechte zu belassen und diese nicht in eine soziale Bewegung mit entsprechenden Forderungen an die Herrschenden zu transformieren.

„Es ist kaum ein Zufall, daß die Beachtung von Menschenrechten in den arabischen Ländern zu einem der Gütesiegel derjenigen politischen Bewegungen geworden ist, die sich selbst auf die Rolle einer Opposition innerhalb des existierenden Systems beschränkt haben, während die aktiveren politischen Kräfte zum Einsatz von Gewalt tendieren," resümiert der ägyptische Soziologe Nader Fergany. Eine Tendenz, die sich seiner Meinung nach noch verstärken wird, da alle Kanäle wirksamer politischer Partizipation blockiert sind.



Photo: Cornelia Suhan

Handelsgut Menschenrechte?

Trotz der stellenweise vielleicht zynisch anmutenden Beschreibung der ägyptischen Menschenrechtsbewegung wollten wir nicht unterstellen, daß Menschenrechte per se zum Handelsgut auf den Märkten imperialistischer Ideologieproduktion geworden sind. Wir wollten lediglich die Gefahren aufzeigen, die Kommerzialisierung und Professionalisierung gepaart mit dem Interesse der internationalen Finanzorganisationen an Menschenrechtsfragen bergen – dasselbe mag für Frauenrechte, Ökologie etc. gelten.

Menschenrechtsarbeit ist notwendig. Die forcierte Durchführung von Strukturreformen wird die sozialen und ökologischen Krisen noch verschärfen. Soziale Auseinandersetzungen werden mehr Menschenrechtsverletzungen zur Folge haben. Eine an den Interessen der unmittelbar Betroffenen ausgerichtete Menschenrechtsbewegung scheint deshalb nötiger denn je. Dabei müssen die angeprangerten Rechtsverletzungen in ihren konkreten sozialen Kontext gestellt werden. Es macht wenig Sinn, auf akademischen Seminaren die Notwendigkeit der Ausdehnung des Menschenrechtsbegriffs auf soziale und wirtschaftliche Rechte zu fordern, wenn man sich gleichzeitig scheut, zu benennen, wo diese Rechte im eigenen Land verletzt werden.

Issam Fauzi/Ivesa Lübben

Issam Fauzi ist Soziologe, **Ivesa Lübben** Politologin und freie Journalistin. Beide leben in Kairo.

Anmerkungen:

1) Ihr Chef ist Nigad al-Burai, der derzeit noch Vorsitzender der ägyptischen Menschenrechtsorganisation (EOHR) ist. Auch die Gründer der anderen „Zentren für Menschenrechte" sind fast allesamt Aussteiger aus der EOHR.

2) Nach dem letzten Bericht der EOHR sitzen 16.000 des Islamismus Verdächtigter ohne Gerichtsverfahren in den Gefängnissen. Folter ist an der Tagesordnung, und Todesurteile werden mittlerweile von Militärgerichten im Schnellverfahren gefällt.

3) 1985 als Mitgliedsorganisation gegründet, finanziert sich die EOHR heute trotz anfänglicher Skepsis überwiegend und mit steigender Tendenz aus ausländischen Quellen. Kamen 1993 noch 84.000 Ägyptische Pfund (EP) aus Mitgliedsbeiträgen, so waren es 1994 nur noch 15.500 EP, während fast das 20fache aus dem Ausland kam. Entsprechend stiegen auch die Ausgaben für das internationale Networking, das immer mehr zum Selbstzweck zu werden scheint. So kostete allein die letzte Kanadareise ihres Vorsitzenden die Organisation 24.000 EP, während im gleichen Zeitraum die Zuschüsse der Zentrale an die Büros in den Provinzen nur ein Minimum betrugen.

4) Pierre Bourdieu, Der 5prachliche Markt in ders.: Soziologische Fragen, Frankfurt 1993, S. 117.

Die Entdeckung der Unterentwicklung

Ein „Interview" mit Vandana Shiva und Gustavo Esteva

Vandana Shiva und Gustavo Esteva sind zwei der prominentesten Kritiker der Theorie und Praxis von „Entwicklung". Vandana Shiva, Trägerin des Alternativen Nobelpreises 1993, war in verschiedenen Bürgerinitiativen gegen Umweltzerstörung aktiv und gilt als entschiedene Kritikerin der Biotechnologie. Der ehemalige „Entwicklungsexperte" Esteva kehrte nach jahrelanger Beratertätigkeit dem Entwicklungsgeschäft den Rücken. Er beschäftigt sich heute mit Nachbarschaftsorganisationen in Mexiko-Stadt und indianischen Gemeinschaften in Oaxaca/Südmexiko. Das folgende fiktive Gespräch ist eine Textcollage und beruht auf neueren Publikationen der beiden AutorInnen.
In der Redaktion gab es über die Ansichten von Shiva und Esteva intensive Diskussionen. Die einen sahen vor allem in Shivas Begriffen von 'Boden', 'organischen Gemeinschaften' und 'Identität' eine undialektische Verherrlichung von Mythos und Tradition. Andere meinten, daß eine fundamentale Infragestellung der Entwicklungsidee nicht unbedingt auf die positiven Seiten von Entwicklung, Zivilisation und Aufklärung hinweisen muß. Wir möchten hiermit zu einer Debatte über die Idee der Entwicklung und die Kritik des Fortschritts anregen.

Interviewer: Was bedeuten die Begriffe „Entwicklung" und „Unterentwicklung"?
Esteva: Die Unterentwicklung gibt es erst seit dem 20. Januar 1949. Am 20. Januar, dem Tag der Amtsübernahme von Präsident Truman, begann für die Welt eine neue Ära – das Zeitalter der Entwicklungspolitik. Mit der Rede, die später „Vierpunkteprogramm" genannt wurde, begann Truman die politische Kampagne für ein globales soziales Experiment. Über Nacht waren vier Fünftel der Weltbevölkerung „unterentwickelt". Das ist die Tragödie vom Verlust der Würde und Initiative – die Tragödie der absoluten Lähmung: Zu sagen, ich kann die Dinge nicht mehr machen, die ich will und an die ich glaube, weil ich unfähig und ungeeignet bin. Und weil ich unterentwickelt bin, muß ich warten, um bei den Experten anzufragen, beim Arzt, beim Bürokraten, beim Funktionär, beim Ingenieur, damit mir gesagt wird, was ich tun soll.
Shiva: „Entwicklung" bedeutete den ökologischen und kulturellen Bruch mit der Natur und innerhalb der Gesellschaft die Umwandlung von organischen Gemeinschaften zu Gruppen von entwurzelten und entfremdeten Individuen, die auf der Suche nach abstrakten Identitäten sind.
Sie sprechen in diesem Kontext von der Bedeutung des Bodens. In welchem Zusammenhang stehen Ihrer Meinung nach Boden und Entwicklung züeinander?
S: Wo immer Entwicklungsprojekte begonnen werden, reißen sie den Boden auf und durchtrennen die Bande zwischen den Menschen und dem Boden. Ein Wort erklingt immer wieder in den Liedern und Parolen der Inderinnen und Inder, die gegen „Entwicklung" kämpfen: „Mati" – Boden. Für diese Menschen ist der Boden nicht bloß eine Ressource, sondern die eigentliche Essenz ihres Seins. In Stammes- und Ackerbaugesellschaften leiten sich die kulturelle und religiöse Identität vom Boden ab, der nicht als bloßer „Produktionsfaktor", sondern als die eigentliche Seele der Gesellschaft betrachtet wird. Der Boden ist also Voraussetzung für die Regeneration des Lebens von Natur und Gesellschaft. Kolonialismus und Kapitalismus verwandelten Land und Boden von einer Lebensquelle und einem Gemeineigentum, von dem Menschen Nahrung beziehen können, in Privatbesitz, der zu kaufen, verkaufen und zu erobern ist. Die Entwicklung beendete die vom Kolonialismus begonnene Arbeit. Sie verwandelte den Menschen vom Gast zum Plünderer.
Wir nennen das Wirtschaft...
E: Sobald das begriffliche Konstrukt „Wirtschaft" in einer Gesellschaft Geltung erlangt, beginnt der Prozeß, der darauf gerichtet ist, alle anderen Formen des sozialen Austauschs der wirtschaftlichen Logik und Herrschaft zu unterwerfen. Die Realgeschichte der Entstehung moderner, ökonomiebestimmter Gesellschaften ist gekennzeichnet durch Gewalt und Zerstörung, und häufig gehörte auch der Völkermord dazu. Kein Wunder, daß sich überall Widerstand regte. Um das Wertesystem der Ökonomie durchzusetzen, müssen alle anderen Formen des sozialen Lebens verächtlich gemacht werden. Diese „Unwertbildung" verwandelt Fähigkeiten in Mängel, Gemeingut in Ressourcen, Männer und Frauen in die Ware Arbeitskraft; aus der Tradition wird eine Last, aus Weisheit Unwissenheit, aus Autonomie Abhängigkeit. Die Umwandlung unabhängiger Männer und Frauen in den HOMO OECONOMICUS war die Vorbedingung für das Entstehen der Wirtschaftsgesellschaft, und damit sich die Herrschaft der Ökonomie fortsetzen kann, muß diese Bedingung unablässig neu geschaffen, bestätigt und befestigt werden.
Entwicklung sollte für alle in der Dritten Welt Wohlergehen und Reichtum bringen. Für die meisten brachte sie stattdessen Armut und Umweltzerstörung. Was ging schief mit dem Entwicklungsparadigma?
S: Erstens konzentrierte es sich ausschließlich auf ein von westlichen, industrialisierten Wirtschaftssystemen abgeleitetes Fortschrittsmodell mit der Annahme, daß Fortschritt westlicher Art für alle möglich sei. Zweitens konzentrierte sich die Entwicklung ausschließlich auf Geldindikatoren wie das BSP. Was diese Indikatoren nicht zeigen konnten, war die Umweltzerstörung und die mit dem Entwicklungsprozeß verknüpfte Armutsbildung. Drittens können solche Indikatoren wie das BSP nur diejenigen Aktivitäten messen, die durch den Marktmechanismus zustande kommen, ungeachtet dessen, ob sie produktiv, unproduktiv oder destruktiv sind. Schließlich erkennt das konventionelle Entwicklungsparadigma Armut nur als Fehlen von westlichen Konsumgütern oder als Ausdruck des Mangels an Bargeldeinkommen. Es ist deshalb unfähig, auf Selbst-



Die gute, unentfremdete, unverdorbene Tradition **Photo: Herby Sachs/version**

versorgungsökonomien einzugehen oder die durch deren Zerstörung entstandene Armut einzubeziehen.

Die kulturelle Definition der Subsistenz als Armut legitimierte den Entwicklungsprozeß als ein Projekt zur „Beseitigung der Armut". „Entwicklung" als ein kulturell voreingenommener Prozeß zerstört gesunde und sich selbst erhaltende Lebensstile und schafft stattdessen wirklich materielle Armut oder Elend, indem sie durch die Umleitung von Ressourcen zur ressourcenintensiven Warenproduktion die Menschen der Mittel zum Überleben beraubt. Die Knappheit dieser Naturressourcen, die die Basis der Wirtschaft der Natur und im besonderen der Überlebenswirtschaft der Frauen bilden, führt zur Verarmung der Frauen und aller marginalisierten Menschen in noch nie dagewesenem Ausmaß.

Welche Annahme liegt der Allgemeingültigkeit der Ökonomie zugrunde? Welche wissenschaftliche Prämissen besitzt der „Entwicklungsgedanke"?

E: Die Behauptung, daß die Ökonomie universelle Geltung habe, basiert auf der Annahme, daß sich das „Problem des Wirtschaftens" (so nennen die Ökonomen ihre Definition der sozialen Realität) in jeder Gesellschaft stelle. Für die Begründer der Volkswirtschaftslehre war der Begriff der KNAPPHEIT der Grundpfeiler des Theoriegebäudes. Von dieser Idee hat sich das Fach nie mehr gelöst. Den Ökonomen gelang es, daraus eine allgemein verbreitete Volksmeinung zu machen, geradezu eine Binsenweisheit. Das „Gesetz der Knappheit" drückt die Unterstellung aus, daß der Mensch große, wenn nicht gar unendlich große Ansprüche hat, aber begrenzte Möglichkeiten der Verwirklichung – diese Mittel zum Zweck sind jedoch verbesserungsfähig, und zwar unter der Voraussetzung, daß ihre Verfügbarkeit, der Zugang zu Ressourcen, im Bereich menschlicher Entscheidung liegt. Damit ist das klassische „Ökonomieproblem" definiert. Seine Lösung besteht, je nach der ökonomischen Doktrin, im Markt oder im Plan. Vor allem in den Ländern der nördlichen Hemisphäre ist diese instrumentelle Auffassung des Begriffs Knappheit für jedermann so selbstverständlich geworden, daß man sie für allgemeingültig hält. Gerade diese Vorstellung muß aber in Frage gestellt werden.

Die Notwendigkeit von Entwicklungsmaßnahmen wurde gewöhnlich unter der Annahme von Knappheit und Insuffizienz postuliert. Der gerade aktuelle Zustand galt als unzureichend, weil entweder individuell oder kollektiv nicht die Quantität oder die Qualität von Waren und Dienstleistungen konsumiert wurde. Aber die Knappheit ist keineswegs ein ewiges Gesetz des menschlichen Zusammenlebens, sondern eine historische Zufälligkeit: Sie hat ihren Anfang, und sie kann ihr Ende finden. Letztlich ist die Ökonomie nichts weiter als ein Regelwerk, eine Erfindung der Volkswirtschaftler, die dazu dient, die modernen Gesellschaften zu regieren. Weder der Mensch noch die Gesellschaft sind ursprünglich „wirtschaftlich". Moderne Gesellschaften sind als ganze in den ökonomischen Mechanismus – den Markt oder den Plan – verstrickt, welcher umgekehrt als selbstregulierte, von der Gesellschaft abgehobenen Sphäre sozialer Realität erscheint. Aber dieser ökonomische Mechanismus, der das Leben der Menschen beherrscht, ist von außerökonomischen Realitäten nicht unabhängig. Der HOMO OECONOMICUS ist eigentlich eine unwirkliche Spezies. Der Versuch, ein ökonomischer Mensch zu sein, bedeutet immer eine radikale Reduktion des Menschen.

S: Die dominante Richtung der modernen Wissenschaft, das reduktionistische oder mechanistische Paradigma, ist eine spezifische Projektion des weißen Mannes, die im 15. und 16. Jahrhundert als vielgepriesene Wissenschaftliche Revolution entstand. Seit einiger Zeit aber haben Wissenschaftlerinnen der Dritten Welt und feministische Forscherinnen erkannt, daß sich dieses dominante System nicht als eine befreiende Kraft für die Menschheit an sich herausgestellt hat, sondern als ein westlicher, männerorientierter und patriarchalischer Entwurf, der die Unterwerfung von Natur und Frauen unbedingt erforderlich macht. Wesentlich für diese Beherrschung von Natur und Frauen ist eine willkürliche Schranke zwischen „Wissen" (des Spezialisten) und „Unwissen" (des Laien). Mit Hilfe dieser Schranke werden gewisse zentrale Fragen zum eigentlichen Wesen der Wissenschaft oder bestimmte Formen von Laien-Wissen kurzerhand aus der wissenschaftlichen Domäne ausgeschlossen. Der Aufstieg der mechanistischen Philoso-

phie mit der Wissenschaftlichen Revolution gründete auf der Zerstörung des Begriffs einer sich selbsterneuernden, sich selbstorganisierenden, alles ernährenden Natur. Für Bacon, der der Vater der modernen Wissenschaft genannt wird, war die Natur nicht mehr länger die Mutter Natur, sondern eine weibliche Natur, die durch einen aggressiven männlichen Geist erobert werden mußte.

Letztlich ist also „Entwicklung" ein Mythos, der vier Fünftel der Weltbevölkerung zu „Unterentwickelten" erklärt. Das Projekt, die Menschen zum HOMO OECONOMICUS zu entwickeln, zerstörte lebensfähige Gemeinschaften und Kulturen. Gibt es aber Räume jenseits von Ökonomie und Enwicklung?

E: Aus einer Reihe von detaillierten und gut recherchierten Studien wird deutlich, daß es Zivilisationen gibt, in denen das Leben nicht von „ökonomischen" Prinzipien bestimmt ist, die nicht einmal bereit sind, die „Idee der Knappheit" zu akzeptieren. Auf diese Tradition können sich die Menschen berufen, die heute an den Rändern der „Wirtschaftswelt" leben, die sogenannten „Marginalisierten". Ihr Widerstand besteht darin, sich kreativ auf die ursprünglichen Formen des sozialen Austauschs zu besinnen, um sich auf diese Weise den Zwängen der Ökonomie zu entziehen. In den Nachbarschaften, den Dörfern und den Barrios haben sie neue gemeinschaftliche Formen gefunden; sie leben dort nach ihrer eigenen Fasson. Was ich z.B. in Tepito (ein Barrio mitten im Zentrum von Mexiko-Stadt mit ungefähr 120.000 Menschen) kennengelernt habe, erfüllt mich mit großer Freude. Aber mir ist klar, daß ich auf diesem Weg ein idealisiertes Bild einer schrecklichen Realität zeichnen würde. Ich glaube, niemand würde es wagen, Tepito als Lebensmodell zu proklamieren, als etwas, das wiederholt werden sollte, als Ziel oder Ideal. Der Reiz des Barrios besteht nicht darin, ein Paradies, sondern eine Lebensmöglichkeit geschaffen zu haben, obwohl die Tepiteños harten Bedingungen ausgesetzt sind.

Warum sind Entwicklungsprogramme nach westlichem Vorbild auch in den Bereichen Bildung und Gesundheitswesen gescheitert?

E: Solange die Ausbildung den ökonomischen Maßgaben folgte und es nur auf Zeugnisse und Diplome ankam, gab es stets zuwenig Schulen und Lehrer. Sobald aber das Lernen wieder im traditionellen kulturellen Rahmen stattfindet, herrscht geradezu Überfluß an Möglichkeiten der Wissenserweiterung. Solange Gesundheit abhängig war von medizinischer Versorgung, gab es stets zuwenig Ärzte, Krankenhäuser, Versorgungseinrichtungen und Medikamente. Doch sobald man Gesundheit als die Fähigkeit begreift, den gegebenen Lebensbedingungen gewachsen zu sein, findet man zu den eigenen Heilmethoden zurück und kann sich auf die vielfältigen Formen traditioneller Krankenpflege und natürlicher Heilmethoden verlassen.

Wie müßte das Nord-Süd-Verhältnis in Zukunft geändert werden? Welche Rolle könnte dabei die Solidaritätsbewegung spielen?

S: Die letzten 500 Jahre der Geschichte haben gezeigt, daß jedesmal, wenn der Norden die Natur und die Menschen außerhalb des Nordens in eine koloniale Beziehung preßte, die Kolonialherren und ihre Gesellschaft aus ihrer beherrschenden Position heraus die Verantwortung für die Zukunft der Erde und für die Völker und ihre Kulturen übernommen hatten. Diese Überlegenheit entspricht der Vorstellung von der „Bürde des weißen Mannes". Aus der Idee der Bürde des weißen Mannes resultiert die Realität der Lasten, die der weiße Mann der Natur, den Frauen und anderen aufbürdet. Aus diesem Grund ist die Entkolonisierung des Südens eng mit einer Entkolonisierung des Nordens verknüpft. Gandhi sprach sich deutlich für die Individualität der Freiheit aus, nicht nur in dem Sinne, daß die Unterdrückten der Welt eins sind, sondern auch im erweiterten Sinne, daß auch der Unterdrücker in der Kultur der Unterdrückung gefangen ist. Die Entkolonisierung des Nordens wird notwendig, sollte die sogenannte Umwelt- und Entwicklungskrise im Süden überwunden werden.

Der ethische Aspekt der ökologischen Krise kann also auf die selbstauferlegte Bürde des weißen Mannes als einziger Spezies mit Rechten zurückgeführt werden. Doch genau diese Bürde des weißen Mannes wird wiederum als Mittel zur Lösung der Probleme der ökologischen Krise angesehen, verbunden mit der Idee, daß der ethische Diskurs des Nordens sich großzügig ausweitet, um anderen Völkern und anderen Spezies Rechte zuzugestehen. Diese um sich greifende eurozentristische Annahme, daß eine ethische Erweiterung der Rechte auf die Natur in all ihren Erscheinungsformen im Gange sei, verdeckt die Tatsache, daß die Rechte der Natur und das Recht auf Überleben der armen Menschen mehr als je zuvor mit Füßen getreten werden. Wahrscheinlich der wichtigste Schritt in der Bestrebung, die Erd-Gemeinschaft wierderaufzubauen, ist die Erkenntnis, daß die Demokratie jeglichen Lebens nicht mit der Idee einhergehen kann, daß dieser wunderschöne Planet die Bürde des weißen Mannes ist.

E: Wenn jeder finanzielle, technische oder Warentransfer von den Tätigkeiten der „Solidaritätsbewegung" ausgenommen wird, was bleibt ihr dann noch zu tun? Solidarität, schlicht und einfach Solidarität. Ich habe nichts gegen Hilfe, solange sie strikt auf persönlicher Ebene bleibt. Das sind menschliche Gefühle, Ausdruck einer konkreten Solidarität mit anderen. Aber da ist dieses andere, die Sache mit dem Proletariat und den Armen und Hungernden – rein abstrakte Kategorien, ja Anmaßungen – für mich ist das Narzißmus. Die Solidaritätsbewegung könnte in der Form von Räumen der Freiheit und der Geselligkeit bestehen, die sich auf natürliche Weise in die Gesellschaft ausdehnen, ohne dies wirklich anzustreben. Dieser dezentralisierte politische Stil muß mit einer effektiven Dezentralisierung der Wirtschaft Hand in Hand gehen. Dezentralisierung der Wirtschaft bedeutet nicht die Verlagerung des Zentrums an die Peripherie und damit die Intensivierung von Beherrschung und Kontrolle. Dezentralisierung steht hier für die radikale Entfernung der Wirtschaft aus dem Mittelpunkt persönlichen und gesellschaftlichen Lebens. Sie bedeutet in Theorie und Praxis eine Kampfansage an die Prämisse der Knappheit, indem andere Annahmen in die Vorstellungen und sozialen Konstruktionen von Realität eingefügt werden, und andere Lebensstile organisiert werden, die reale Knappheit wirkungsvoll verhindern und regulieren, indem sie am Rande persönlichen und kollektiven Lebens gehalten wird. Solch eine Rückbesinnung beinhaltet natürlich die Auflösung all jener Maßstäbe, die gegenwärtig die Aktivitäten der „Solidaritätsbewegung" oder die Entwicklungshilfeprojekte bestimmen. Keine Projekte oder Programme sind zu finanzieren, keine Ideologien zu fördern, keine Ziele zu erreichen, keine Kontrolle aufrechtzuerhalten, keine Verwaltung zum Laufen zu bringen.

Zusammengestellt von **Hassan Sadek** aus:

Gustavo Esteva, Fiesta – Jenseits von Entwicklung, Hilfe und Politik, Frankfurt a. M. 1992

Gustavo Esteva, Entwicklung, in: W. Sachs (Hrsg.), Wie im Westen so auf Erden, Reinbek 1993, S. 89–121

Vandana Shiva, verschiedene Aufsätze, in: Maria Mies/Vandana Shiva, Ökofeminismus. Beiträge zur Praxis und Theorie, Zürich 1995

Strittmatters Schuld

Ein Interview mit der Schriftstellerin Pham Thi Hoai

Die kurze Periode der „Erneuerung" in Vietnam Ende der achtziger Jahre schlug sich auch in einem literarischen Erwachen nieder. Eine herausragende Persönlichkeit dieser Zeit ist die 1960 geborene Pham Thi Hoai. Bereits mit ihren ersten Novellen „Fünf Tage" erregte sie die (staatlichen) Gemüter – weil sie angeblich die Würde der Frau beschmutzte. Zunächst zensiert, kam 1988 ihr erster Roman „Die Kristallbotin" auf den Ladentisch. Danach wurde ihr ein Publikationsverbot ausgesprochen, das sich über sechs Jahre erstreckte. Während dieser Zeit veröffentlichte ein Verlag in Kalifornien ihre Bücher. Erst ihr Erzählband „Sonntagsmenue" erschien wieder direkt in Vietnam. Pham Thi Hoai zählt mittlerweile zu den führenden Schriftstellerinnen in Vietnam. Für „Die Kristallbotin" wurde sie 1993 in Deutschland mit dem 'LiBeraturpreis' ausgezeichnet.

Mit Pham Thi Hoai sprach Mechtild Maurer.

Sie waren nicht immer Schriftstellerin ...

Eigentlich wollte ich nach dem Abitur den Beruf meiner Eltern ergreifen und Lehrerin werden – natürlich Lehrerin für Literatur. Aber nachdem ich die Aufnahmeprüfung zur Universität als eine der Besten gemacht hatte, wurde ich von der Regierung zum Auslandsstudium in die Brüderländer delegiert. Dort durfte nur das studiert werden, was in Vietnam gebraucht wurde wie Rechts- und Naturwissenschaften oder Ökonomie. Die Literaturwissenschaft zählte nicht dazu. Allerdings war in der früheren DDR das Studium der Archivwissenschaften möglich. Die DDR war bei uns sehr berühmt für ihre Archivierungs- und Ordnungskünste. Und das hat uns in Vietnam gefehlt. So wurde ich in die DDR geschickt und studierte von 1977 bis 1983 an der Humboldt Universität in Berlin Archivwissenschaften.

Und nach Ihrer Rückkehr nach Vietnam begannen Sie zu schreiben?

Zunächst arbeitete als Archivarin am Institut für Geschichtswissenschaften in Hanoi. Später wechselte ich zum Institut für Religionswissenschaften und forschte über den Konfuzianismus. Ans Schreiben war nicht zu denken, weil mein Vietnamesisch sehr schlecht war. Ich war ja als 16-jährige in die DDR gekommen und das Vietnamesisch eines 16-jährigen Kindes ist noch nicht entwickelt. Also mußte ich zunächst meine Muttersprache bereichern, indem ich übersetzte.

Sind Sie in Hanoi aufgewachsen?

Nein, denn meine Eltern sind „Neu"-Lehrer, d.h. Lehrer, die von den Revolutionsorganen ausgebildet und beauftragt wurden, die Kulturrevolution aufs Land zu bringen.

Mein Vater stammt aus einer Mandarinfamilie, und mein Großvater war Schulinspektor für eine gesamte Provinz. Er hatte sowohl eine chinesische als auch eine französische Ausbildung erfahren und ist mit beiden Systemen sehr stark verbunden. Meinen Vater dagegen verbindet nichts mehr mit dieser Tradition. Er denkt nur noch sozialistisch.

Inwieweit beeinflußte Sie das politische Engagement Ihrer Eltern?

Ich bin sozusagen in den Sozialismus hineingeboren. Ich war eine sehr gute Schülerin, eine sehr gute Studentin, außerdem diszipliniert – kurz, ein Liebling des neuen Systems, dem einige Privilegien zuteil wurden. Persönlich hatte ich wirklich gar nichts zu meckern. Denn ich bekam alles, was das System zu bieten hatte. Nach dem Studium wies man mir auch sofort Arbeit in einem zentralen Forschungsinstitut zu. Eigentlich hätte meine Karriere so weitergehen können.

Wie kam es dann zum Bruch?

Wahrscheinlich war es einfach der Drang zu schreiben. Aber man kann die Dinge nicht trennen. Hätten die Gesellschaftswissenschaftler in Vietnam mehr Chancen gehabt, tatsächlich wissenschaftlich zu arbeiten, wäre ich vielleicht doch Forscherin geworden – zumal ich als sehr vielversprechend galt. Im Grunde haben die Historiker bei uns gar nicht geforscht. Sie haben nur die gesamten Bestimmungen und Parteibeschlüsse wiedergekaut und illustriert. Das war ziemlich langweilig. Man hatte im Forschungsinstitut wenig zu tun. So blieb viel Zeit, und ich wandte mich dem Schreiben zu.

Dennoch arbeitete ich zehn Jahre lang am Institut für Gesellschaftswissenschaften in Hanoi und zahlte meine Schuld für die Ausbildung an den Staat zurück. Nach diesen zehn Jahren konnte der Staat nicht mehr sagen, ich sei umsonst in die DDR delegiert worden. So habe ich nun den Staat nicht auf dem Gewissen.

Daß ich dann vor vier Jahren überlegt habe, meinen Scheinjob aufzugeben und als freie Schriftstellerin zu arbeiten, hängt auch mit meiner Heirat mit meinem deutschen Mann zusammen.

Sie sind seit der Verleihung des LiBeraturpreises im Jahr 1993 wieder in Deutschland?

Lange habe ich mich geweigert, nach Deutschland zurückzukommen. Ich fragte mich, was eine vietnamesische Autorin in Deutschland zu suchen hat. In Vietnam werde ich vom Publikum geliebt und viel gelesen, bin der Literaturszene ein Begriff. Ich hatte einfach Angst davor, in Deutschland ein Nichts und eine Null zu sein. Andererseits konnte ich es nicht länger vertreten, daß mein Mann immer mir folgt. Das emp-

fand ich nicht als fair. So bin ich mit meiner Familie nach Deutschland gekommen. Nun haben wir eine bessere Form gefunden: Wir leben sowohl in Berlin als auch in Hanoi, immer abwechselnd. Die Verleihung des LiBeraturpreises fiel zufällig genau in die Zeit der Rückkehr.

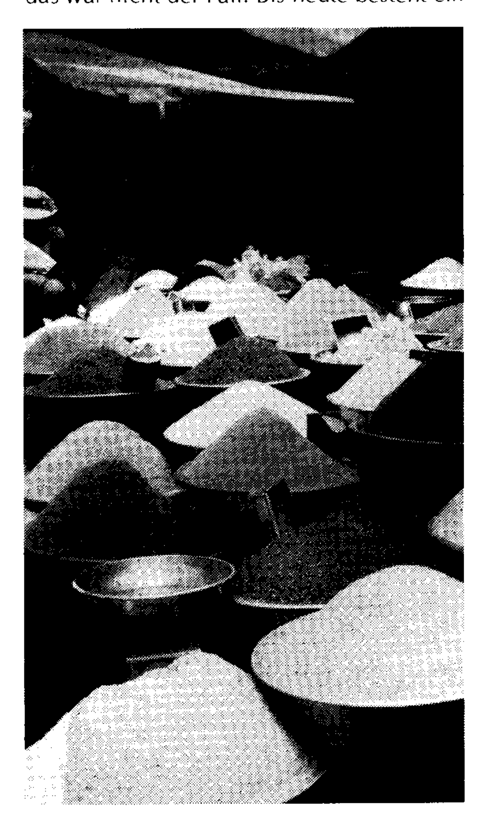
Und wo fühlen Sie sich nun zuhause?

Überall, das heißt in Berlin und in Hanoi. So könnte man sagen, ich hätte mehrere Heimatorte, aber genauso gut, daß ich heimatlos sei. Beides stimmt.

In Hanoi gefällt es mir natürlich besser. Da lebe ich intensiver. Da kann ich mich aufladen. Und in Berlin wird gearbeitet. Berlin verhilft mir auch zur Distanz gegenüber meinem Heimatland Vietnam. Es ist für mich wichtig, außerhalb des Landes zu sein. Ansonsten wäre die Gefahr sehr groß, darin zu versinken, sich einzuschließen und nichts anderes mehr wahrzunehmen. Nicht nur die Vietnamesen haben ihre Probleme, sondern die Menschen auf der ganzen Welt. Schreiben benötigt immer Distanz.

Sie haben einige sehr bekannte deutschsprachige Autoren wie Kafka, Grass und Dürrenmatt übersetzt. Warum haben Sie damit aufgehört?

Vielleicht wäre ich nur Übersetzerin und nicht Schriftstellerin geworden, wenn die deutsche Literatur beim vietnamesischen Publikum besser angekommen wäre. Doch das war nicht der Fall. Bis heute besteht ein



weitaus größeres Interesse an russischer, französischer und neuerdings auch amerikanischer Literatur. Aber deutsche Literatur wird nicht gerne gelesen.

Woran liegt das?

Es ist wohl durch andere Übersetzer versaut worden. Wenn die ersten Erfahrungen mit deutscher Literatur eine Übersetzung von Erwin Strittmatter's *Ole Bienkopp* ist, dann liest man kein zweites deutsches Buch mehr.

Sie bekamen auch staatlicherseits keine Auflagen, DDR-Literatur zu übersetzten?

Ich hätte schon DDR-Literatur übersetzt, wenn sie interessant genug gewesen wäre. Aber dies war sie nun mal nicht. Ich habe mir die Autoren selbst ausgesucht. Autoren, von denen ich selbst profitierte. Ich übersetze keinen Autor, von dem ich nichts lernen kann. Das ist nur verschenkte Zeit.

Was haben Sie von Kafka, Dürrenmatt oder Grass gelernt?

Von jedem etwas anderes. An Kafka beeindruckt mich besonders seine sehr exakte und lakonische Art. Seine Sprache empfinde ich als kühl. Er erlaubt einem nicht, bei irgendwelchen Nebensachen zu verweilen und Efffekten nachzuhängen, zu träumen oder leidenschaftlich zu werden. Kafka ist für mich sehr wesentlich und spannend.

In meinem Schreibstil bin ich sicherlich von den frühen Werken von Grass beeinflußt worden, z.B. von der *Blechtrommel*, die ich als sehr lyrisch empfinde. Ich bin in erster Linie Lyrikerin und fühle mich nicht so sehr als Prosaschriftstellerin. Ich glaube, daß ich im Erzählstil noch trainieren muß, wogegen ich in der Lyrik sehr sicher bin.

Wie begreifen Sie Ihr literarisches Schaffen? Wollen Sie aufklären, erziehen wie die klassische vietnamesische Literatur oder sollen sich die Leser einfach amüsieren?

Die vietnamesische Klassik lehne ich als zu erzieherisch ab. Aber amüsieren trifft die Sache auch nicht. Wollte man sich nur amüsieren, würde man sich nicht in meinen Text vertiefen. Wenn ich überhaupt einen Ehrgeiz habe, der über das Persönliche hinaus geht, dann den, daß ich die Lesegewohnheiten verändern möchte. Ich hoffe, es gelingt mir.

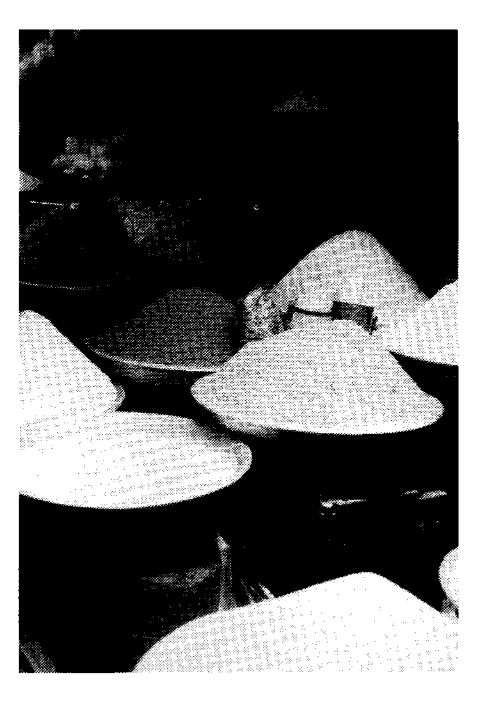
Leser in Vietnam und China haben keinen unbeschwerten Zugang zu Büchern, Literatur und Kunst ganz allgemein. Die Ursache dafür liegt nicht im Sozialismus, sondern geht auf eine jahrtausendelange konfuzianische Tradition zurück, die Literatur und Kunst immer nur instrumentalisierte. Sie dienten nur dazu, dem Menschen Gutes beizubringen, ihn zum Erhabenen, zum Schönen zu erziehen. Ein anderes Verständnis von Kunst hat sich bis heute nicht entwickelt. Erst durch die Berührung mit der französischen Kultur Anfang bzw. Ende des Jahrhunderts entstand eine ganz kleine Bewegung „L'art pour l'art". Wenn man dazu gehörte, wurde man sofort als Ästhetizist, dekadent und Parasit beschimpft.

Einen weitergehenden politischen Vermittlungsanspruch haben Sie nicht?

Nein, warum sollte ich auch?

Aber ihre Literatur transportiert eine Kritik am politischen System in Vietnam, ob Sie es wollen oder nicht.

Ich glaube, das hat nichts mit Wollen zu tun, sondern es passiert ganz automatisch. Wer



ein bißchen Talent hat – und ich glaube, ich habe ein bißchen Talent – muß auf jeden Fall mit der offiziellen Politik in Konflikt geraten.

Ich zähle für viele, besonders für die Exilvietnamesen zu den vier führenden oppositionellen Schriftstellern des Landes. Ich empfinde es peinlich, wenn Pham Thi Hoai als Dissidentin groß geschrieben wird.

Warum ist ihnen diese Zuordnung peinlich?

Sie ist so klischeehaft. Die ganze Welt hat schon sehr viel Erfahrung mit Opposition, mit Ismen, mit Systmem gemacht und dürfte nun in ausreichendem Maß wissen, was Dissident-Sein bedeutet.

Sie werden in einem Namenszug mit Duong Thu Huong[1] genannt.

Das ist mir auch ziemlich peinlich. Ich würde mich sehr glücklich fühlen, wenn man mich als gute Autorin schätzte. Ob ich feige, ob ich mutig, ob ich kritisch bin, ist eine ganz andere Sache.

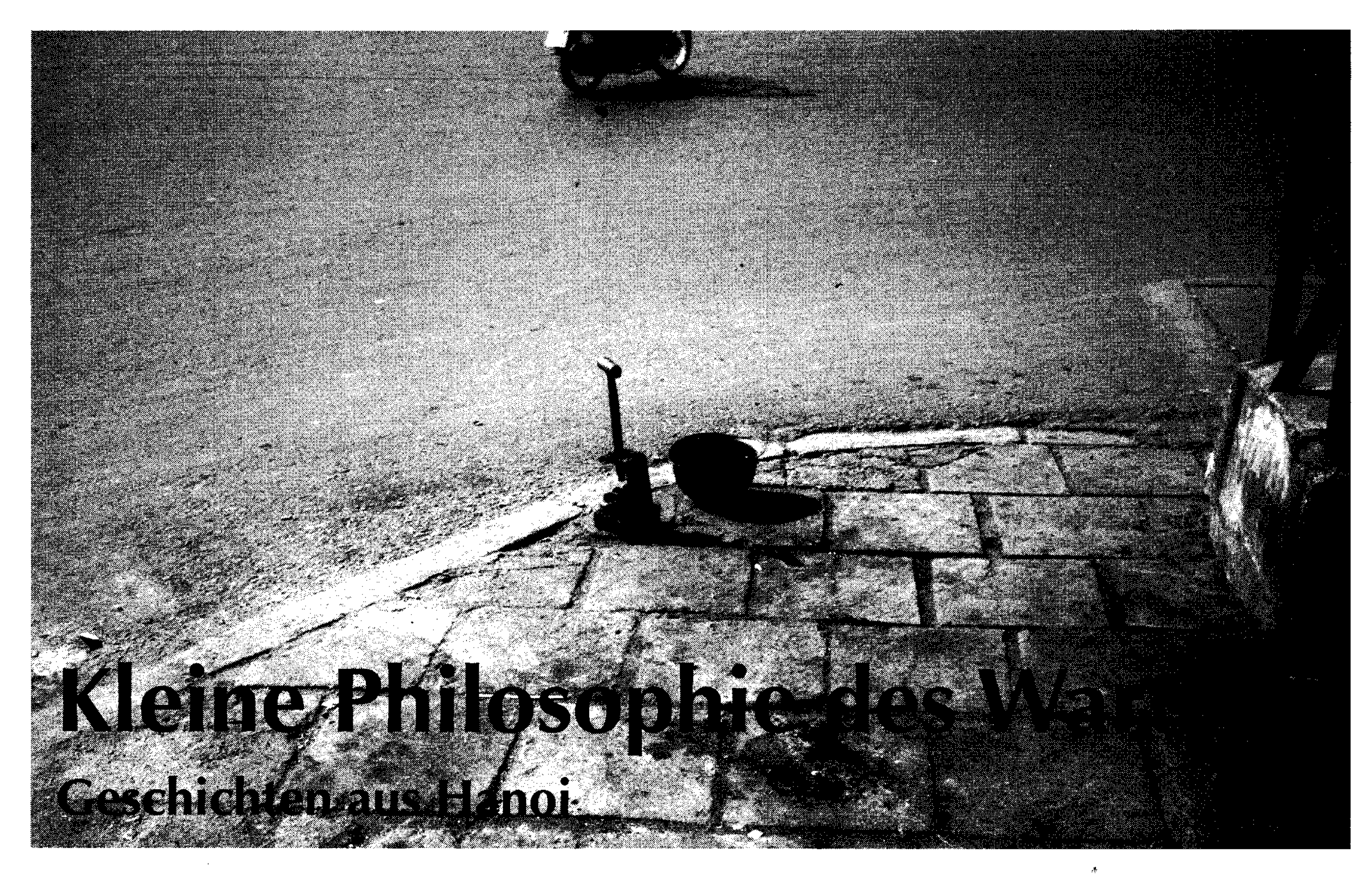
Es gibt auch keine Gemeinsamkeiten zu Duong Thu Huong's Erzählweise. Sie gehört zu den Vertreterinnnen des sozialistischen Realismus. Und damit habe ich nichts zu tun. Davon habe ich nichts abgekriegt.

Wo ordnen Sie sich selbst ein?

Es ist mir eigentlich egal, ob man mich als Autorin aus der „Dritten Welt" bezeichnet, als Vertreterin einer Weltliteratur oder einer Literatur vom Mars. Manchmal fühlt man sich durch das eine oder das andere etwas peinlicher oder glücklicher berührt. Doch es spielt keine Rolle. Ich bin eine Hanoier Schriftstellerin. Ich schreibe ja nur über Hanoi.

Anmerkung:

1) Die Schriftstellerin Duong Thu Huong, einst Kader der Befreiungsfront, dann eine der SprecherInnen der Forderung nach Demokratie und Öffnung, wurde 1990 aus der Partei ausgeschlossen. Später wurde sie inhaftiert, weil sie angeblich ein Manuskript aus dem Lande habe schmuggeln wollen. Nicht zuletzt auf internationalen Druck hin wurde sie im November 1991 „aus humanitären Gründen" freigelassen.



Kleine Philosophie des Wartens

Geschichten aus Hanoi

Ein köstliches Leseerlebnis verspricht die Kurzgeschichtensammlung „Sonntagsmenü" der Vietnamesin Pham Thi Hoai. Humorvoll-ironisch erzählt sie Geschichten aus dem Alltagsleben in Hanoi.

Ein Mann von gut vierzig Jahren sitzt acht Stunden in einem Hanoier Café und wartet. Es regnet die ganze Zeit, und er wartet auf eine junge Frau, der er ein Lied schenken will. Acht Stunden, eine lange *Sitzschicht*, die dem Mann viel Zeit zum Nachdenken läßt und zum Erzählen: von der Anbahnung seiner Verabredung bei der Geburtstagsfeier eines Künstlers, von den verschiedenen Frauen dort und der eigenen Frau, deren Gesichter ihm sämtlich *erloschen* sind, von dem Café, in dem er sitzt, und von den wenigen anderen Gästen, die sich beim Regen einfinden, und natürlich vom Warten. Denn der Mann wartet vergebens – und das nicht zum ersten Mal in seinem Leben.

Als Kind nach dem Tod der Mutter wartete er auf Buddha, weinend, schreiend, stöhnend. Als junger Mann wartete er auf einen Freund, der nur noch schnell etwas erledigen wollte, erst lächelnd, dann unruhig, besorgt, panisch und am Ende die Vergeblichkeit des Wartens akzeptierend. Nun beim dritten Mal wartet er in aller Gelassenheit, nimmt die Zeit als *ein Geschenk des Himmels*, denn ... *„warten zu dürfen ist vielleicht besser, als nichts zu haben, worauf man noch warten kann."*

„In einem Regen" ist eine von elf Erzählungen in Pham Thi Hoais Buch „Sonntagsmenü", und zwar eine von denen, die dem deutschen Leser leichter zugänglich sind. Der Mann könnte auch in einem Pariser, Berliner oder Moskauer Café sitzen. Seine desillusionierten Reflexionen über das Leben, seine kleine Philosophie des Wartens, könnten sich genausogut hiesigen Erfahrungen verdanken. Und auch die monologische Erzählweise und der knappe, lakonisch-leichte Ton klingen vertraut. Ähnlich ist es in „Fünf Tage", einer Geschichte, die wiederum aus der Perspektive des Mannes die letzten Tage einer Ehe Revue passieren läßt, oder in „Der Besuch", dem kafkaesken Bericht eines anonymen Erzählers über den alle fünfzig Jahre wiederkehrenden Besuch des Inspektors einer unbekannten Regierung in der weltabgeschiedenen Gemeinde Dinh.

Die Erzählungen zeigen deutlich, daß Pham Thi Hoai Kafka und Dürrenmatt nicht nur übersetzt, sondern auch deren Sprache und Erzählmodelle für das eigene Schreiben entdeckt hat. Es entstehen schnörkellose, geradlinig durcherzählte Geschichten, lange Monologe, manchmal mit direkter Ansprache des Lesers. Man erfährt gleichsam aus dem Munde des Erzählers in schlichter Sprache von besonderen Begebenheiten oder von einer eigenartigen Lebensgeschichte wie in „Ein Held".

Pham Thi Hoai knüpft zwar an die Erzählweise der beiden Klassiker an, liefert aber beileibe keine Kopie. Sie verbindet die 'fremde' Form und die Wirklichkeit Vietnams, und sie unterlegt ihr zudem einen leichten, oft spielerisch-ironischen Grundton, der eher von Autoren aus der Schweiz als von deutschen angeschlagen wird. Dadurch gewinnt ihr Erzählen einen eigenen Charakter, der sich in den anderen Geschichten des Bandes noch sehr viel deutlicher zeigt.

Bilder aus der „Müllhalde der Welt"

Zwar kommen in den bisher genannten Erzählungen die vietnamesische Gegenwart, die jüngere Geschichte und die historische Tradition des Landes zur Sprache. Der Wartende etwa redet von den vietnamesischen Frauen und Hanoier Cafés, der „Held" stellt Bezüge zur Teilungs- und Kriegsgeschichte her. Vor allem aber charakterisieren die männlichen Erzähler sich selbst.

Das ist in den ersten fünf Geschichten des Bandes anders. Hier sind die Ich-Erzähler heranwachsende Mädchen oder junge Frauen, und sie erzählen mehr und in größerer Distanz zu sich selbst vom heutigen Vietnam. Sie lassen eine dem deutschen Leser ferne und in vielem auch irritierende Bild- und Lebenswelt entstehen, das Panorama einer Gesellschaft in der Zerreißprobe zwischen feudaler Tradition, sozialistischen Strukturen und Kaugummiblasen, die – wie es Pham selbst einmal drastisch formulierte – „heute dazu tendiert, der Welt als riesige Müllhalde zu dienen, alles Weggeworfene aufnehmend, alles von der sogenannten zivilisierten Welt Ausrangierte: Mopeds, Kühlschränke, Kleidung, Moden, Lebensweisen, geistige Strömungen, den Totalitarismus ...."

Diese Erzählungen sind vom Plot her eher kleine Geschichten. In „Sonntagsmenü" etwa bringt ein Mädchen regelmäßig das Essen aus der von ihrer Mutter betriebenen Garküche zur Großmutter, die einstmals Köchin in einem Mandarinhaushalt war, und trägt ihr dann Menuevorschläge vor, die sie sich in Kochbüchern anliest. In „Allumfassende Liebe" erzählt die Tochter einer Prostituierten von ihrem Leben *„in dem Zimmer wie ein Bahnhof, der riskant im fünften Stock hängt"*, und wo die Männer alle Reisende sind, die das Mädchen durchnumeriert. Wovon diese Geschichten leben, ist aber weniger der Plot. Es sind vielmehr die schnell wechselnden Bildsequenzen und die vielen Sprünge im modernen vietnamesischen Alltag, die dabei erkennbar werden und die genauso die Menschen durchziehen. *„In unserem Hängebahnhofzimmer ist alles auf dem Sprung, nichts harrt ruhig aus, alles flattert, voran der Wandschirm aus einheimischem geblümtem Batist, der Mutters Empfangsecke von meiner Leseecke trennt, alles existiert im Ungewissen, wo es morgen angetrieben wird, alles, außer den abgerissenen Fahrscheinen der männlichen Reisenden."*

Ein disparates Leben im Umbruch zeigen diese Erzählungen, zusammengehalten allein durch die Perspektive der jungen Ich-Erzählerinnen, die wach, neugierig und bisweilen auch naiv das Durcheinander sehen und es überaus plastisch vor Augen stellen. Diese 'mädchenhafte' Perspektive ist es auch, die dem Dargestellten, obwohl oft nicht wenig beklemmend, eine durchweg humorvolle Grundstimmung verleiht – eine Stimmung, die im übrigen in der deutschen Übersetzung von Dietmar Erdmann sehr schön eingefangen ist. *„Sonntags besuche ich Oma in ihrer Dachkammer ohne Fenster, es gibt nur ein Luftloch, einen fehlenden Ziegelstein über Opas Altar, damit Opa ein bißchen Frischluft bekommt. Draußen ziehen Wolken vorbei wie im TV. Oma liegt auf zwei Brettern mit Buddhas Büchern und winzigen Truhen als Stützen zwischen Flaschen, Vasen, Latschen, Kalktöpfchen, Notizbüchern, verschrumpelten Apfelsinen, einem Porzellannachttopf und einem Plastiknachttopf. Oma liegt breit auf ihrer ganzen Habe und schaut den vorbeiziehenden Wolken zu."* („Sonntagsmenü")

Wider die literarischen Denkschablonen

Abgesehen von den beiden letzten Geschichten des Buches, die gezielt das hehre Selbstbild Intellektueller aufs Korn nehmen, entwirft Pham allgemeine Blicke auf das facettenreiche und widersprüchliche heutige Vietnam, ohne daß ihre Erzählungen in einem „landeskundlichen" Aspekt aufgingen. Das gelingt ihr zum einen durch die geschickte Wahl der unterschiedlichen Erzählperspektiven. Zum anderen ist es auf die eigenständige literarische und sprachliche Qualität ihrer Arbeiten zurückzuführen, und diese wiederum verdankt sich zu einem Gutteil der bewußten Verarbeitung der heimischen Erfahrungswelt mit ästhetischen und stilistischen Mitteln der europäischen Literaturtradition. Diese Einschätzung ist kein Produkt eurozentrischer Literaturborniertheit. Denn der Rückgriff auf an sich fremde literarische Darstellungsmittel schafft eine wohltuende Distanz zur dargestellten Wirklichkeit, und er hilft der Autorin auch einer doppelten Falle zu entgehen, in die mancher Autor der sogenannten Dritte-Welt-Literatur unbedacht tappt.

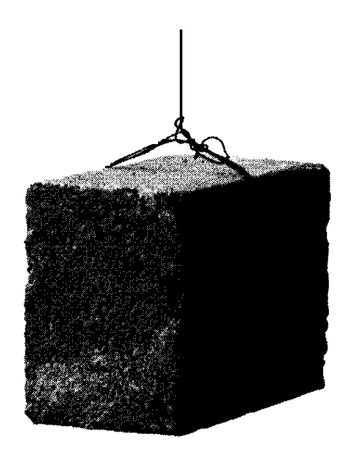
Die eine Falle stellt die heimische Literaturtradition. Pham Thi Hoai schreibt in einem Land, in dem Literatur entweder konfuzianisch auf Erziehung zu festen sittlichen Idealen oder im Sinne eines (falsch verstandenen) Sozialismus auf die Darstellung und Herstellung positiver Realitätshelden verpflichtet war. Hier wie dort wurde Literatur zum ideologischen Instrument degradiert. Und diese Indienstnahme zu außerliterarischen Zwecken betrieben in Vietnam auch die jeweiligen Oppositionellen. „Realismus in der vietnamesischen Literatur besteht", wie Pham es selbst pointierte, „in der gesammelten Anstrengung, die Realität in eine Formel zu pressen, im Geiste des Primats der Formel, das heißt, paßt die Realität nicht hinein, wird sie fortgejagt, drängt die Zeit, reicht auch die leere Formel"(Literatur Nachrichten Nr. 38/1993). Aus dieser Situation zeigen Phams Texte einen Ausweg. Die ästhetischen und sprachlichen Mittel, die sie aus der Auseinandersetzung mit der europäischen Literatur gewinnt, erlauben ihr, von den Brüchen in der vietnamesischen Realität zu erzählen, ohne gleich über den 'rechten Weg' Bescheid zu geben.

Auf diesem Weg entgeht Pham auch der zweiten Falle des Exotismus, die das deutsche Lesepublikum so gern und mit viel Fleiß im Verein mit manchen Dritte-Welt-Buch-Autoren auslegt. Da wird nicht romantisch-schwärmerisch eine ferne Welt beschworen. Da wird nicht Ethnographie im pseudoliterarischen Gewande getrieben. Da wird nicht der Einbruch fremder Mächte in relativ heile, zumindest aber irgendwie identische Strukturen angeklagt. Pham Thi Hoais Erzählungen sind vielmehr ein neuerliches Beispiel dafür, wie fruchtbar die Aneignung von Traditionen alter Literatursprachen für Schriftsteller aus Ländern mit langer rein oraler Tradition sein kann, und wie fruchtbar das eben auch für unser Bild von der Realität dieser Länder ist.

Wolfgang Sandfuchs

Pham Thi Hoai, Sonntagsmenü. Aus dem Vietnamesischen von Dieter Erdmann, Unionsverlag Taschenbuch 62, Zürich 1995, 208 Seiten, 16,80 DM.

Wolfgang Sandfuchs leitet das Literaturbüro Freiburg/Südbaden.



Der Mensch, der Müll und die Stadt

Vor der zweiten UN-Siedlungskonferenz in Istanbul

Anfang Juni findet in Istanbul die zweite Weltsiedlungskonferenz der Vereinten Nationen statt. Die großen urbanen Zentren werden im Mittelpunkt der Diskussionen stehen – führen doch die zunehmende Verstädterung und die Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu Armutsballungen und ökologischen Krisen in den Städten.

Vor 20 Jahren hatten die Abschlußdokumente der ersten Weltsiedlungskonferenz in Vancouver bereits zahlreiche Empfehlungen an die Staaten zur Durchsetzung einer sozial gerechteren Wohnungs- und Siedlungsentwicklung enthalten. Nur wenig jedoch konnte erreicht werden. Nach Lateinamerika vollzieht sich heute auch in Asien und noch schneller in Afrika ein rascher Urbanisierungsprozeß. Lebten 1970 in Afrika 83 Millionen Menschen in Städten, waren es 1990 206 Millionen. Im Jahr 2005 sollen es bereits 400 Millionen sein. Dann werden mehr als 50% der Weltbevölkerung in Städten leben.

Bestimmten in den 70er Jahren noch Migrationsströme vom Land den Zuwachs der Stadtbevölkerung, wachsen die Städte trotz fortgesetzter Zuwanderung vom Land inzwischen überwiegend aus sich heraus. Dabei haben sich die Lebensbedingungen in den Städten für die Masse der Armen weiter verschlechtert. Der Beda-f an Wohnraum, sauberem Trinkwasser und Energie kann für immer weniger StädterInnen gedeckt werden. Heute leben ca. 1,2 Milliarden Menschen in unzureichenden, unsicheren oder gesundheitsgefährdenden Wohnverhältnissen. Von ihnen sind ca. 100 Millionen obdachlos. Die Zeit der großen Wohnungsbau- und Infrastrukturprogramme ist vorbei. In der Mehrheit der Dritte-Welt-Städte leben mindestens 50% der Bevölkerung in Armensiedlungen, einfachen Hütten am Rand der Stadt oder heruntergekommenen Altstadtvierteln.

Die soziale Polarisierung in den Städten nimmt derweil immer drastischere Formen an. Reiche ziehen sich in bewachte Wohngebiete zurück, genießen ihren Wohlstand hinter hohen Zäunen und Beobachtungskameras. In den Vierteln der Armen bricht die Infrastruktur teilweise völlig zusammen, wachsen Gewalt und Kriminalität. Die Kosten für die Versorgung mit dem Lebensnotwendigsten und der Ressourcenverbrauch sind je nach Zugehörigkeit zur sozialen Klasse immer ungleicher verteilt. BewohnerInnen von Armenvierteln, die oft von privaten Wasserzulieferern abhängig sind, zahlen unvergleichlich viel mehr für ihr Trinkwasser als reiche SuburbbewohnerInnen, die ihre Swimmingpools füllen. Während die Gesundheit der SlumbewohnerInnen durch enge und unsichere Wohnverhältnisse gefährdet ist, dehnen sich die Grundstücksflächen, die Wohlhabende an den gesünderen Hochlagen über dem städtischen Smog belegen, immer weiter aus.

Aus ökologischer Sicht wird die extreme Konzentration des Ressourcenverbrauchs aufgrund der Verstädterung in Megastädten immer problematischer. Die Städte des 20. Jahrhunderts leben in zunehmendem Maße nicht nur auf Kosten ihres unmittelbaren Umlandes, sondern verursachen Umweltzerstörung in immer entlegeneren Gebieten der Erde. Der Flächenfraß ins Umland durch wilde Siedlungen und überproportional expandierende Gewerbeflächen setzt sich immer weiter fort, die Entfernungen zwischen Arbeit und Wohnort nehmen zu und lassen damit das Verkehrsaufkommen ansteigen.

Weltweit Obdachlose vor der Haustür

Die soziale Ungleichheit ist auch in Deutschland gewachsen und tritt immer stärker stadträumlich in Erscheinung. Gehobene Einkommensschichten entdecken die alten, gewachsenen und zentral gelegenen Stadtviertel, die in den letzten 15 bis 20 Jahren schrittweise modernisiert worden sind, wieder und verdrängen die alteingesessenen BewohnerInnen. Viele haben auf dem überteuerten Wohnungsmarkt keine Chance mehr. Obdachlosigkeit ist in Deutschland längst kein Randgruppenphänomen mehr, sondern für 900.000 Menschen soziale Wirklichkeit.

Die Expansion städtischer Flächen und die Zunahme des Autoverkehrs sind in Deutschland zum zentralen umweltpolitischen Problem geworden. Dringend erforderliche Weichenstellungen für eine andere räumliche Entwicklung sind nicht in Sicht. Weiterhin externalisiert auch Deutschland die ökologischen Kosten seines Entwicklungsmodells, während es auf internationaler Bühne seit der Rio-Konferenz insbesondere in Person von Minister Töpfer den ökologischen Musterknaben spielt.

Verstädterung, Verarmung und ökologische Krise sind Konsequenzen des kapitalistischen Entwicklungsmodells. Daß in den großen Städten weltweit die soziale Polarisierung zunimmt, daß sich „Inseln der Wohlhabenden" ausbilden, während zugleich Armenviertel expandieren, ist nicht zuletzt Folge der Veränderung der Produktionsweise

und der internationalen Arbeitsteilung. In den Ländern des Nordens vollzieht sich ein Wandel zu einem postfordistischen Akkumulationsmodell mit gravierenden Folgen insbesondere für Regionen mit traditioneller Industrieproduktion, wie z.B. der Stahl- und Kohleproduktion.

Städte lassen sich heute in einem weltweiten hierarchischen Netz verorten. An dessen Spitze stehen die sogenannten 'global cities', die wichtigsten Finanz- und Dienstleistungsplätze in den Ländern des Nordens (New York, London, Tokio). Danach folgen Städte, die weniger Kommando- und Kontrollfunktionen bündeln, aber ihre Position in der internationalen Konkurrenz als Industrie- oder Bankenstandorte sichern.

Unter dem Einfluß des Weltmarktes ist kommunale Politik wie nie zuvor der kapitalistischen Verwertungslogik unterworfen. Die globalisierten ökonomischen Rahmenbedingungen zwingen die Städte in einen gnadenlosen internationalen Konkurrenzkampf, in dem sie sich als möglichst attraktive Standorte anzubieten versuchen. Den Einsatz ihrer knapper gewordenen Mittel konzentrieren sie auf den Aufbau einer den Konzerninteressen entsprechenden Infrastruktur, während ihnen für die Bedürfnisse der Stadtbevölkerung etwa im Bereich der Wohnungsversorgung das Geld fehlt. Die etablierte Stadtpolitik versucht, die Nische in der globalen Ökonomie für ihre Stadt zu definieren. Ihre Antwort auf die ökonomische Umbruchsituation stellt sich im wesentlichen in der Ansiedlung von Dienstleistungs- oder High-Tech-Unternehmen dar, die zumindest einen kleinen Teil der im fordistischen Sektor verlorengegangenen Arbeitsplätze zurückzubringen versprechen. Für die Außenwerbung wird versucht, der Stadt ein Metropolenimage zu verschaffen, mit dem zugleich die Stadtbevölkerung eingebunden und von den langfristigen Vorteilen des Umstrukturierungsprozesses überzeugt werden soll. Besonders beliebt sind auch bei deutschen KommunalpolitikerInnen internationale Großveranstaltungen (Olympia, Expo), um für die Stadt als Standort werben zu können und zugleich finanzielle Subventionen anzuziehen.

Spiel ohne Grenzen

Die meisten Dritte-Welt-Staaten haben Jahre neoliberal geprägter Anpassungspolitik hinter sich (Marktöffnung, Deregulierung und Sozialabbau), in deren Folge sich auch ihre Städte in der „freien" Weltmarktkonkurrenz wiederfinden. Sie suchen vielfach ihre Entwicklungschance in der Ansiedlung ausgelagerter Industrieproduktion und werden so zu Zentren einer „neo- fordistischen Peripherie". Dazu bringen sie als Standortfaktoren niedrige Lohnkosten und meist eine schwach entwickelte oder zumindest lax gehandhabte Umweltschutzgesetzgebung ein. Es ist offensichtlich, daß es bei diesem ungleichen Wettbewerb zwischen Städten und Regionen mehr Verlierer als Sieger geben wird. Die beschleunigte Verstädterung und eine wachsende Anzahl von Megastädten in der Dritten Welt sind eine Realität, die von der offiziellen Entwicklungspolitik mittlerweile offenbar als unveränderlich hingenommen wird. Versuche, durch ländliche Entwicklungsprogramme Überlebenschancen für die Armen auf dem Land zu eröffnen, sind weitgehend gescheitert und kommen inzwischen ohnehin zu spät. Die Armen, die vorgeblich in erster Linie von Entwicklungsprogrammen erreicht werden sollen, sind heute mehrheitlich in den Städten zu finden.

Stadtpolitik der Staaten

Mit Habitat II richten die UN-Repräsentanten ihr Augenmerk vor allem auf die Entwicklung der großen Städte. Habitat II hat sich zum Ziel gesetzt, auf „die positive Rolle der Städte als Zentren von Beschäftigung, Investition und Handel, Produktion und Konsumtion, Kultur und Lernen, Märkten, Bürgersinn und sozialer Harmonie für die zukünftige Entwicklung hinzuweisen" (UNCHS, United Nations Center on Human Settlements). Durch neue und effektivere Investitionen in Wohnungsbau und Stadtentwicklung soll die Verbesserung des Lebensumfelds der Menschen erreicht werden. Zur Umsetzung dieser Vorgaben sollen nationale Aktionspläne erstellt und durch einen 'Globalen Aktionsplan' unterstützt werden.

Die zentralen Themen von Habitat II werden sein: „angemessener Wohnraum für alle" und „nachhaltige menschliche Siedlungen in einer sich verstädternden Welt". Damit ist der allgemeine Anspruch formuliert, die sozial- und umweltpolitisch entscheidenden Fragestellungen miteinander zu verknüpfen. Die Frage ist allerdings, ob es bei der Formulierung dieses Anspruchs und anderer Absichtserklärungen bleibt.

Der Text der von den RegierungsvertreterInnen zu verabschiedenden Agenda mit dem 'Globalen Aktionsplan' ist bereits weitgehend fertiggestellt. Wie bei großen internationalen Konferenzen üblich wurde seine Basis in mehreren Vorbereitungstreffen (PrepComs) erarbeitet. Dies hat meist wenig mit sachbezogener Argumentation oder demokratischen Verfahren zu tun, um so mehr aber mit der Bildung von Interessenblöcken. Als entscheidender Streitpunkt stellte sich bisher das „Recht auf Wohnen" heraus. Vor allem die USA widersetzten sich der Forderung nach Aufnahme eines entsprechenden Passus, während sich vor allem die Länder des Südens darauf kaprizierten. Innerhalb der EU hat man sich dazu durchgerungen, das „Recht auf Wohnen" zu akzeptieren, wohlwissend, daß es sich dabei schließlich nicht um ein einklagbares Recht handelt.

Das Thema nachhaltige Stadtentwicklung kam erst durch die Politiker des Nordens ins Gespräch. Der erste Entwurf des 'Globalen Aktionsplans', der von einer UN-Unterorganisation in Nairobi vor allem mit VertreterInnen des Südens erarbeitet worden war, enthielt kaum Aussagen zur ökologischen Problematik. Vor allem die OECD-Staaten, allen voran die deutschen Regierungsvertreter, forcierten nun das Nachhaltigkeitsthema. Der Norden müsse sich ändern und könne auch mit seiner städtischen Entwicklung nicht fortfahren wie bisher, verkündet Bauminister Töpfer. Dem Süden wird im Gegenzug vor allem vorgeworfen, die katastrophale Situation der Verstädterung durch unkontrolliertes Bevölkerungswachstum hervorgerufen zu haben. Diese Strategie zielt darauf, den sozialen Forderungskatalog der Staaten des Südens besser abwehren zu können.

Auch im Rahmen der Habitat-Diskussionen taucht also die selbstkritisch-heuchlerische Erkenntnis von der „Verantwortung des Nordens" als Allgemeinplatz regelmäßig auf. Umgekehrt beschränkt sich die Position der meisten staatlichen SüdvertreterInnen auf die Einforderung des Rechts auf Entwicklung.

Ungünstige Voraussetzungen für Istanbul.

Sehr umstritten war auf der letzten PrepCom in New York Anfang Februar auch noch die Zulassung von NGO-VertreterInnen zu den Verhandlungen. China, Iran und Algerien wehrten sich gegen eine solche Aufwertung nicht-staatlicher Organisationen. NGO- VertreterInnen werden aber, sofern sie nicht ohnehin Mitglieder von Regierungsdelegationen sind, an den offiziellen Verhandlungen teilnehmen können. Ebenso wie die zum ersten Mal bei den Verhandlungen zuge-

lassenen VertreterInnen von Kommunen dürfen sie allerdings nicht mit abstimmen.

Die NGOs werden aber in Istanbul ein Forum organisieren und ihre Positionen auf eigenen Veranstaltungen der Öffentlichkeit darstellen. Im Vorbereitungsprozeß dazu waren bisher vor allem Organisationen aus dem Süden und einige sozialpolitisch engagierte NGOs aus Kanada und den USA vertreten. Osteuropäische und deutsche NGO-VertreterInnen ließen sich bisher nur sehr vereinzelt blicken.

Die Regierungen waren angehalten, unter Beteiligung gesellschaftlich relevanter Organisationen einen Nationalbericht und einen Nationalen Aktionsplan zur zukünftigen Siedlungspolitik zu erstellen. Für die Bundesregierung hatte das Ministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (BMBau) die Federführung. Erst im Herbst letzten Jahres allerdings wurde ein Nationalkomitee gegründet, in das neben dem BMBau und dem BMZ Organisationen wie der Deutsche Städtetag, die Kirchen, die Verbände der Wohnungswirtschaft, aber auch der Mieterbund und die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe sowie die Umweltverbände BUND und NABU berufen wurden.

Der letztlich im Alleingang vom BMBau vorgelegte Bericht ließ weder eine ausreichende Analyse der Problematik der Siedlungs- und Wohnentwicklung in Deutschland, noch Ansätze einer Politik für eine sozial gerechtere und ökologische Siedlungsentwicklung erkennen. Produktions- und Konsummuster werden nicht thematisiert, Nachhaltigkeitskonzepte ausschließlich nach ökologischen Gesichtspunkten definiert, und ein Zusammenhang zwischen ökologischen sowie sozialen Problemstellungen und ökonomischer Entwicklung ist nicht zu erkennen. Obdachlosigkeit und frauenspezifische Aspekte der Wohn- und Siedlungsentwicklung sind weitgehend ignoriert worden. Prozesse der BürgerInnenbeteiligung blieben ausgeklammert und es wurde so getan, als ob einige ökologische Modellprojekte bereits Beleg genug für eine vollzogene ökologische Wende in der Siedlungsentwicklung seien.

Mehr Bodenständigkeit?

Einige nachträglich ins Nationalkomitee aufgerückte NGOs wiesen den Nationalbericht als unzureichend zurück und forderten die Ausarbeitung eines Nationalen Aktionsplans mit konkreten Maßnahmen für eine sozial gerechte und nachhaltige Siedlungsentwicklung. Zwar wurde der Nationalbericht daraufhin etwas erweitert, blieb jedoch in seiner Grundstruktur bestehen, wurde im Kabinett verabschiedet und im Januar von Minister Töpfer der Presse vorgestellt. Von der deutschen NGO-Gemeinde inclusive der großen im Nationalkommitee vertretenen Umweltverbände war zu Habitat in der Öffentlichkeit fast nichts zu vernehmen.

Also, wieder ein mehrtägiger Medienrummel um einen UN-Gipfel und billige Publicity für die türkische Regierung? Wieder ein wohlfeiles UN-Dokument, das von über hundert Regierungen ratifiziert und in Sonntagsreden zitiert werden wird? Es steht dennoch zu hoffen, daß mit der Habitat-Agenda in Istanbul ein Dokument verabschiedet wird, das zumindest einige Verpflichtungen der Regierungen auf eine sozial gerechtere und ökologische städtische Entwicklung enthält. Die NGOs könnten die weltweite Aufmerksamkeit für Habitat II dazu nutzen, ihre Positionen und Gegenentwürfe stärker in die Öffentlichkeit zu tragen, als es ihnen bisher gelungen ist. In der Folge müßte es ihnen darum gehen, die Umsetzung der Verpflichtungserklärungen einzufordern und für eine breitere gesellschaftliche Diskussion über die Stadtentwicklung zu sorgen. Beispielsweise könnte der Umsetzungsprozeß der Habitat-Beschlüsse mit lokalen Agenda 21-Prozessen verbunden werden, wie sie in Folge der Rio-Beschlüsse in zahlreichen Kommunen in Deutschland in Gang gekommen sind.

Hohe Erwartungen sollten an Habitat II jedoch nicht geknüpft werden – ohne die Veränderung der globalen Rahmenbedingungen, in denen sich städtische Entwicklung aktuell vollzieht, wird wenig erreichbar sein. Zudem müssen sich Alternativen zum herrschenden Entwicklungsmodell zunächst auch in lokalen Auseinandersetzungen in der eigenen Stadt herauskristallisieren. Hier fehlt es den meisten, inzwischen international vernetzten, umwelt- und entwicklungspolitischen Organisationen an „Bodenständigkeit".

Veit Hannemann

Der Autor arbeitet bei 'Ökologische Stadtwelten e.V., Berlin'. Nähere Informationen zur Konferenz in Istanbul bei: Habitat II – Informationsbüro Berlin, Georgenkirchstr. 70, 10249 Berlin, Tel./FAX 0 30/24 06 32 33



Schöner Wohnen

Lesen Sie schwierige Texte?

Überlegungen zu den zivilgesellschaftlichen Chancen der Medienkultur

Den neuen Medien werden häufig Chancen einer zivilgesellschaftlichen Nutzung zugesprochen. Diese These vertritt auch Stefan Müller-Doohm in seiner soziologischen Medienanalyse in der letzten Ausgabe der 'blätter'. Dagegen fragt der folgende Beitrag, inwieweit diese Einschätzung einem theoretischen Konstrukt geschuldet ist, das den Zusammenhang von Vernunft und Macht verkennt.

Der Bremer Soziologe Stefan Müller-Doohm hat in seinem Beitrag zur Einschätzung des Dispositivs der neuen Medienkultur eine zivilgesellschaflich ausgerichtete Analyse vorgegeben.[1] Seine Analyse stützt sich hauptsächlich auf die Untersuchung gesellschaftlicher, insbesondere ökonomischer Faktoren. Ferner sieht er neben vielen negativen Auswirkungen durchaus Chancen einer zivilgesellschaftlichen Entwicklung.

Interessant finde ich Müller-Doohms Thesen vor allem deshalb, weil sie eine andere Perspektive einnehmen, als dies in der Medientheorie üblich ist. Von Marshall McLuhan bis Friedrich Kittler werden die neuen Medien in erster Linie als technologisch bestimmte Struktur beschrieben. Die neuen Medientechnologien besetzen demnach sowohl den Raum der subjektiven Sinnlichkeit als auch den der allgemeinen Erfahrung, so daß von einem „technisch-medialen Apriori" gesprochen werden kann.[2] Dagegen schlägt Müller-Doohm eine im engeren Sinne soziologische Beschreibung vor.

Das Dispositiv der neuen Medien

Die Möglichkeit der computergestützten Datenverarbeitung führt Müller-Doohm zufolge zu neuen technologischen Synthesen, in das neue Land *„Multimedia"*. Damit diversifizieren sich die Möglichkeiten der Informationsvermittlung. Diese Zerstreuung der Information wird häufig nur negativ beurteilt, zum Beispiel als Verschwinden der Hegemonie der Schriftkultur. Aber vielleicht ergeben sich auch neue Chancen, zum Beispiel zu einer eindringlicheren symbolischen und moralischen Praxis?

Weiterhin läßt sich eine zunehmende *Kommerzialisierung* der Medien feststellen. Medienproduzenten, die nicht spezielle Interessen monopolisieren können oder sich nicht konsumfreundlich genug darstellen, verlieren ihre ökonomische Basis. Auch dieses Moment wird in der Regel negativ beschrieben, zum Beispiel als Kompetenzverlust der Medienkonsumenten oder als Ende der diskursiven Öffentlichkeit. Aber bieten sich hier nicht auch Chancen der Individualisierung? Jeder kann seine Bedürfnisse im Programm selbst verwirklichen, ohne den Zumutungen öffentlich-rechtlicher Geschmacksvorschriften ausgeliefert zu sein. Soweit werden die neuen Medien von Müller-Doohm positiver beurteilt als zum Beispiel von Jürgen Habermas, dem bereits die Kommerzialisierung der Öffentlichkeit als ihre Zerstörung gilt.

Aus der Kommerzialisierung des medialen Angebots folgt nach der Logik des Marktes auch sofort die *Monopolisierung* der Anbieter und damit die Macht potentieller Kontrolle und Manipulation der symbolischen Praxis. Ideologische Einflußnahme kann an die Stelle demokratischer Pluralität und öffentlicher Debatte treten. Wichtiger als die Relativierung der üblicherweise negativ beurteilten Auswirkungen der neuen Medienkultur erscheint mir die Bemerkung, daß in der Mediengesellschaft keine symbolische Repräsentation mehr medienunabhängig sein kann. Das Konzept der „Wirklichkeit" wird durch ein mediales Simulakrum (eine Kopie ohne Original) abgelöst. Die Grundelemente der simulierten Medienrealität entstammen nicht einer chaotischen, für uns nicht als Totalität von „Ordnung" zugänglichen Welt, sondern vielmehr einer konstruierten zweiten Natur, deren Gefüge als Geflecht von politischen Mächten und sozio-ökonomischen Kräften beschreibbar ist.

Aus dieser Analyse läßt sich ein Widerspruch zwischen Differenzierung, Subjektivierung, Segmentierung auf der einen, Monopolisierung und Weltbildkontrolle auf der anderen Seite herauslesen. Damit stellt sich die Frage, wie dieser Widerspruch im Sinne von Demokratie und Pluralität aufgelöst werden kann. Zunächst jedoch erscheint die transnationale Medienmacht als Gefahr für zivilgesellschaftliche Kräfte.

Medienagonien?

Verschwinden individuelle Besonderungen, kulturelle Spezifitäten und vernunftgeleitete Diskursivität in den vorgegebenen Weltbildern der transnationalen Medientrusts? Interessant finde ich, daß an die Beschreibung, die „die Realität" in einem Simulationsraum verschwinden sieht, in der Regel zwei kritische Fragen geknüpft werden. Auch Müller-Doohm macht da keine Ausnahme. Zunächst die Frage, ob denn öffentliche Meinungsbildung und Vernunft noch möglich seien, wenn es „keine individuellen Vorstellungen in bezug auf wahr, richtig und gut jenseits der Flüchtigkeit jener medial universalisierten Vorbilder" (S. 39) mehr gibt? Aber läßt sich der Anspruch allgemeiner Vernunftgeltung nicht ohnehin auf ein mediales Monopol reduzieren? Das moderne Vernunftwesen „Mensch" konstituiert sich doch als über schriftliche Texte vermitteltes, kritischräsonierendes Publikum, das sein Medium als Machtinstrument gegen feudale Herrschaftsstrukturen einsetzt.[3]

Ich glaube, daß dem Problem, inwieweit den Konzepten von Vernunft oder Öffentlichkeit Machtbeziehungen wesensimmanent sind, bis heute viel zu sehr aus dem Wege gegangen wird, indem Vernunft und Macht als Gegensatzpaar behandelt werden. Nur in solcher Perspektive kann die Monopolisierung der Öffentlichkeit durch Medientrusts als ihr Ende beschrieben werden (Refeudalisierungsthese). Wäre es nicht vielleicht geschickter, die dialektischen Zauberstückchen zu unterlassen, die uns ein machtfreies Reich der Vernunft vorgaukeln? Sollte man sich statt dessen besser darauf konzen-

trieren, die ökonomische und ideologische Monopolisierung einzugrenzen? Ich finde, da kann man schon bei sich selbst beginnen, ohne auf die allgemeine Weltverbesserung zu warten: Lesen Sie „schwierige" Texte? Haben Sie dafür die Geduld?

Des weiteren wird gefragt, ob die Authentizität traditionell vermittelter Kulturhorizonte verloren geht. Aber enthält nicht auch der Universalitätsanspruch bürgerlicher Öffentlichkeit, dessen Verlust meist sogleich mitbehauptet wird, die „Schreckensvision einer kulturellen Hegemonie"? (S. 40) Wird denn der „kulturellen Identität" besser dadurch Rechnung getragen, daß sie letztendlich zur lediglich subjektiven Geschmacksfrage reduziert wird? Das Verhältnis von kultureller Identität und allgemeiner Rationalität ist meiner Meinung nach ohnehin nur unzureichend durchdacht worden. Ein Zugang zu diesem Verhältnis läßt sich gewinnen, wenn man bedenkt, ob das kulturell Besondere heute vielleicht nur das durch den Nationalstaat oder eine nationale Befreiungsbewegung hergestellte eingegrenzte Allgemeine darstellt, also eine Art Teilmenge der bürgerlichen Vernunft? Diese ist gewissermaßen zu abstrakt, als daß sie nicht in Verbindung mit handfesten politischen Gewaltmitteln konkretisiert werden müßte. Definiert man Nationalismus bzw. das Konzept kultureller Identität als „Theorie der politischen Legitimität, der zufolge sich die ethnischen Grenzen nicht mit den politischen überschneiden dürfen"[4], dann deutet sich an, daß innerhalb des staatlich eingegrenzten Kulturraums eine eigentlich sehr anonyme Gemeinschaft der Kultur konstituiert wird. Kulturelle Identität und der von ihr ausgehende Zwang zur Homogenität des Kulturraums haben daher noch einen durchaus abstrakten Charakter. Wenn dem so ist, wieso sollte dann vom medialen Universalismus nicht eine ähnliche Besonderungsleistung erwartet werden können? Wenn schon die universelle Rationalität in einem komplexen Machtdispositiv situiert ist, warum sollten ausgerechnet transnationale Multimediakonzerne nicht zur Konstruktion kultureller Identitäten in der Lage sein? Läßt sich nicht mit Nationalismus und „Identität" das beste Geschäft machen, weil eine Ware verkauft wird, in deren Substanz sich nicht ein Milligramm Körperlichkeit findet, die daher nie satt macht, also ständig erhöhte Nachfrage zeugt?

Das Problem des „Widerspruchs"

Derartige Fragen sind auch für Müller-Doohm nicht gegenstandslos. Nur bin ich mir nicht sicher, ob der von ihm auch in diesem Zusammenhang herausgestellte Widerspruch zwischen Monopolisierung und Differenzierung, bzw. Medienkonzentration und Angebotssegmentierung tatsächlich einer ist. Schließen sich transnationale ökonomische Verflechtung und kulturelle Abschottung



Das Buch ...

aus oder bedingen sie sich nicht vielmehr gegenseitig? Ich habe den Eindruck, daß sich der ökonomische Universalitätspol und der kulturelle Individualitätspol sehr gut miteinander vertragen. Wenn dem so ist, entfällt natürlich auch die Spannung zwischen diesen beiden Polen und damit auch die Motivation, durch eine öffentliche Symbolpolitik von unten zivilgesellschaftliche Kräfte freizusetzen.

Die Chance dieser aus der bürgerlichen Tradition herkommenden kritischen Diskursivität von unten wird in der Reaktion auf politische und ökonomische Macht gesehen: „Sie besteht in der Möglichkeit, daß in Kenntnis der Globalität der Kommunikation und als geschickte Reaktion auf die Medienmonopole eine öffentliche Symbolpolitik von unten durch einen Druck zivilgesellschaftlicher Assoziationen entfaltet wird." (S. 40) In der entsprechenden Theorie[5] nimmt diese Reaktion paradoxerweise die Form einer „reinen" Alternative an. Sie ist nicht nur Gegenmacht, sondern eröffnet zugleich einen formal anderen, potentiell herrschaftsfreien Diskurs. Dieser Diskurs liegt damit auf zwei Ebenen zugleich. Einerseits auf der Ebene der (Gegen-)Macht, andererseits im zwanglosen Feld des Konsensus. Dieses Paradoxon läßt sich meines Erachtens nur durchhalten, wenn eine geschichtsphilosophische Konstruktion unterlegt wird. Diese theoretische Rolle spielt der „Widerspruch". Er gibt den Gegenmächten die Weihe, die sie nicht nur dem Inhalt, sondern auch der Form nach als Alternative erscheinen läßt, weil sie im Dienste einer höheren Logik zu stehen scheinen. Beispielsweise kann behauptet werden, daß argumentatives Sprechen überhaupt notwendigerweise auf einen machtfreien und zivilen Sprachbereich verweist: „Wohl möglich, daß ich mich mit meinem Partner nicht einigen werde; unmöglich, daß ich mich mit ihm [...] streite, ohne den Konsens als Gesprächsziel zu wollen."[6] Mit dieser Behauptung ergibt sich eine permanente Spannung zwischen der Tendenz zu konsensueller, zwangloser Einigung in der kritischen Diskursivität und eben den offensichtlich anders funktionierenden Mediendiskursen. Im Rückenwind eines derartigen „Widerspruchs" erscheinen die Diskurse von unten als nicht nur inhaltliches, sondern auch formale Alternative. In ihnen soll sich der Anspruch auf eine rational organisierte Allgemeinheit verstecken, den die privaten Medienmonopole mit Füßen treten.

Der scheinbar objektive Widerspruch zwischen Monopolisierung und Differenzierung kann somit auch als Funktion einer bestimmten Theoriekonstruktion gelesen werden. Er eröffnet im theoretischen Diskurs den Raum einer utopischen Idee, die sich zwischen den dialektischen Polen sozusagen einnistet. Aber wenn die Realität dieses Widerspruchs bezweifelt wird, dann verschwindet auch die Idee der Zivilgesellschaft, die ansonsten auf immer neue soziale oder politische Bewegungen projiziert wird.

In letzter Zeit wird als Beispiel für solche zivilen politischen Kräfte gerne Greenpeace herbeizitiert. Dabei wird zugestanden, daß Greenpeace seine Diskurspolitik in demselben Feld praktiziert, wie auch transnationale Medienkonzerne. Zugleich wird hier eine Subversion der Medien mit deren eigenen Mitteln ausgemacht, um „Diskursivität zu provozieren". (S. 40) Aber nach dem oben

besagten frage ich mich, ob die Symbolpolitik von unten tatsächlich eine solche ist oder nicht vielmehr eine Veranstaltung, deren Politik im medialen Machtdispositiv gefangen bleibt. Vielleicht steht auch die heißgeliebte ökologische Politik nur für ein medienpolitisches Ticket, dessen Inhalt genausoviel oder genausowenig „Manipulation" ist wie jede andere medial vermittelte Politik auch? Wenn der Widerspruch zwischen Monopolisierungs- und Pluralisierungstendenzen in der Medienkultur nicht besteht, dann verschwindet einfach die herrschaftsfreie Spielwiese kritischer Diskursivität. Oder andersherum: Kritische Diskurse basieren vielleicht nicht notwendig darauf, der Machtfunktion zu entsagen, und sie müssen möglicherweise gar nicht den ewigen Frieden verherrlichen. Vielleicht verschieben sie nur die Einsätze im politischen Feld? Damit ist noch nichts über Sinn oder Unsinn von Greenpeace gesagt, sondern es wird lediglich an dem Heiligenschein gekratzt, der vom zeitgemäßen Feuilleton verliehen wird und der eventuell gar nicht im Sinne einer ökologischen Politik ist. Man kann die Trauben auch so hoch hängen, daß man am Ende gar nichts in den Händen hat.

Medien als gesellschaftliche Form?

Ich finde es grundsätzlich wichtig, zuerst die Schattenseiten einer Entwicklung zu betrachten. Diese Herangehensweise wird häufig als destruktiv und pessimistisch abgetan. Dabei wird allzuleicht vergessen, daß sich positive Möglichkeiten – wenn überhaupt – nur archäologisch, d.h. unter dem Grund dieser Zivilisation finden lassen – und da wird es düster. Soziologische Kausalitäten oder geschichtsphilosophische Konstrukte, so meines Erachtens auch der Widerspruch von Monopolisierung und Differenzierung in der Medienkultur, sind immer schon Teil des Dispositivs, das sie beschreiben und von daher mit Vorsicht zu genießen. Insofern mißtraue ich auch der Hoffnung auf ein „zivil" motiviertes Herumreißen negativer Tendenzen, denn wenn man genauer hinsieht, zeigen sich zivile Praxen immer auch als Funktionen von Macht- und Gewaltwirkungen. Sie sind nie deren Gegenteil.

Die gängige Medientheorie stellt ihren Gegenstand unter das Primat der Technologie. In den neuen Medientechnologien kommt demzufolge zur Erscheinung, was für Foucault unter dem Sozialen vergraben war, d.h. die immerwährende Schlacht, in deren Gefüge sich strategische Verhältnisse formieren, die dann im sozialen Feld scheinbar pazifiziert als juridische oder normierende Machtdispositive wirken. Für die Medientheorie gilt: „Medientechnologien sind Kriegstechnologien" (Friedrich Kittler). Die Medienkultur kehrt sozusagen das Innerste nach außen und verwandelt den sozialen Raum in ein manifestes Schlachtgetümmel. Dies äußert sich zum Beispiel in den unmittelbaren Auswirkungen neuer Medien und Technologien auf den sinnlichen Körper. Die „Schockwirkung des Films" beispielsweise entspricht der „gesteigerten Lebensgefahr, der die Heutigen ins Auge zu sehen haben".[7] Die sozialen Vermittlungen und Rollen an der Oberfläche der Interaktion werden kassiert zugunsten einer Kultur der Authentizität und des psychischen Ausnahmezustands.

Diese begriffliche Bestimmung des technisch-kriegerischen Wesens der Medienkultur hängt erstens an der Auffassung, daß es sich um ein primär technologisches Dispositiv handelt und zweitens an der Meinung, daß die Technik wiederum innigst mit Krieg und Kampf verbunden sei. Beide Thesen lassen sich begründet bezweifeln, aber alle Zweifel werden nicht die Tatsache vom Tisch schaffen können, daß Krieg und Technik heute sehr eng aneinander gebunden sind, weil das moderne technische Wissen unhintergehbar das Wissen um die Möglichkeiten absoluter Destruktion beinhaltet. Dieser Punkt kommt meines Erachtens in der Spekulation über zivilgesellschaftliche Chancen der Medienkultur zu kurz. Ich möchte auch bezweifeln, daß die Erörterung ziviler Chancen unter diesem Gesichtspunkt noch viel Sinn macht. Allenfalls sehe ich Fragen der Eingrenzung, Beschränkung und Kontrolle technisch destruktiver Potentiale. Praxen, die auf solche Fragen antworten, stellen vielleicht eine zivilen Oberfläche für soziale Interaktion her, aber sie selbst sind alles andere als friedliebend.

Die moderne Technologie ist jedoch nicht der einzige, vielleicht nicht einmal mächtigste Einflußfaktor des Mediendispositivs. Sie ist aber existentiell und daher bestimmend genug, um dem Lauschen auf Friedensbotschaften aus dem Cyberspace mit Schweigen zu antworten. Dennoch muß nicht nur Kriegsgeheul zu hören sein. Wenn man die Medienkultur wie Müller-Doohm als soziales und nicht als rein technologisches Dispositiv untersucht, dann zeigt es sich doch differenzierter und komplexer. Erstaunlich ist nur, daß dieses Thema, das die öffentliche Debatte so heftig bewegt, von so wenig soziologischem Wissen flankiert wird.

Dierk Spreen

Anmerkungen:

1) Stefan Müller-Doohm, Wie es Euch gefällt. Monopolisierung und Differenzierung der Medienkultur, in: blätter des iz3w, Nr. 212, März/April 1996, S. 37–40. Im Text mit Seitenzahl gekennzeichnete Zitate beziehen sich auf diesen Aufsatz. Dispositiv meint das Netz oder Geflecht von heterogenen Elementen (siehe Michel Foucault, Dispositive der Macht, Berlin 1978, S. 119ff)

2) vgl. Dierk Spreen, Mediensouveränität? Einige Zweifel am technisch-medialen Apriori, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Nr. 11, Nov. 1995, S. 1023–1027

3) vgl. Jürgen Habermas, Der Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Öffentlichkeit, Frankfurt am Main 1962

4) Ernest Gellner, Nationalismus und Moderne, Berlin 1991, S. 8f

5) Ich meine vor allem die Habermassche Kommunikationstheorie. Auch wenn Müller-Doohm die Chancen zu kritischer Diskursivität in der Medienkultur anders verortet, scheint mir seinen Überlegungen doch ein verwandtes Paradigma zugrundezuliegen.

6) Manfred Frank, Die Grenzen der Verständigung. Ein Geistergespräch zwischen Lyotard und Habermas, Frankfurt am Main 1988, S. 95

7) Walter Benjamin, Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit, Frankfurt am Main 1963, S. 39

Dierk Spreen ist Soziologe und promoviert über Medien und Medientheorie. Er lebt in Berlin.



... im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit

Bündnis gegen Arbeit


Photo: Herby Sachs/version

Vorwärts und schnell vergessen

Wer Arbeit kennt und sich nicht drückt, der ist verrückt": Arbeit ist kein Spaßvergnügen, und sie ist alles andere als Jux und Dollerei – sie ist vielmehr das gerade Gegenteil eines halbwegs vernünftigen Umgangs mit der knapp bemessenen Lebenszeit. Daß die Reproduktion des einzelnen nur über den Umweg der Beihilfe zur Akkumulation des Kapitals zu haben sein soll, ist objektiver Widersinn, der kein besseres Argument für sich hat als den Zwang der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Aller Hysterie über die Spekulanten und Steuerflüchtlinge zum Trotz, die „uns alle", die Nation und ihren Staat schädigen, bewahren die Lohnarbeitenden daher eine heimliche Sympathie für die Schneider, Graf, Becker & Co., denen es wie auch immer gelang, ein arbeits- und müheloses Einkommen sich zu verschaffen. Nicht zuletzt die freitägliche Massenprozession zu den Lottobuden beweist schlagend, daß jeder für sich und allein gegen alle nichts mehr ersehnt, als der Arbeit, die angeblich nicht schändet, die jedoch tatsächlich verblödet, zu entkommen. Es ist der widersinnige Charakter der Arbeit selbst, der sich im Sprichwort ausdrückt und der doch kollektiv beschwiegen wird. Es bewahrt die Kenntnis des tatsächlichen gesellschaftlichen Zusammenhangs der Ausbeutung, aber es bewahrt sie in einer Form, in der sie folgenlos bleibt und in ihr Gegenteil verkehrt wird. Die Freiheit von der Arbeit, die als Resultat von sechs Richtigen im Lotto gedacht wird, soll sein die Befreiung zum Geld.

Zu den Betriebsgeheimnissen der kapitalisierten Gesellschaft gehört, daß jeder einzelne vernünftiger ist, als er weiß, klüger, als er es sich selbst eingesteht. Einerseits ist der einzelne eine Art ursprünglicher Materialist, der genau weiß, daß die Arbeit „ihrem Wesen nach immer Zwangsarbeit bleibt, wie sehr sie auch immer als das Resultat freier kontraktlicher Übereinkunft erscheinen mag" (Marx). Und es läßt sich niemand durch das offizielle Gerede von „sozialer Marktwirtschaft", von Demokratie & Menschenrechten & Freiheit & Gleichheit täuschen. Andererseits jedoch ist die Vernunft in die Form bloßer Schlauheit und auftrumpfender Gewitztheit gebannt, die sich auf Kosten der Konkurrenz zu bereichern gedenkt.

Der Satz, wonach, wer sich vor Arbeit nicht drückt, offenkundig nicht ganz zurechnungsfähig ist, verträgt sich aufs Beste mit der Parole, daß Arbeit frei mache. So überaus eng sind dem ideologisierten Bewußtsein Vernunft und Wahn verschwägert, wie, gesellschaftlich betrachtet, die physische Reproduktion der Gattung mit der Akkumulation des Kapitals beinahe zur Ununterscheidbarkeit verschmolzen ist. Und so scheint es gerade die Einsicht in den tatsächlichen Gang der Dinge zu sein, die in die bedingungslose Apologie der Verhältnisse umschlägt. Objektive Vernunft, die die Abschaffung des Kapitals gebietet, nimmt die Gestalt individuellen Bescheidwissens an. Die Pathologie dieser Gesellschaft macht es, daß alle zusammen nichts gieriger zu glauben wünschen als die öffentliche Lüge, die doch jeder durchschaut. Darin liegt die fundamentale Disposition der kapitalisierten Gesellschaft zum autoritären Staat, gar zum Faschismus, zu der „nur noch" die Krise des Kapitals hinzutreten muß, um sie Realität werden zu lassen.

Und es sind weniger die nazistischen Mörder und Totschläger als vielmehr die Sozialdemokraten, die Grünen, die Gewerkschaften, die den Katalysator der faschistischen Situation spielen. Mit der Abschaffung des Asylrechts und den Debatten um das Einwanderungsgesetz haben sie schon die Verfolgten und Elenden verraten und ein Beispiel gesetzt, daß die Selektion von Menschen nach Kriterien nationaler Nützlichkeit zu jeder Brutalität berechtigt. Sie haben damit ihrer eigenen sozialen Basis demonstriert, daß niemand auf Solidarität hoffen kann, daß es besser ist, dem Staat direkt sich anzudienen. Das von der IG Metall vorgeschlagene „Bündnis für Arbeit" bezeichnet den vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklung, d.h. das gewerkschaftliche Einverständnis zur ökonomischen Selektion.

Wie es denn sein kann, daß Überfluß an Kapital besteht bei gleichzeitigem Überfluß an arbeitswilliger Bevölkerung, darin bestand schon immer das sozialdemokratische, das gewerkschaftliche Paradox. Es liegt dies an der Überakkumulation des Kapitals, d.h. im durchschlagenden Erfolg der Ausbeutung. Aber die Antwort, die links von der Mitte erteilt wird, besagt, es läge am Mißerfolg. Und so besteht sie im weiteren im Aufruf zur Jagd auf die Spekulanten, die das ganze schöne Geld ins Ausland tragen, statt es hier in Fabriken zu investieren, in der Agitation gegen die sog. Parasiten, die sich der „Steuergerechtigkeit" entziehen, im Appell an Staatsbürgerbewußtsein statt Egoismus, in einem Programm mithin, das sich mit „Gemeinnutz vor Eigennutz" zusammenfassen läßt.

Die Rettung aus der Krise versprechen sie sich von einem Staat, der das profitgeil streunende Kapital volksgemeinschaftlich in die

Pflicht nimmt, von einem Staat, der aus Gründen der sozialen Integration dem „Manchester-Kapitalismus" wehrt. Joschka Fischer z. B. möchte „die Zukunftsfähigkeit des rheinischen Kapitalismus und damit des sozialen Kapitalismus" bewahren. Und Rudolf Hickel, Chef der Memorandum-Gruppe, die jedes Jahr ein sozial-reformistisches Gegengutachten zum Rat der Sachverständigen erstellt, fragt: „In wachsendem Ausmaß werden die Gewinne auf internationalen Finanzmärkten angelegt. Die Funktion zu produzieren, verliert angesichts dieser Teilhabe am 'Kasino-Kapitalismus' (Keynes) an Bedeutung. Wie kann verhindert werden, daß steigende Gewinne auf Kapitalmärkte in aller Welt abfließen, statt hierzulande angelegt zu werden?" Fragen über Fragen – und aus allen spricht die gleiche stupende Gewitztheit des Bescheidwissens, das sich längst ans Mitregieren gemacht hat und die Probleme, die sich aus der Akkumulation und Krise des Kapitals ergeben, zum eigenen Problem hat werden lassen. Der Staat des Kapitals, so die Projektion, sei „eigentlich" und seinem wirklichen Auftrag gemäß der Staat des ganzen Volkes, und das Kapital sei in Wahrheit und seiner objektiven Statur entsprechend „Sachinvestition" (Hickel) zur arbeitsplatzschaffenden Herstellung von nichts als Gebrauchsgütern zum gefälligen Konsum.

Es ist die existentielle und überaus begründete Angst vor der eigenen Überflüssigkeit im Angesicht von Kapital und Staat, die die Leute nach der Lüge verlangen macht; es ist diese Angst, die den Anfang der Erkenntnis des wirklichen Zustandes bedeutet und zugleich deren rigorose Abwehr und Verdrängung motiviert, eine durchaus panikfähige, d.h. faschismusträchtige Angst. Die Leute hoffen, durch Anbiedern und Nachplappern sich nützlich zu machen, unverzichtbar und unabkömmlich. Während jedoch der Sozialreformismus in allen seinen Spielarten danach trachtet, dem Kapital und seinem Staat die Nützlichkeit und die Brauchbarkeit der Leute nachzuweisen, hätte eine zynische, d.h. materialistische, d.h. revolutionäre Linke das auszusprechen, was ist. Sie müßte auf dem Niveau der objektiv nur allzu begründeten Angst argumentieren und agitieren. Sie hätte das kollektiv Beschwiegene als die böse Wahrheit der Sache selbst darzustellen, und sie hätte nicht „Politik zu machen", sondern die Projektion, die in die Politik führt, zu kritisieren. Darin bestünde ihre Strategie, ein Bündnis gegen die Arbeit zu stiften. Ihr kategorischer Imperativ jedenfalls lautet: Handle stets so, daß die Abschaffung der Arbeit zur gesellschaftlichen Tatsache werden kann. Denn wer Arbeit kennt...

initiative sozialistisches forum (ISF)

Die mediale Veranstaltung



„Wer, dem Informationsmonopol von Presse, Rundfunk und Fernsehen auf Gedeih und Verderb ausgeliefert, tagaus, tagein das hirnlose Geschwätz allgemeinmenschlicher Moderatoren, den haltlosen Eiertanz politisierender Kommentatoren, das pointierte Gedrechsel brokatener Feuilletonisten, das Reklamegedudel bezahlter Berufstouristen, die wissenschaftsjournalistische Wichtigtuerei verkrachter Akademiker, die Nebelwerferei gekaufter Wirtschaftsredakteure, die Betulichkeit ADAC-strammer Freizeitanimateure, kurz, die konstruktiv-kritischen Beiträge von Lobbyisten jeder nur denkbaren Abhängigkeit und Couleur, über sich ergehen lassen muß, der wird, wenn er über jenes Quentchen Paranoia verfügt, das den Intellektuellen macht, sich nur schwer dem Eindruck entziehen können, zugleich Zeuge und Opfer einer in den Medien gestaltgewordenen einzigen großen Verschwörung geistiger Mediokrität, sozialen Opportunismus' und politischer Korruption zu sein. Diesem Eindruck entgegenzutreten, ist das Hauptinteresse des folgenden Traktats."

So beginnt Ulrich Enderwitz sein 1990 erschienenes, jetzt beim Freiburger ça-ira-Verlag neu aufgelegtes Buch **„Die Medien und ihre Information"**. Dabei geht Enderwitz davon aus, daß der im Eingangszitat so eindrucksvoll beschriebene Schein der Verschwörung weder subjektiver Verblendung der Medienrezipienten noch der Strategie der Medienmacher entspringt, sondern durch die objektive Struktur der Medien selbst hervorgebracht wird. Das „gesellschaftsübergreifend strukturell Ganze und objektive Phänomen", das die Medien „als die Nachfolgeorganisation der alleinseligmachenden Kirche in ihrer Blütezeit ausweist", wird im folgenden untersucht.

Enderwitz beschreibt zunächst den historischen Prozeß des Zur-Ware-werden von Information und die damit verknüpfte Transformation der Information aus einem kritisch-aufklärerischen gesellschaftlichen Orientierungsinstrument im 19. Jahrhundert zum Massenkonsummittel. Sie erfährt dabei das gleiche Schicksal wie alle anderen Waren: Sie wird zum Träger und Transformator von Wert, zum Realisierungsmittel im Verwertungsprozeß. Anschließend stellt Enderwitz die formalen Techniken der medialen Information dar. Beschrieben werden drei wesentliche „Zurichtungsakte", mit denen der Ware Information ihr prinzipiell gesellschaftskritischer und potentiell systemtranzendierender Charakter, bedingt durch den allgemeinen ökonomischen Widerspruch und das gesellschaftliche Ausbeutungsverhältnis, ausgetrieben wird: Diskretisierung nach der Devise „Bitte ganz kurz", Konkretisierung, nach der Devise „Bitte möglichst konkret" und Synkretisierung, d.h. die Einbindung der Information in den medialen Kontext.

Mit der medialen Zurichtung der Information wird erreicht, was Herbert Marcuse bereits in den sechziger Jahren als „eindimensionale Gesellschaft" beschrieben hat. Kritik wird vom System selbst in den Dienst der eigenen Sache genommen, potentiell Transzendierendes wird immanent gemacht, der „vermeintlich systemsprengende ökonomische Widerspruch" wird in „systemerhaltende transzendentalogische Identität, der angeblich die Gesellschaft dissoziierende soziale Konflikt in einen klassenintegrierenden Sozialkontrakt verkehrt".

Zuletzt stellt Enderwitz die realen und historischen Bedingungen medialer Information am Beispiel der faschistischen Volksgemeinschaft und der in substantieller Kontinuität dazu begriffenen post-faschistischen Konsumgesellschaft dar. Die Kontinuität, begründet im „Staatsförmigwerden des Kapitals als das entscheidende Spezifikum der modernen politischen Entwicklung unserer Gesellschaft", besteht darin, daß in beiden Formationen die Medien mittels des prinzipiell gleichen Verfahrens Versöhnungsangebote mit dem bzw. Gewöhnungsangebote an den entfremdenden Verwertungsprozeß und verdinglichenden Ausbeutungsmechanismus liefern. An die Stelle von Parteitagsveranstaltungen, Musikschauspielen, Filmaufführungen und Kriegspropaganda im Faschismus treten in der modernen Warengesellschaft die Berieselungsmusik im Kaufhaus, Seifenopern, Unterhaltungsserien etc.

Die Stärke der sprachlich brillant vorgetragenen polit-ökonomischen Untersuchung – ein Paradebeispiel konsequent durchgeführter Ideologiekritik – liegt darin, den seit McLuhans Diktum, demzufolge das Medium selbst die Botschaft sei, von allen ernstzunehmenden Medientheoretikern formulierten Einspruch gegen den Begriff des Mediums als bloßes Übertragungsmittel zu reformulieren, indem Medien als Existenzbedingung des medial Präsentierten in ihrer Funktion als gesellschaftliches Machtmittel benannt werden. Ferner wird der in der Rede von „Simulation", „Medien- bzw. Hyperrealität" andernorts anvisierte Wirklichkeitsbegriff präzisiert. Erfrischend dabei der Umstand, daß Medien im sozialen Kontext untersucht werden, der Autor jedoch weder sozialwissenschaftlichen Jargon reproduziert, noch gar zivilgesellschaftlicher Ideologie verfällt – ein Verdienst seiner „subjektfeindlich-strukturbeflissenen Vorgehensweise", die sich bewußt der durch die Medien selbst vorgegebenen subjektiven Erkenntnisnorm entgegensetzt.

Martin Janz

Ulrich Enderwitz, Die Medien und ihre Information. Ein Traktat, ça-ira-Verlag, Freiburg 1996, 120 S., 24,–. Das Buch erscheint im Juni 1996.

Roman für 4 Hände



Trotzki, der – bevor er die unangenehme Bekanntschaft mit dem stalinistischen Eispickel machen mußte – an einem Kriminalroman schreibt, den er allerdings nie fertigstellen wird; Stan Laurel, der den Mord an dem mexikanischen Revolutionsführer Pancho Villa beobachtet, nachdem er am 19. Juli 1923 mit acht Flaschen Genever im Koffer die mexikanische Grenze überschritten hat; ein Desinformationsbüro, das SD (für Shit Department, für was auch sonst!?), in das nur gelangt, wer den Hutladen an der Madison Avenue betritt, die Damentoilette und einen zweitürigen Schrank durchquert und dann im Lastenaufzug hinauffährt; der spanische Anarchist Langoria und der bulgarische Kommunist Stojan Wasilews, die sich im Spanischen Bürgerkrieg und Jahre später begegnen; sowie der arme Entfesslungskünstler Houdini auf der Couch beim Psycho-Klempner, weil ihm seine Mutter ohne Kopf erscheint: Personen und Episoden, die im wahrsten Sinne des Wortes verrückterweise nebeneinanderstehen. Zusammengeführt hat sie der in Mexiko lebende Kriminalschriftsteller Paco Ignacio Taibo II in dem fesselnden Politthriller '4 Hände'.

Mit dem Roman, dessen jetzt übersetzte Originalfassung 1990 in Managua erschien, präsentiert einer der bekanntesten Krimi-Autoren Lateinamerikas dem/der LeserIn eine mit Leichtigkeit, Ironie und Witz geschriebene Revolutionsgeschichte – von Mexiko über den Spanischen Bürgerkrieg bis nach Nicaragua. Verschwörungstheoretiker, Antiimperialisten und Krimifans werden ihre helle Freude an dem Buch haben. (Es dürfte also auch den einen oder die andere 'blätter'-LeserIn ansprechen – oder sind die mittlerweile alle NGO-MitarbeiterInnen?)

Zwei sympathische Journalisten, der Gringo Greg und der Mexikaner Julio, werden begleitet auf ihrer Jagd nach heißen und natürlich auch Geld abwerfenden Stories. Sie stoßen dabei auf eine vom SD (wir erinnern uns: das Desinformationsbüro) verbreitete Lügenkampagne gegen einen führenden Sandinisten. Womit wir mitten in dem Thema wären, das Taibo bewegt: „Es gibt eine gigantische Struktur der Desinformation auf diesem Planeten, um die Lüge als die Wahrheit erscheinen zu lassen. Der Roman erzählt davon."

Paco Ignacio Taibo II, der an der Universität von Mexiko-City Zeitungswissenschaften und Geschichte der Arbeiterbewegung lehrt, hat auch die Erfahrung des zapatistischen Aufstandes im Hinterkopf, wenn er heute solche Äußerungen macht. Dieser Aufstand hätte nicht überleben können, wäre nicht das staatliche (Des-)Informationsmonopol durchbrochen worden, sagt der EZLN-Sympathisant. Allerdings ist Desinformation für Taibo die Erklärung für so einiges, u.a. auch für den Nationalismus, den er nur als



Folgeerscheinung von falscher Information begreifen mag... Nun, Taibo hat hier kein theoretisches Werk, sondern einen Krimi geschrieben – und er möchte sich auf der richtigen Seite der Barrikade bewegen. Das tut er auch, und dazu kann er witzig und spannend erzählen. Kein Wunder also, daß Taibo 1991 mit dem Dashiell-Hammett-Preis für Kriminalromane ausgezeichnet wurde.

Gerhard Hanloser

Paco Ignacio Taibo II, 4 Hände, Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Straße – Verlag Libertäre Assoziation, Berlin/Hamburg 1996, 413 Seiten, 39,80 DM

Asylrecht bei Hetitern



Unter dem Titel „Flucht" ist das *Jahrbuch der Deutschen Stiftung für UNO-Flüchtlingshilfe 1995* herausgekommen. Das Buch erscheint just zu der Zeit, in der die Öffentlichkeit meint, die „Asyl-Diskussion" vergangener Jahre vergessen zu können – vielleicht vor dem Hintergrund, daß das Problem (für uns) entschärft sei, weil etwa die Zahl der politischen Flüchtlinge infolge rigoroser Abschottungspraxis zurückgegangen ist. Die Wirklichkeit ist eine ganz andere: Weltweit ist fast jeder hundertste Mensch auf der Flucht, und von Europa als „vollem Boot" zu sprechen ist blanker Zynismus, wenn etwa der Fünf-Millionen-Staat Guinea in den vergangenen vier Jahren 500.000 Kriegsflüchtlinge aus Liberia und Sierra Leone aufgenommen hat.

Das Buch unternimmt in seinen Beiträgen den Versuch, nochmals auf bekannte Tatbestände zu verweisen und so den Verdrängungsmechanismen entgegenzuwirken. Cornelia Bühle, Erzbischöfliche Beauftragte für Migrationsfragen in Berlin, stellt in ihrem Beitrag über Flüchtlingsschutz die Frage, ob nicht nach dem Verursacherprinzip Waffenproduzenten mit einer Flüchtlingssteuer zu belegen seien. Immerhin würde dies zwar nicht die Fluchtursachen beseitigen, könnte aber ein „Beitrag zur finanziellen Schadensminimierung" sein.

Hans Henning Rosen, Beamter im Bundesministerium des Innern, gibt einen Einblick in die Geschichte des Asylrechts von den Hetitern bis zum Christentum. Bemerkenswert ist zum Beispiel, daß bei Griechen und Römern nicht der Verfolgungsgrund, sondern allein der Tatbestand der Verfolgung maßgebend für die Asylgewährung war. Der Ansicht Rosens, die Anwendung des Asylrechts habe solange keine Probleme bereitet, solange sie nicht zum „Problem der großen Zahl" wurde, muß allerdings widersprochen werden. Gerade bevor die Asylgewährung zum „Problem der großen Zahl" wurde, gab es extreme Gegensätze bei der Beurteilung von Fluchtgründen. Das Asylrecht wurde auch von den Urhebern des sogenannten Asylrechtskompromisses bereits nach Gutdünken gehandhabt.

Recht unbefriedigend ist auch die Stel-

lungnahme von Otto Schily, der den Asylrechtskompromiß im Bundestag mitgetragen hat. Schily muß wissen, daß die sogenannte Drittstaatenregelung das Asylrecht für einen Flüchtling praktisch ausschließt, der auf dem Landweg eingereist ist, weil Deutschland auf dem Landweg nur über „sichere" Drittstaaten zu erreichen ist. So wird sein Hinweis auf das „Kirchenasyl", welches er als Signal dafür wertet, daß „mitunter aus humanitären Gründen einem Ausländer ein Aufenthaltsstatus zugebilligt werden sollte", zur politischen Ausrede.

Der Beitrag von Reinhold Friedl, Leiter der Norddeutschen UNO-Flüchtlingshilfe benennt im einzelnen die internationalen Rechtsgrundlagen für die Erziehung, Bildung und Ausbildung von Flüchtlingen. Hierbei wird deutlich, daß Übereinkommen – auch internationale – existieren, die Diskriminierungen ausschließen sollen und das Recht auf Bildung und Ausbildung festschreiben. Friedl weist allerdings auch darauf hin, daß das für die Behörden nicht unbedingt relevant ist. Das Haager Minderjährigenschutzabkommen zum Beispiel wird von ihnen nicht als unmittelbare rechtliche Grundlage für die Bildung und Ausbildung von Flüchtlingen betrachtet.

Insgesamt ist das Buch ein interessanter Beitrag zur Diskussion des Asylrechts, wobei der Titel „Flucht" zu Recht gewählt wurde, um den abgegriffenen Begriff des Asyls durch eine bessere Tatbestandsbeschreibung zu ersetzen und vielleicht auch damit den Neubeginn einer Diskussion auszulösen.

Rolf Geffken

Klaus Henning Rosen (Hrsg.), Jahrbuch der Deutschen Stiftung für UNO-Flüchtlingshilfe 1995, Flucht, Bonn, 1995, 128 Seiten, 25,– DM

Kirchen gegen Abschiebung

Mehrere Flüchtlinge aus Togo stehen seit Anfang März unter dem Schutz der katholischen Kirche in Bayern. Einige Gemeinden wollen durch Kirchenasyl die vorgesehenen Abschiebungen verhindern. Obwohl ihr Asyl(folge)verfahren nicht rechtskräftig abgeschlossen war, wurden Anfang März Abschiebemaßnahmen gegen die Togolesen eingeleitet. Der Gang zum Regensburger Verwaltungsgericht sei für togoische Flüchtlinge zum Glücksspiel geworden, es dränge sich „der Eindruck von Unberechenbarkeit und Willkür auf", so die Mittelbayrische Zeitung am 20. 2. 1996. Tatsächlich sind die Entscheidungen der Gerichtsbarkeit wechselhaft. Gewöhnlich entscheidet die fünfte Kammer des VG Regensburg gegen Asylklagen togoischer Flüchtlinge – die sechste hingegen erkennt die generelle Rückkehrgefährdung als „Abschiebehindernis" an.

Das OVG Magdeburg hat die Gefährdung für RückkehrerInnen folgendermaßen beschrieben: Bekannt sei, daß „in Togo alle Personen, die für Gegner des herrschenden Systems gehalten werden, akut von intensivster Überprüfung, Inhaftierung von unbestimmter Dauer, Folter und extralegaler Hinrichtung bedroht sind, sowie daß die bloße Asylantragstellung in Europa, unabhängig von einer Mitgliedschaft in einer oppositionellen Gruppierung, den Sicherheitskräften des Eyadema-Regimes hinreichend Anlaß bietet, den Betroffenen für einen Regimegegner zu halten" (2L 1/95 1A 2219/94).

Jenseits der Frage, was das OVG dann von *legalen* Hinrichtungen oder der Verfolgung *nachweislich* oppositioneller Gruppen halten würde, ist sicher, daß Togo zu den unberechenbarsten Militärdiktaturen Afrikas zählt. Das westafrikanische Land wird seit 1967 von General Eyadema regiert. Eyadema kam durch einen Militärputsch an die Macht, nachdem er den ersten demokratisch gewählten Präsidenten hatte ermorden lassen. Militärische Hilfe erhält das Eyadema-Regime durch Frankreich. Auch die Europäische Union hat mit Billigung der Bundesregierung die 1993 eingestellte Unterstützung leise wieder aufgenommen. Zwischenzeitlich erkämpfte die Opposition demokratische Ansätze, doch seit deren Niederschlagung sind Verschleppungen, Ermordungen, Folter, Massaker und andere Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung. Die rechtswidrige Abschiebung in diese Verhältnisse versuchen die katholischen Gemeinden zu verhindern, sie wenden sich an die zuständigen Gerichte, denen sie „Zeit und Gelegenheit bieten (wollen), bisher ergangene Entscheidungen zu überprüfen und zu revidieren – oder zumindest Abschiebehindernisse festzustellen." Die Gemeinden sind erreichbar über den:

Unterstützerkreis
Regensburger Kirchenasyl
Postfach 10 10 22
93010 Regensburg
Tel. und Fax: 09 41/8 62 14

EZLN für Menschheit

Vom 27. 7.–3. 8. 1996 findet auf Vorschlag der EZLN in den zapatistischen Gebieten ein *Interkontinentales Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus* statt. Mexiko ist seit dem 1. Januar 1994 in die gemeinsame Freihandelszone mit den USA und Kanada (NAFTA) integriert, die mit 370 Mio. VerbraucherInnen der größte zwischenstaatliche Binnenmarkt der Welt ist. Am gleichen Tag besetzten indianische Aufständische im südöstlichen Bundesstaat Chiapas mehrere Städte und erklärten der mexikanischen Regierung den Krieg. Heute, zwei Jahre später, gibt es eine breite zivile Oppositionsbewegung gegen die Einparteiendiktatur. Ein verbindendes Element dieses neuen Bündnisses besteht in der gemeinsamen Ablehnung des neoliberalen Modernisierungsprogramms, welches die bestehende Ungleichheit – nach Angaben der UNO leben 40 Mio. MexikanerInnen in Armut – zementiert und verschärft.

Zur Vorbereitung der „interkontinentalen Konferenz" in Mexiko werden im Vorfeld von verschiedenen Gruppen auf den fünf Kontinenten Treffen organisiert. Das *1. Europäische Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus* in Berlin ist nicht nur als Unterstützungsveranstaltung für die EZLN in Mexiko gedacht: „Vielmehr soll auf dem Forum eine Bestandsaufnahme der Auswirkungen neoliberaler Politik geleistet, Erfahrungen über unsere jeweiligen Widerstandsformen ausgetauscht und sich über koordinierte politische Aktionen gegen die neue Weltordnung verständigt werden." Die VeranstalterInnen wünschen sich, daß die inhaltliche Vorbereitung von den teilnehmenden Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen verantwortlich getragen wird. Die jeweiligen Themen sollen unter den Aspekten Analyse, Widerstandsformen und Perspektiven diskutiert werden. Das Treffen findet vom 30. Mai bis 2. Juni 1996 in Berlin statt. Kontakt und Informationen über:

Solidaridad Directa und Mexiko-Gruppe im FDCL
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Tel. 0 30/6 94 61 01 (Mo. 20 Uhr)/
Fax. 0 30/6 92 65 90

SPD gegen Bevölkerung

Nachdem in der Bundesrepublik bisher entwicklungspolitische Ziele und Konzepte „häufig rasch und je nach innenpolitischen Opportunitäten wechselten" (Pressemeitteilung der SPD) und die Vergabe der jährlichen 10 Milliarden Mark für die Entwicklungspolitik ohne gesetzliche Grundlage erfolgt, soll nach dem Willen der SPD die Entwicklungsplanung nun auf Linie gebracht werden. Ein neuer Gesetzentwurf soll Erfolg in der Entwicklungsplanung durch „Kontrolle, Kontinuität und Berechenbarkeit" gewährleisten. Priorität unter den entwicklungspolitischen Zielen der SPD sollen „das Recht auf Leben und Freiheit, der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Eindämmung eines sozial und ökologisch nicht vertretbaren Bevölkerungszuwaches" genießen.

Die bevölkerungspolitischen Äußerungen in dem Gesetzentwurf der Sozialdemokraten kritisieren verschiedene Initiativen in einem Protestbrief. Die Anzahl der Menschen in den südlichen Ländern müsse wieder einmal zur Erklärung unterschiedlichster gesellschaftlicher Krisen herhalten. So solle laut SPD-Entwurf durch Entwicklungspolitik das Bevölkerungswachstum in Einklang mit den globalen Ressourcen gebracht werden. „Ein Blick auf die Verteilung des weltweiten Ressourcenverbrauchs zeigt, daß diese Rechnung nicht aufgeht: Z.B. verbrauchen die 77 % der Weltbevölkerung, die in den so-



Weltraum-Migranten ohne Pille

genannten Entwicklungsländern leben, nur 15 % der weltweit produzierten Energie. (...) Anstatt nach den Ursachen für die ungleiche Verteilung der Ressourcen zu fragen, führen Überlegungen, wie die Zahl der Menschen an vorhandene Ressourcen anzupassen sei, zu autoritären technokratischen Planspielen." In der Folge zögen demographische Zielsetzungen in der Praxis meist Familienplanungsprogramme nach sich, die nicht die Interessen von Frauen z.B. an Verhütungs- und Abtreibungsmöglichkeiten in den Mittelpunkt stellen, sondern zur Reduzierung von Geburtenzahlen oftmals direkten Zwang, erpresserische Methoden und gesundheitsgefährdende Mittel einsetzen.

Zu der Behauptung eines sozial und ökologisch nicht vertretbaren Bevölkerungszuwachses heißt es in dem Protestbrief: „Auch diese Argumentation ist zynisch: Die Mehrheit der Bevölkerung in Entwicklungsländern wird hier für Probleme verantwortlich gemacht, deren Opfer sie sind. Die Verschlechterung der sozialen Lebensbedingungen, also geringe Einkommen und mangelnde Gesundheits-, Bildungs- und Sozialprogramme, ist eine Folge wirtschaftlicher Konzentrationsprozesse und staatlicher Sparmaßnahmen." Wer den Protest unterschreiben/unterstützen möchte, wende sich an:

Berliner Frauen gegen Bevölkerungspolitik
c\o ASW e.V.
Hedemannstr.14, 10969 Berlin
Tel. 0 30/2 51 02 65

Medizinische Hilfe für Flüchtlinge

Seit dem 14. April 1996 hat das „Büro für medizinische Flüchtlingshilfe", ein Projekt verschiedener antirassistischer Gruppen aus Berlin, seine Arbeit aufgenommen. Mit der Neufassung des Asylbewerberleistungsgesetzes hat sich für MigrantInnen und Flüchtlinge der bis dahin schon schwierige Zugang zu medizinischer Versorgung noch verschlechtert. Das gilt besonders für in der Illegalität Lebende, für die Unfälle oder Krankheit schnell zu lebensbedrohlichen Situationen führen können. Doch auch für Flüchtlinge und MigrantInnen mit legalem Aufenthaltsstatus beschränkt sich der Anspruch auf medizinische Leistungen auf akute Krankheitsfälle und Schmerzzustände.

Vor diesem Hintergrund haben die Gruppen begonnen, eine Struktur zur Vermittlung kompetenter, anonymer und kostenloser medizinischer Betreuung für Flüchtlinge aufzubauen. Dabei verstehen sie sich als Ergänzung zu bereits bestehenden Flüchtlingsberatungsstellen und anderen Einrichtungen, die in ihrer Arbeit oft überlastet sind. „In dem Projekt wollen wir die konkrete Unterstützungsarbeit mit politischer Arbeit verbinden, die auf eine breite Öffentlichkeit zielt (...) und den Charakter der rassistischen Sondergesetze aufzeigt." Im Rahmen eines Beratungsgespräches erhalten die Flüchtlinge die Anschrift einer Ärztln; Heilpraktikerln, Hebamme oder Krankengymnastln, der/die sich bereit erklärt hat, auch Leute ohne Krankenversicherung zu behandeln. Das Büro ist zunächst zweimal die Woche (Mo. und Do. von 16.30 bis 18.30 Uhr) geöffnet und befindet sich im:

Mehringhof Aufgang 1, 1. Stock
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Betr.: NGOs – Vernetzt und verstrickt

'blätter' Nr. 212

(...) Über die Kurzzusammenfassung meines Referates in dem Bericht zur Konfernz über Netzwerke von NGOs habe ich mich doch gewundert. Das Jugendklimabüro (heute: Projektwerkstatt) und 'Action for Solidarity, Equality, Environment and Development' haben sich bei der Klimakonferenz nicht am Lobbying beteiligt, und ich selbst stehe dem Lobbying sehr kritisch gegenüber. Von einer „gelungenen Verbindung zwischen basisnahen Aktionen und Lobbying", die mein Referat vorgestellt haben soll, kann daher keine Rede sein.

Ann Stafford

Betr.: Kollektive als Alternative?

'blätter' Nr. 211

Gefreut habe ich mich über den Schwerpunkt eures Februarheftes mit zahlreichen differenzierten Artikeln zur Genossenschaftsbewegung. In der Tat haben weder Genossenschaft noch Kollektiv als Entwicklungs- bzw. Überlebensstrategie ausgedient. Auch die längst totgesagten Kollektive (sogenannte Produktionsgenossenschaften) können Alternativen für ihre Mitglieder sein – wenn, wie Burghard Flieger richtig betont, von übertriebenen Erwartungen abgesehen wird. Dazu gehört auch, daß die Leistung von Kollektiven in Gesellschaften mit unverändert kapitalistischen Rahmenbedingungen nicht ausschließlich im ökonomischen Bereich gesucht werden darf, denn das hieße, sich selbst den Regeln der – ideologisch kritisierten – Gesellschaft zu unterwerfen.

Der Beitrag von Martin Moritz zu „Landbesetzungen und Gemeinwirtschaft in Brasilien" fällt durch seine idealistische Bewertung von Produktivgenossenschaften in brasilianischen Landreformsiedlungen auf. Zwar werden Konflikte innerhalb der beschriebenen Gruppe angedeutet, das Hauptaugenmerk wird hingegen auf den – ökonomischen – Erfolg des Kollektivs gerichtet. Als Resümee seiner Einzelfallbetrachtung sieht Moritz den Erfolg der (kollektiven) Organisation unter Beweis gestellt. Aus zahlreichen Berichten und Untersuchungen im Umfeld der 'Bewegung der Landarbeiter ohne Land' (MST) geht jedoch hervor, daß die Kollektivität zum Zeitpunkt der Landbesetzung von der Gruppe allgemein akzeptiert und zur Durchsetzung der Aktion auch notwendig war. Die kollektive Bewirtschaftung ist hingegen eher das Ziel der ideologisch geschulten Führungsschicht der MST als allgemeiner Wunsch der Landbesetzer in ihrem neuen Status als Siedler. Durch gezielte Förderung einzelner Gruppen versucht das MST Musterkollektive zu errichten, die für die Landbesetzer in anderen Siedlungen als Vorbild der Kollektivierung dienen sollen.

Es deutet vieles darauf hin, daß es sich bei dem Kollektiv im 'Neuen Paradies' um ein solches Musterkollektiv handelt. Zudem ist es durch die Möglichkeit der Direktvermarktung eines ihrer Produkte auf einem alternativen Marktsegment in der Bundesrepublik privilegiert und ohnehin in einem der landwirtschaftlich produktivsten Bundesstaaten Brasiliens (Paranà) gelegen. Bleibt zu hoffen, daß auch andere Kollektive in den Landreformsiedlungen in ganz Brasilien einmal den Stand des 'Neuen Paradieses' erreichen.

Roland Spliesgart

Register für die Hefte 203 – 210
Jahrgang 1995

Register für die Hefte 203 – 210
Jahrgang 1995

Solidaritätsbewegung/Internationalismus

Tourismus

Vereinte Nationen

Verschuldung

Weltordnung

Weltwirtschaft/Welthandel

Weltwirtschaft/Fairgehandelt

Tagungshinweise

Which Way Nigeria? – Welche Zukunft für Nigeria? Mitglieder des Verbandes Nigerianischer AutorInnen, die zur Zeit in der BRD leben, veranstalten unter diesem Motto vom 7. – 9.6.1996 eine Tagung im Haus der VHS, Theodor-Lessing-Platz 1, Hannover. Schwerpunktmäßig geht es dabei um Theater, Massenmedien und Literatur in Nigeria. Programm und Infotelefon 05 11 / 4 58 34 34 und 05 11 / 1 68 47 80.

Unter dem Motto **„Rüstung und Entrüstung '96"** veranstaltet die PDS-Bundestagsgruppe am 18.5.1996, 10 h – 18.30 h, eine friedens- und abrüstungspolitische Arbeitskonferenz im DGB-Haus, Willi-Bleicher-Str. 20, Stuttgart. Themen sind u.a. der Daimler-Benz-Konzern, der Rüstungs-Weltmarkt, die Aufrüstung der Türkei, BRD-Minenexporte, Konversion der Rüstungsindustrie. Information und Anmeldung bei: PDS-Bundestagsgruppe, Gerhard Zwerenz MdB, Walter-Flex-Str. 33, 53113 Bonn, Tel. 02 28 / 16-8 18 53; Fax: 02 28 / 16- 8 66 32.

iz3w – Dokumentation

Zum Thema „Sozialklauseln im Welthandel" liegt jetzt eine Textsammlung vor, die den seit Abschluß der Uruguay-Runde der Gatt-Verhandlungen andauernden Diskussionsprozeß über die Einführung von Sozialklauseln in internationale Handelsverträge dokumentiert. Dabei wurden in erster Linie Aufsätze aus Fachzeitschriften, politische Stellungnahmen von Gewerkschafts- und NGO-Seite berücksichtigt. Ergänzt werden die thematisch geordneten Aufsätze durch eine Presseschau und eine Literaturliste.

Inhalt:
I. GATT, WTO und die soziale Frage
II. Sozialklauseln – Positionen
III. Gewerkschafts- und NGO-Positionen

Wer an weiterführenden Fragen interessiert ist, kann sich an uns wenden. Die Dokumentation kann gegen einen Unkostenbeitrag von 13,– DM (einschl. Porto) beim iz3w-Verlag (s. Impressum) bestellt werden.

Zeitschriftenschau

ila 194

Schwerpunkt der April-Ausgabe ist das Fernsehen in Lateinamerika. Beschrieben und kritisiert wird, wie sehr das von einigen wenigen kontrollierte Fernsehen das Leben der Menschen beeinflußt. Sowohl das Beispiel Mexicos als auch Brasiliens zeigt, daß dieses Medium auch genutzt wird, um Wahlergebnisse in die „richtige" Richtung zu lenken. Weitere Themen u.a.: Ziele des zivilen Flügels der Zapatisten * Bruch des Mitte-Links-Bündnis FREPASO in Argentinien * FAO-Konferenz in Leipzig * Auslandsschulden am Beispiel Argentiniens. 8,– DM. Bezug: Informationsstelle Lateinamerika, Heerstr. 205, 53111 Bonn

Lateinamerika Nachrichten 262

Schwerpunktthema ist diesmal Argentinien zwanzig Jahre nach dem Militärputsch: „Von der Diktatur der Gewalt zur Herrschaft des Geldes". Daneben Länderberichte zu Mexiko, Ecuador, Kolumbien, Nicaragua, El Salvador, ein Beitrag zum US-Embargo gegen Kuba, Lateinamerika im Internet, Visionen vom demokratischen Radio in Quito u.a. 7,– DM. Bezug: Lateinamerika Nachrichten, Gneisenaustr. 2, 10961 Berlin

Die Brücke 88

Die März-April Ausgabe des „Forum für antirassistische Politik und Kultur" widmet sich dem Thema „Zusammenprall der Kulturen?". Bei der Beschäftigung mit Ideologen wie Samuel P. Huntington und ihren Thesen vom „Clash of civilizations" geht es um eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den obrigkeitsgläubig strukturierten Formen der Streitkultur, aber auch um die Werbegeschäfte mit dem „drohenden Untergang der Zivilisation" und die Präsentation von Weltkatastrophenbildern durch die medialen Imperien. Weitere Themen: Die verklemmte Nation * Minderheiten und Verfassungsdebatte in Deutschland u.a. 10,– DM. Bezug über den Buchhandel.

ZAG 18

Thema der 2. Quartalsnummer 1996 der „Zeitung antirassistischer Gruppen": VietnamesInnen in Berlin. Berichte über die Lebensbedingungen von VietnamesInnen, die vor 1989 als VertragsarbeiterInnen in der DDR lebten und heute als AsylbewerberInnen von Abschiebung bedroht sind und über rassistische Polizeiübergriffe werden ergänzt durch einen Beitrag über die Geschichte Vietnams. 5,– DM. Bezug: ZAG/Antirassistische Initiative, Yorkstr. 59 HH, 10965 Berlin oder in linken Buchläden.

südostasien informationen 1, März 1996

Schwerpunktthema des Heftes sind „Asiatische Werte?", die es – wie im Editorial vorweggenommen wird – nicht gibt. Da sie jedoch immer wieder heraufbeschworen werden, gibt es eine lebhafte Werte-Diskussion in Ostasien angesichts der einschneidenden und rapiden sozialen Veränderungen. Neben Referaten , die auf der Tagung *Asiatische Werte kontra Menschenrechtsimperialismus?* bzw. *Asien Values in Journalism* (1995 in Kuala Lumpur) gehalten wurden, werden in einer Zusammenstellung verschiedener Stimmen zur Frage nach asiatischen Werten unterschiedliche Standpunkte und Herangehensweisen deutlich. Weitere Themen sind der asiatisch-europäische Gipfel in Bangkok, Vietnam: Baustelle der Marktwirtschaft, Kambodscha auf dem Weg zur Zivilgesellschaft, Singapur: bereit für's Internet u.a. 9,– DM. Bezug: Südostasien Informationsstelle im Asienhaus, Bullmannallee 11, 45327 Essen, Tel. 02 01/8 30 38 18.

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. – Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 53 28, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-79020 Freiburg i. Brsg., Tel.: 07 61/ 7 40 03. Bürozeiten: Mo.–Fr. 10–16 Uhr, Fax: 07 61/70 98 66

Zusammengestellt von: Monika Bierwirth, Barbara Driesen, Karin Griese, Stephan Günther, Martin Janz, Georg Lutz, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Jochen Müller, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Hassan Sadek, Ute Sikora, Christian Stock, Jörg Späler, Sigrid Weber, Udo Wolter, Eva Zányi.

Druck und Satz:
Druckhaus Dresden. Tel.: 03 51/31 87 00

Copyright bei der Redaktion und den AutorInnen.

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstraße 16, Postfach 9, 3 54 63 Fernwald (Annerod)
Telefon: (06 41) 4 30 71

Anzeigenschluß für Nr. 214:
(Druckfertige Vorlagen) 3. 6. 1996

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 60,– (für RentnerInnen, Arbeitslose, SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende 50,– DM) Förderabonnement: DM 100,–. Im Ausland: Europa + 10,– DM, Welt + 30,– DM Porto/ Jahr). Kündigung bis zum Erhalt des letzten Heftes möglich. Ansonsten autom. Verlängerung.

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35 899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Titelbild: Herby Sachs

Spenden:
Steuerliche abzugsfähige Spenden bitte auf Kto. 124 96 06 Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00). Achtung: Kto.-Inhaber: Stadtsparkasse, Verw.-zweck: Durchlaufspende zugunsten Aktion Dritte Welt.
Diese Spenden beinhalten kein Abonnement!

Die Literaturseiten entstanden in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stifung, Köln.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Kopf bewahren.

Die politische Monatszeitschrift

Die „Blätter" kennenlernen:

- ☐ zwei aktuelle Hefte für zusammen 10 DM
- ☐ ein kostenloses älteres Heft

Das Probeabonnement verlängert sich nicht automatisch!

Name: ____________________

Vorname: ____________________

Str: ____________________

Ort: ____________________

Land: ____________________

Blätter Verlagsgesellschaft, Postfach 2831, 53018 Bonn
Tel: 0228/650133, Fax: 0228/650251

123wi

Regelmäßig 128 Seiten Kommentare, Analysen, Wirtschafts- und Umweltinformation, Chronik und Dokumente sowie Medienkritik. Kompetent, kompakt, kritisch.

Bündnis für - wie bitte? ▲ Blockierte Drogenpolitik ▲ Ein anderes Frankreich ▲ Die Kehrseite der CDU-Erfolgsgeschichte ▲ Ausstieg aus der Kernenergie ▲ Zukunftsfähiges Deutschland? ▲ Hochschulen zwischen Standort und Standesdünkel ▲ Danke Amerika! Dayton und die Deutschen ▲ Lafontaine oder Das Ende der Stagnation? ▲ Deutscher Sonderweg ▲ Reichtum in Deutschland ▲ Euro-Währung ▲ Die Afro-American Community ▲ Über Japan, Amerika und die Halbwertszeit des nuklearen Triumphs ▲ Gleichstellung ohne Quote ▲ Political Correctness ▲ Die vergessenen Völker ▲ Grüne Grundwerte im Härtetest ▲ Unvereinte Nationen ▲ Pfadfinder der Neuen Rechten ▲ Frauen und die Zukunft der Arbeit ▲ Rußland: Die richtungslose Transformation ▲ Ökosteuer ▲ Tschechischer Nationalismus? ▲ Palästina auf dem Weg zum Staat ▲ Volksbefragungen: alles geht daneben ▲ Teheran-Bonn - ein kritischer Dialog? ▲ Von wegen Postfordismus

Oft sind kurze Sätze nicht so gut.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgegeben von Günter Gaus, Rudolf Hickel, Jörg Huffschmid, Walter Jens, Walter Kreck, Reinhard Kühnl, Claus Leggewie, Klaus Naumann, Paul Neuhöffer, Ute Osterkamp, Jens G. Reich, Helmut Ridder, Rainer Rilling, Irene Runge, Friedrich Schorlemmer, Gerhard Stuby, Marie Veit und Rosemarie Will.

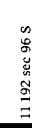
Wehwehchen?

Kinder werden krank, weil sie hungern und schuften müssen. Sie werden ausgebeutet und falsch ernährt. terre des hommes setzt sich für die Gesundheit von Kindern ein: Unsere Projektpartner helfen vor Ort. Informationen senden wir gerne kostenlos zu. Schicken Sie uns einfach diese Anzeige mit Ihrer Anschrift.

terre des hommes
BR Deutschland e.V.
Hilfe für Kinder in Not

Ruppenkampstr. 11a
Postfach 41 26
49031 Osnabrück





Welche Welt?

Unser WELTWÄRTS-Buchprogramm gibt keine Antworten, sondern stellt die richtigen Fragen.

Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger, In der Raste 2, 53129 Bonn

- Zur Lage der Flüchtlinge in der Welt (UNHCR-Report 1995/96) — DM, sFr 36,–/öS 281,–
- Franz Nuscheler: Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik — DM, sFr 29,80/öS 233,–
- Welthandel und Menschenrechte — DM, sFr 19,80/öS 155,–
- Joni Seager: Der Öko-Atlas. Neuausgabe — DM, sFr 29,80/öS 233,–
- Ärzte ohne Grenzen: Völker in Not. Mit einem humanitären Atlas — DM, sFr 24,80/öS 194,–
- Christa Randzio-Plath, Sigrid Mangold-Wegner (Hrsg.): Frauen im Süden — DM, sFr 19,80/öS 155,–